

Heft 199

Ausgabe 6 | 2013

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



spow

Soziales und demokratisches Europa

Wo steht die Sozialdemokratie vor der Europawahl?

Klaus Busch

Die europäische Austeritätspolitik und die soziale Dimension der Integration

Anneliese Dodds

Wie die europäische Wirtschaftspolitik zu demokratisieren ist: Eine britisch-sozialdemokratische Perspektive

Ulrike Guérot

Die SPD, die europäische Sozialdemokratie und die Zukunft Europas

Michael R. Krätke

Rudolf Hilferding und der „organisierte Kapitalismus“

Kurzum | von Cordula Drautz

Viele Unternehmen und Branchen haben im Wahlkampf und darüber hinaus versucht, ihre Interessen in den Wahl- und Regierungsprogrammen der Parteien und den Koalitionsvertrag unterzubringen. 2009 forcierte die FDP beim Start der schwarz-gelben Koalition die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelbetriebe und erhielt eine Spende von Anteilseignern der Mövenpick-Kette. Den vielleicht drastischsten Versuch der Einflussnahme unternahm die BMW-Familien Quandt und Klatten, indem sie der CDU im Wahlkampf 690.000 Euro spendeten. Im Gegenzug setzte sich die Kanzlerin gegen strengere Abgasnormen in Brüssel ein.

Kurzum: Politik bewegt Aktienkurse, Aktienkurse bewegen Politik. Unabhängig und unkorrumpierbar sollen Politiker und Parteien sein. Sie sollen das Gemeinwohl im Blick haben und nicht Einzelinteressen.

Die CDU/CSU hat überhaupt keine Schwierigkeit, die Rolle als Vertreter der Kapitaleite zu spielen. Ihr Wirtschaftsflügel macht folgerichtig insbesondere gegen Regulierungsteile des Koalitionsvertrags Front. Ihre machtvollen Interessen werden auch während der Legislaturperiode Niederschlag finden – zumal mit 41 Prozent Wählerstimmen im Gepäck. Das heißt konsequenterweise, dass die SPD in der großen Koalition die Partei sein muss, die die soziale Symmetrie herstellt, erweitert und verteidigt. Sie muss sich um Arbeit und soziale Sicherheit kümmern, um die demokratische Kontrolle ökonomischer Übermacht. Sie muss ihrerseits einen wirksamen Lobbyismus für die 99 Prozent organisieren. Das wird nur durch eine europaweite Einschränkung der Kapitalinteressen gehen. Die europaweite Kapitalertragsteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Entlastung des Faktors Arbeit, statt ihn wie bei der Vereinbarung zur Rente weiter zu belasten, die Erhöhung der Bildungsausgaben über die geplanten 6 Milliarden hinaus und die Investition



⇒ Cordula Drautz ist Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

Foto: privat

in frühkindliche Betreuung – beispielsweise durch eine Kitapflicht ab drei Jahren, wie sie gerade in Schweden eingeführt wurde – sind wesentliche sozialdemokratische Lobbythemen. Gerade, weil der Koalitionsvertrag sie ausklammert hat.

„Es ist wichtig, dass wir uns durch gemeinschaftsfeindliche Handlungen nicht verwirren lassen, mögen sie alternativ oder konventionell begründet werden“, sagte Willy Brandt 1987 in seiner Abschiedsrede als SPD-Vorsitzender. Ich bin sicher: Einer großen Koalition dürfte das nicht gelingen – nicht mit der SPD als Juniorpartner mit immerhin 25 Prozent der Wählerstimmen im Gepäck.

Kurzum: Die SPD hingegen sollte sich nicht kleiner machen, als sie ist. Es widerspräche dem historischen Selbstverständnis der Sozialdemokratie, gewonnene Einsichten nicht weiterzuverfolgen, weil sie nicht hinreichend wählerwirksam waren. Eine progressiv-anspruchsvolle Partei hat es von der Sache und von den Personen her schwerer als eine, die im Wesentlichen auf Beharrung angelegt ist. Eine Überzeugung ist nicht schon deshalb falsch, ein Programm nicht dadurch widerlegt, dass die Zustimmung fürs erste noch auf sich warten lässt. Doch Zustimmung lässt sich nur mit konzeptioneller Überzeugung erwerben, durch „Freiheit der Diskussion, Zusammenhalt in der Aktion und Entschlossenheit in der Abwehr von Attacken“ um Brandt noch einmal zu bemühen – nicht mit Debatten über machtpolitische Pseudo-Optionen. ■

■ Meinung

Rigide Sparprogramme, steigende Schulden: Noch mehr Diktate?
 Europa geht anders | Sonja Ablinger, Marie-Noelle Lienemann, Hilde Mattheis 4

Herausforderungen der neuen Medienlandschaft | Björn Böhning 6

Debatte:

Strategiefähig werden! | Ernst Dieter Rossmann 7

Kurs halten | Dierk Hirschel 9

■ ■ Im Fokus: Soziales und demokratisches Europa – Wo steht die Sozialdemokratie vor der Europawahl?

Einleitung zum Heftschwerpunkt | Ole Erdmann, Björn Hacker, Nils Hindersmann,
 Sebastian Jobelius, Holger Schoneville 11

Die europäische Austeritätspolitik und die soziale Dimension der
 Integration | Klaus Busch 15

Der Euroraum ist vorerst gerettet – Was nun? | Andrew Watt 21

Wie die europäische Wirtschaftspolitik zu demokratisieren ist:
 Eine britisch-sozialdemokratische Perspektive | Anneliese Dodds 27

Sozialdemokratie und Europäische Integration | Konstantin Vössing 31

Die SPD, die europäische Sozialdemokratie und die Zukunft Europas
 | Ulrike Guérot 38

Mit welchem Projekt in die Europawahlen 2014?
 | Bernd Lange, Nils Hindersmann 44

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik:
 Verträgt Deutschland einen Mindestlohn? | Arne Heise 49

Die aktuelle Zahl: 474.820 | Claudia Bogedan 51

Afghanistan: Land mit Zukunft | Bettina Schulze, Tobias Afsali 52

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Rudolf Hilferding und der „organisierte Kapitalismus“
 | Michael R. Krätke 56

Fritz Sternberg – ein Leben für die Zukunft des Sozialismus
 | Helga Grebing 60

Die Sozialdemokratie „Zeit“gemäß erklärt | Uli Schöler 65

Rezension: Anna Siemsen – Bildung und Sozialismus | Thilo Scholle 69

Rezension:

Michael Th. Greven – Systemopposition | Thilo Scholle 72

Arbeitspolitischer Neustart in einem pathologisch gewordenen
 Kapitalismus | Richard Detje, Klaus Pickshaus 73

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell 75

Meldungen: Gratulation, Denkwerk Demokratie 77

Fünf Fragen an... Michael Rüter 77

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische
 Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
 Niels Annen (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
 Oliver Kaczmarek (Kamen)
 Michael R. Krätke (Lancaster)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Uwe Meinhardt (Stuttgart)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 René Röspe (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Carsten Sieling (Bremen)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Spies (Marburg)
 Michael Vester (Hannover)
 Felix Welti (Lübeck)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Kai Burmeister
 Cordula Drautz
 Ole Erdmann
 Björn Hacker
 Sebastian Jobelius
 Lars Neumann
 Michael Reschke
 Sarah Ryglewski
 Thilo Scholle
 Holger Schoneville
 Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Ole Erdmann, Björn Hacker, Nils Hindersmann,
 Holger Schoneville, Sebastian Jobelius

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
 Telefon 0177 -525 049 8
 redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
 Telefon 0231 -2 02 00 11
 Telefax 0231 -2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
 IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
 BIC: PBNKDEFF, UST-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
 Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
 ISSN 1710-461-K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2013.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © richardhausdorf
 Bildnachweis: S.49 www.fotolia.com
 © ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
 Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Dezember 2013

Rigide Sparprogramme, steigende Schulden: Noch mehr Diktate? Europa geht anders

von Sonja Ablinger, Marie-Noelle Lienemann und Hilde Mattheis



↳ Sonja Ablinger, ehem. Abgeordnete zum Nationalrat SPÖ, Österreich.



↳ Marie-Noelle Lienemann, Senatrice von Paris, Mitglied des Bundesvorstandes der Parti Socialiste (PS), Frankreich.



↳ Hilde Mattheis, Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzende des Forums Demokratische Linke, Deutschland.

Foto: © Wilke Fotostudio

Foto: © Parti Socialiste

Foto: © SPD Parteivorstand

Der mit der Einführung des EURO vereinbarte Stabilitätspakt sollte sicherstellen, dass der Schuldenstand der Mitgliedsstaaten nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigt. Der Stabilitätspakt wurde 2011 verschärft. Geholfen hat es nichts: Nun sind die 17 Euro-Staaten im Jahr 2012 mit Schulden von 8,6 Billionen Euro bei 91 Prozent gelandet. Wieder mal mehr als im vorhergehenden Jahr. Auch Deutschland, Frankreich und Österreich liegen über dem Soll. Nur fünf der Staaten haben die Defizitgrenzen eingehalten.

Am Sparen liegt es nicht. Im Gegenteil. In Deutschland wurde an der Infrastruktur und bei der Bildung gespart, es hat sich ein riesiger Investitionsstau aufgetürmt. Man kann es täglich in den Schulen, auf den Straßen oder bei Bahnfahrten erleben. Alle wissen es, aber niemand wagt etwas dagegen zu tun: Gespart wird, weil die hohen Einkommen und Vermögen weiterhin verschont bleiben sollen.

Noch deutlicher zu sehen ist es an den Beispielen Portugal und Griechenland. Die Spar-

haushalte haben keines der beiden Länder auf die Beine gebracht. Griechenland kann absehbar seine Schuldenlast nicht mehr tragen, aber die Bevölkerung ist um fast 40 Prozent ärmer als vor der Krise. Und die Arbeitslosigkeit wächst weiter – nicht nur im Süden, in ganz Europa steigt sie.

Diese Entwicklung war absehbar. Schon Anfang 2012 konnte man lesen: Krankenhäuser und Schulen schließen, immer mehr Menschen sind in Griechenland auf Lebensmittelhilfen angewiesen. Erstmals seit 1945 kehrt der Hunger ins Land zurück.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass es unmöglich ist, sich aus einer solchen Krise herauszusparen. Und dennoch forderte die Troika aus Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank weitere Einsparungen.

Zwar hat im Juni der IWF selbstkritisch erkannt: „Es wurde unterschätzt, wie negativ sich das auferlegte Sparprogramm auf die grie-

chische Wirtschaft auswirkt“ und der EU-Kommission liegt mittlerweile eine Studie vor, die die Negativauswirkung des sogenannten Multiplikator-Effekts auf die Krisenländer bestätigt. Diese zeigt auf, dass die Sanierung der Haushalte desto weniger gelingt je größer der Multiplikator von Staatsausgabenkürzungen ist.

Und dennoch wird die unsolidarische und ungerechte Krisenlösungsstrategie fortgesetzt und weiter an der Spirale nach unten gedreht: Portugal muss schon wieder einen neuen Sparhaushalt erstellen.

Deshalb ist es mehr als überfällig, dass das Europäische Parlament nun die Arbeit der Troika überprüft. Denn tatsächlich ist das Troika-Modell eine Erfindung misslungener Krisenlösung, die europapolitisch nicht zulässig ist. Staaten dürfen anderen Staaten keine Vorschriften machen. Dafür haben sie keine demokratische Legitimation.

Das ist jedoch nicht der einzige demokratische Tabubruch der bisherigen EURO-Krisengeschichte, wie sie vor allem vom Europäischen Rat nonchalant vollzogen wird. Die Krisen-Politik verengt sich immer mehr auf die diffusen Kanäle einer Intergouvernementalität, die nicht demokratisch legitimiert und nicht demokratisch kontrolliert ist. Regierungen wollen durchregieren.

Und so hat der letzte Europäische Rat vom 24./25.10.2013 sich wieder mit dem sogenannten Wettbewerbspakt befasst und wird dies auf seiner Dezembertagung wieder tun. Kern dieses Paktes ist der Plan: Schuldengeplagte nationale Regierungen erhalten europäische Finanzmittel, aber nur wenn sie sich zu Reformen verpflichten, d.h. sich auf den Abbau von Sozialstandards einlassen.

Diese Erpressungsschraube wurde nun mit dem Vorschlag des EURO-Gruppenchefs Jeroen Dijsselbloem eine deutliche Windung weitergedreht: Er will den Wachstums- und

Stabilitätspakt erneut verändern und zwar dahingehend, dass die Länder mit Defizitverfahren mehr Zeit erhalten sollen, um das überhöhte Defizit zu verringern. Dafür müssen sie sich verpflichten, den Arbeitsmarkt zu „flexibilisieren“, ihr Gesundheitssystem und anderes zu reformieren.

Sparen und Reformieren, um sich Zeit oder Geld zu kaufen: Sollten sich diese technokratischen Polit-Mechanismen und Diktate durchsetzen, wird die Stabilität Europas weit mehr untergraben, als man das bisher wahrnehmen will. Und auch den Zuspruch zu rechtsextremistischen Bewegungen mehren, die die Idee der europäischen Integration, der Solidarität und der gemeinsamen Politik untergraben wollen. Auch deshalb brauchen wir eine echte transparente und demokratische Debatte über die Krisen- und Sparpolitik. Die Troika darf die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in Europa nicht „im Geheimen“ entscheiden!

Ob die politische Intervention des Europäischen Parlaments mit der Untersuchung der Troika-Arbeit eine solidarische Druckwelle losstritt, ist nicht absehbar, aber dringend notwendig wäre eine Kehrtwende, die sich über den Europawahlkampf fortsetzt und eine soziale und wirtschaftlich vernünftige Europapolitik ermöglicht.

Wir sind überzeugt, dass dieser nächste Schritt der Ausweitung einer fehlgeleiteten Krisenpolitik verhindert werden muss. Europa braucht einen Kurswechsel. Ein klares Nein zum Pakt für Wettbewerbsfähigkeit wäre eindringend notwendiger Schritt zu einer Abkehr von dieser Politik, die zunehmend Wut, Verzweiflung und Ratlosigkeit auslöst. Aus der Austeritätsfalle kommt die Union nur mit einer Zukunftsstrategie. Sie muss innovativ, sozial ökologisch und demokratisch ausgerichtet sein. Denn Europa geht anders – mit Sicherheit. ■

☞ Autorinnen: Die Initiatorinnen des Aufrufes „Europa geht anders!“:

Herausforderungen der neuen Medienlandschaft

von Björn Böhning

Die Etablierung des Internets, die Digitalisierung, neue Herausforderungen an TV und Radio – die Medienlandschaft verändert sich in rasantem Tempo. Die Politik ist gefragt, schnell aber mit Bedacht Antworten auf neue Fragen zu finden. Regelungen, die wir heute schaffen, werden für die Medienwelt richtungsweisend sein und diese grundlegend gestalten. Eine neue Bundesregierung wird gefragt sein, wesentliche und grundsätzliche Entscheidungen zu treffen.

Neue Schutzsysteme für Urheber

Dazu gehört die Neugestaltung des Urheberrechtes. Unsere bestehenden Schutzsysteme reichen nicht aus, um Urheber ausreichend zu schützen. Die Digitalisierung erleichtert die Verbreitung von Werken und verbessert deren Verfügbarkeit. Aber: Eine Gratis-Kultur darf daraus nicht entstehen, denn Kreative müssen – wie alle anderen auch – von ihrer Arbeit leben können.

Neue Medienordnung

Neben dem traditionellen Fernsehen stehen heute Mediatheken und Streaming-Angebote. Die Palette wird breiter, individueller und verzahnter. Trotzdem: Die Regelungssysteme müssen klar sein. Nur so können wir gerechte Wettbewerbschancen gewährleisten. Wir stehen vor einer komplexen Diskussion, aber sie lohnt sich, um die Vielseitigkeit der Medienlandschaft zu bewahren.

Neue Regelungen für ein freies Netz

Das Internet muss als offener, frei zugänglicher Raum erhalten bleiben. Das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit, wie technologische Einflussnahmen auf Inhalte, neue Tarifmodelle der Priorisierung oder aber Zugangsbarrieren zeigen. Daher muss im digitalen Zeitalter der Zugang zum Internet ein An-

spruch der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Ziel ist eine grundsätzliche Gleichberechtigung von Inhalten und Datenpaketen. In den vergangenen Monaten haben Unternehmen allerdings begonnen, Datenpakete zu priorisieren und eigene Dienste zu bevorzugen. Wenn dies Usus wird, kann von einem neutralen Internet keine Rede mehr sein. Wir müssen uns diesen neuen Gefahren stellen und die Netzneutralität gesetzlich sichern. Die Netzneutralität muss als Regulierungsziel im Telekommunikationsgesetz verankert werden. Deep-Packet-Inspections, ein Verfahren zur Untersuchung von Datenpaketen, müssen verboten werden, jedenfalls, wenn sie der Diskriminierung bestimmter Daten oder der Überwachung von Nutzern dienen.

Neue Kompetenzverteilung

Das Kompetenzgefüge zwischen Bund und Ländern bedarf einer Neuordnung. Viele Rechtsbereiche sind unabhängig voneinander geregelt, Bund und Länder handeln teilweise autonom. Die Beteiligungsgrenzen sind nicht mehr zeitgemäß und müssen überarbeitet werden. Eine Bund-Länder-Kommission wird sich mit der Schnittpunktregulierung befassen und das Kompetenzgefüge anpassen. Grundsätzliche Fragen sind heute zu beantworten, um die Medienlandschaft gerecht und offen für alle zu gestalten. Eine sozialdemokratische Prägung der Antworten ist von großer Bedeutung für die Ausgestaltung der digitalen Welt. Im Entwurf des Koalitionsvertrages haben wir klare Forderungen an eine zukünftige Bundesregierung gestellt. Mit dieser Digitalstrategie kann sich Deutschland gut aufstellen, um unter gerechten Voraussetzungen für alle Beteiligten im digitalen Zeitalter international mitzuspielen. ■

↳ Björn Böhning (35) ist Chef der Berliner Senatskanzlei.

Der Mitgliederentscheid hat die innerparteilichen Debatten belebt. Die Partei darf sich aber nicht darauf ausruhen. Vor allem darf sie jetzt nicht in die konservative Falle laufen und durch die Rolle der Regierungsverantwortung den Erneuerungskurs für beendet erklären. So ist sich die SPD-Linke darin einig, auch in der großen Koalition eine sozial-ökologische Reformkonstellation vorzubereiten. spw wird die Debatten um die strategische Ausrichtung der SPD und einen Pfadwechsel weiterführen – in einem Crossover progressiver Kräfte. Hierzu laden wir herzlich ein!

Kai Burmeister & Stefan Stache

Debatte: Strategiefähig werden!

von Ernst Dieter Rossmann

Nur wenn die SPD als Kraft der linken Mitte in Deutschland wieder erstarkt, gibt es eine Chance, dass sich das Kraftzentrum von der CDU/CSU wegverlagert und die Möglichkeit einer anderen politischen Mehrheitskonstellation entsteht. Für die Linke in der SPD mag es schmerzlich sein, aber sie wird einsehen müssen, dass ein weiterer Ruck der SPD nach links keine Zugewinne für das mögliche linke „Lager“ bringt und im Nullsummenspiel endet. Nur mit deutlichen Zuwächsen und dann auch einer Stabilisierung der SPD als glaubwürdige Kraft der linken Mitte lässt sich gesellschaftspolitische Hegemonie in Regierungsmacht umsetzen. Anschlussfähigkeit von SPD und Grünen zu erhalten und zu pflegen und Bündnisfähigkeit der SPD mit den Linken zu klären und zu befördern, darf dabei nicht an die Linke in der SPD allein delegiert werden. Es muss vielmehr Aufgabe der ganzen SPD sein, wenn es eine Chance geben soll, auch die gesamte SPD für einen Politikwechsel durch ein Bündnis jenseits der CDU/CSU zu gewinnen. Auch dies muss in der SPD klug und langfristig vorbereitet werden, wenn nicht das Debakel von Hessen in 2008 zum Menetekel werden soll: Gut gemeint und tragisch gescheitert.

Ob diese „Lager-Strategie“ eine Chance hat, gilt es jetzt nach dem historischen Öffnungsbeschluss von Leipzig intensiv mit Bündnis 90/Die Grünen und andererseits mit der Linkspartei zu klären. Hierfür unverzichtbar ist, dass



☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Bundestagsabgeordneter, Mitherausgeber der spw und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

Foto: privat

sich die SPD selber konstruktiv-kritisch auseinandersetzt mit ihren aktuellen Schwächen, um die eigenen Wähleranteile im Spektrum von Mitte-linkes zu steigern und über diese „Maximierungsstrategie“ bei den nächsten Wahlen mindestens die Stärke wieder zu erreichen, dass ohne die SPD keine Regierung gebildet werden kann.

Im Zentrum dieser kombinierten Strategie von Stimmenmaximierung für die SPD und Lagerzusammenführung über die SPD hinaus muss sicherlich die weitere Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit gerade bei den klassischen Wählerpotentialen der SPD in der organisierten Arbeitnehmerschaft und bei den prekären Unterschichten stehen. Erste Schritte dazu sind gemacht, mit einer programmatischen Ausrichtung des Programms auf den Ausbau von sozialer Gerechtigkeit und der Graswurzel-Arbeit der 5 Millionen Klingelbesuche in den deklassierten Stadtteilen und Mili-eus. Mindestlohn, Mietpreisbremse, Solidarrente etc. waren hierfür richtige Zuspitzungen.

Den entscheidenden Swing bei Arbeitern und Angestellten hat es nach den Wahlanalysen von Infratest-dimap von der FDP zur CDU/CSU gegeben. Die „Mehr Netto vom Brutto“-Wähler von 2009, die damals der FDP sogar bemerkenswerte Zuwächse aus dem Bereich der Gewerkschaftsmitglieder auf Kosten der SPD gebracht haben, sind nämlich nicht zur SPD zurückgekehrt, sondern jetzt nach der FDP bei der CDU/CSU gelandet. Die reale oder erwartete Erfahrung der Kalten Progression wie der Nutzen des Ehegatten-Splitting mögen diese Teile der Arbeitnehmerschaft in ihrer individualistisch-ökonomischen Betrachtung zusammen mit dem Misstrauen gegenüber jedweder Steuererhöhung in den vermeintlich sicheren Hafen der CDU/CSU geführt haben.

Hat die SPD hier Wähleranteile in der Arbeitnehmerschaft sehenden Auges links liegen gelassen, die wir in Süddeutschland und in den Wohlstandsregionen Deutschlands für eine Maximierungsstrategie dringend gewinnen müssen? Die SPD hat sich sehr offensiv zu einer Umverteilung von ganz oben hin zu den öffentlichen Gütern bekannt, die sich hinter den vier „Steinbrück-Mantras“ von mehr Mittel für Bildung, Infrastruktur, Kommunen, Entschuldung verborgen haben. Was sagen wir aber dem Teil der Wählerschaft, der Umverteilung von der klassischen Oberschicht und den neuen Reichen hin zur Mittelschicht und zur Unterschicht erwartet, und diese Umverteilung ganz individuell versteht und nicht nur über den Staat und die öffentlichen Güter vermittelt? Hier muss die SPD neue attraktive Konzepte und Zuspitzungen dringend entwickeln und kampagnenfähig machen.

Wenn die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik stark war, konnte sie erfolgreich gesellschaftliche Bündnisse hinter übergreifenden zukunftsfähigen Ideen organisieren, Bündnisse von Mittelschicht und Unterschicht, von Arbeitern und Bildungsbürgern, von junger Generation und älterer Generation. Dazu brauchte es starke Botschaften und

mitreißende Visionen. Diese sind in diesem Wahlkampf der Konzentration auf die soziale Gerechtigkeit zu blass geblieben, weil die SPD eben noch zu sehr daran arbeiten musste, die Glaubwürdigkeitslücke in der Gerechtigkeitsfrage aufzuarbeiten. So klug die Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Stärke in der Kampagne von Peer Steinbrück 2013 gewesen ist, so sehr fehlte es an konzeptioneller Führung wie kontroverser Zuspitzung für das Deutschland und das Europa von morgen. Wer hier nur auf Sicht der Kanzlerin hinterher fährt, darf nicht erwarten, als durchschlagende Zukunftsalternative wahrgenommen und gewählt zu werden.

Die SPD muss aber die starke Kraft des Fortschritts für das Ganze werden, wenn sie über das glaubhafte, weil neu in Praxis belegte Versprechen von sozialer Gerechtigkeit hinaus Unterstützung aus allen Bevölkerungsschichten und Einkommensgruppen gewinnen will. „Gerechtigkeit und Innovation“ war 1998 die Zauberformel von Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine gegen die Erstarrung der Kohl-Zeit, „Sicherheit im Wandel“ die schon stark zurückgenommene und ins Konservative gewendete Adaption von Franz Müntefering und dem Allzeit-Spin-Doktor Matthias Machnig 2001. Für 2017 gilt es jetzt wieder eine optimistische das Fortschritts-Bedürfnis der Menschen aufnehmende Vision von politischer Gestaltung aufzubauen. Diese muss langfristig von der politischen Spitze, der Kanzlerkandidatur, der Programmatik, der Kampagnenfähigkeit und der Wahlkampfführung her vorbereitet werden. Hieran hat es 2013 allerdings in einer Weise gefehlt, dass auch wohlmeinende Beobachter nur den Kopf schütteln konnten.

Für die Linke in der SPD liegt ihre große Aufgabe darin, an dem Erfolg der Maximierungsstrategie als Volkspartei der linken Mitte mitzuwirken, um daraus überhaupt erst die Chance zu einer glaubwürdigen Lagerstrategie zu gewinnen. ■

Debatte: Kurs halten

von Dierk Hirschel,

Im September wählte jeder Zweite eine bürgerliche Partei. Wären Liberale und Eurogegner nicht über die Fünf-Prozent-Hürde gestolpert, dann gäbe es im Parlament eine klare bürgerliche Mehrheit.

Das rot-grüne Reformbündnis hat es wieder nicht geschafft. Diesmal scheiterten Gabriel, Trittin & Co aber nicht an den eigenen Inhalten. Die SPD hatte das fortschrittlichste Wahlprogramm dieses Jahrtausends. Die Sozialdemokratie stellte die soziale Frage wieder ins Zentrum ihres Wahlkampfes. Dass das Werben für gute Arbeit, sichere Rente und Steuergerechtigkeit nicht erfolgreich war, hat andere Gründe.

Erstens gelang es der SPD nicht, Merkels vermeintliche Wirtschaftskompetenz in Frage zu stellen. Das Märchen vom Jobwunder wurde nie entzaubert. Zu schwer wog das Erbe der Agenda 2010. Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen wurden weiterhin als wirtschaftliche Erfolgsgeschichte gelesen. Sozialdemokraten und Grüne beklagten nur, dass Merkel erntet, was Schröder pflanzte. Die Kritik beschränkte sich auf die sozialen Folgen entfesselter Arbeitsmärkte. Deswegen konnte Merkel den gespaltenen Arbeitsmarkt als notwendigen Preis für mehr Wachstum und Jobs verkaufen.

Zweitens hatte die SPD ein großes Glaubwürdigkeitsproblem. Das rote Wahlprogramm war die Antithese zu Schröders Agenda 2010. Peer Steinbrück forderte die Rückabwicklung eigener Regierungsarbeit. Die SPD scheiterte mit dem Versuch, ihr traditionelles Klientel davon zu überzeugen, dass sie es mit der „Sozialen Gerechtigkeit“ diesmal ernst meint. Zu frisch war die Erinnerung an Hartz IV und die Rente mit 67. Nur jeder fünfte Arbeiter wählte diesmal die „roten Strolche“. 1998 war es noch jeder Zweite. In den sozialen Brennpunk-



☞ Dr. Dierk Hirschel ist Vorstandsmitglied der DL21 und Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft Ver.di.

Foto: privat

ten blieben die ehemaligen Stammwähler zu Hause.

Drittens fehlte der Sozialdemokratie eine realistische Machtoption. Die SPD mobilisierte ausschließlich für eine rot-grüne Koalition. Die Weigerung mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten ließ keine Wechselstimmung aufkommen. Rund sechs Millionen Wählerinnen und Wähler gingen nicht zur Wahl, da sie keinen Regierungswechsel erwarteten.

Nach der Wahl steckte die SPD in einer strategischen Falle. Im Parlament gab es eine linke Mehrheit. Die Sozialdemokratie war aber politische Gefangene ihrer eigenen Ausgrenzungsstrategie. Was theoretisch denkbar war, scheiterte realpolitisch.

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union konnte die SPD einige gewichtige Erfolge verbuchen. Sozialdemokraten und Konservative packten den gesetzlichen Mindestlohn in trockene Tücher und stabilisieren das Tarifsysteem. Die Rentenpolitik der Schröder und Merkel-Regierung wird partiell korrigiert. So verbessert die große Koalition die Arbeits- und Lebensbedingungen für Millionen Menschen.

Die SPD musste aber auch dicke Kröten schlucken. Angela Merkels striktes Nein zu

höheren Steuern, macht Notwendiges unbezahlbar. Die große Koalition plant zwar für ihre Amtszeit 23 Milliarden Euro schwere Mehrausgaben - die Hälfte davon Zukunftsinvestitionen. Die großen gesellschaftlichen Bedarfe werden damit nicht abgedeckt. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Um die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren, bedarf es jährlicher Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro. Der kommunale Investitionsstau beläuft sich auf insgesamt 130 Milliarden Euro. Unter dem Strich summieren sich die notwendigen Ausgaben auf einen jährlichen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag.

Das geben die klammen Haushalkassen nicht her. Zumal die große Koalition auch noch eisern sparen will. Ab 2015 soll der Bund ohne neue Schulden auskommen. Zudem soll die Schuldenquote in den nächsten zehn Jahren doppelt so schnell sinken, wie es die europäischen Schuldenregeln vorschreiben. Es droht eine Politik nach Kassenlage. Bei schlechter Konjunktur können die Sparziele nur erreicht werden, wenn der Rotstift regiert.

In der Europapolitik kapitulierte die SPD auf ganzer Linie. Die von der Troika verordnete neoliberale Schocktherapie wird fortgesetzt. Von Athen bis Madrid gehen die Entlassungen und Lohnkürzungen weiter. Unter dem Deckmantel so genannter Strukturreformen wird weiterhin die südeuropäische Tariflandschaft umgepflügt, der Sozialstaat abgebaut und öffentliches Eigentum verscherbelt. Folglich spitzt sich die Krise des alten Kontinents weiter zu. Wirtschaftlich droht eine Deflation. Sozial droht dauerhaft Massenarbeitslosigkeit und steigende Armut. Politisch droht eine Stärkung nationalistischer und rassistischer Kräfte.

Die SPD steht in den nächsten vier Jahren vor großen Herausforderungen. Sie muss in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik Kurs halten. Die neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

ist durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die erleichterte AVE und eine stärker regulierte Leiharbeit nicht abgeschlossen. In den nächsten Jahren geht es darum, die Entsicherung von Arbeit durch eine Reform der Mini-Jobs, eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und weitere Maßnahmen zurückzudrängen. In der Rentenpolitik muss weiter für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente gestritten werden.

Darüber hinaus müssen die schwarz-rote Haushaltspolitik und die Steuerfrage zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gemacht werden. Die SPD muss sich für die notwendigen Zukunftsinvestitionen und ihre Finanzierung über Reichensteuern stark machen. Von einem europapolitischen Kurswechsel ganz zu schweigen.

Das wird nicht einfach. Die Wirtschaftskompetenz der Partei hat noch viel Luft nach Oben. Nach Auffassung vieler Parteifunktionäre sollte ein Staatshaushalt genauso geführt werden wie der Privathaushalt der schwäbischen Hausfrau. Steuer- und Beitragserhöhungen gelten als Wachstumsbremse und Jobkiller. Und die Rentenfrage wird noch immer als Generationenkonflikt missverstanden. Was vollkommen fehlt, ist eine gesamtwirtschaftliche Sicht ökonomischer Zusammenhänge. Es ist Aufgabe der SPD-Linken das zu ändern.

Die SPD muss künftig als politische Kraft wahrgenommen werden, die Arbeit, Kapital und Boden im Interesse der Bevölkerung reguliert. Regierungshandeln muss und kann dazu beitragen. Darüber hinaus braucht es aber eine starke Partei, die unabhängig von der Berliner Politik für ihre eigenen Inhalte streitet. So können verlorene Glaubwürdigkeit und Deutungsmacht zurückgewonnen werden. Wenn wir zusätzlich auf eine alternative Machtoption hinarbeiten, ist eine sozial-ökologische Reformpolitik keine Utopie mehr. ■

Soziales und demokratisches Europa – Wo steht die Sozialdemokratie vor der Europawahl?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ole Erdmann, Björn Hacker, Nils Hindersmann, Sebastian Jobelius, Holger Schoneville

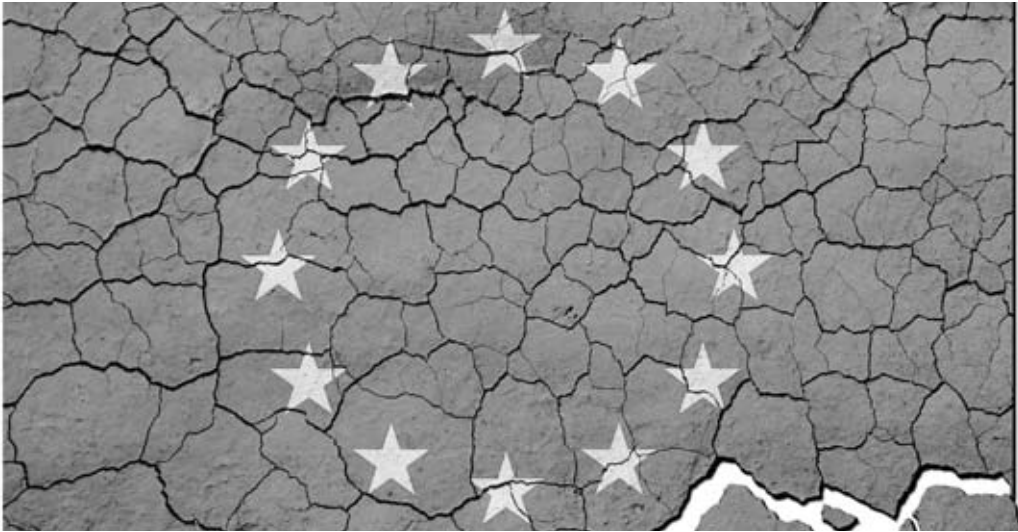


Foto: www.fotolia.com, © richardthausdorf

Gegensätzlicher könnte es nicht sein: Im deutschen Bundestagswahlkampf wurde hinsichtlich europäischer Fragen in den Wohlfühlmodus geschaltet. Eine ernsthafte Beschäftigung mit unterschiedlichen Plänen zur Bekämpfung der Krise der Eurozone stand gar nicht erst zur Debatte. Die von der letzten, schwarz-gelben Bundesregierung und vielen Medien verordnete angebliche Glückseligkeit des eigenen Landes als Musterschüler der Gemeinschaft scheint verfangen zu haben: Was kümmert uns das Elend der anderen?

In den europäischen Hauptstädten blickte man hingegen gespannt auf den Wahlausgang in Berlin sowie auf alle europapolitischen Reaktionen der Koalitionsverhandlungen. In Brüssel liegen seit Wochen alle wichtigen Dossiers zu Reformschritten in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf Eis. Doch auch nach der Bundestagswahl sprüht die deutsche Politik

nicht gerade vor europäischer Begeisterung. Im Gegenteil. Statt ‚Ode an die Freude‘ dreht sich alles um innenpolitische Fragen – Autobahnmaut, Betreuungsgeld, Mindestlohn sind die Stichworte, die im Scheinwerferlicht der Debatte stehen. Die europäischen Fragen stehen indes im Schatten und wurden in den Koalitionsgesprächen zwischen CDU, CSU und SPD in die Unterarbeitsgruppe „Bankenregulierung, Europa und Euro“ verschoben. Schnell wurde klar: solidarische Antworten zur Lösung der Schuldenkrise wird auch die neue Bundesregierung nicht auf den Weg bringen. Immerhin: Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung soll stärker in den Vordergrund rücken.

Heute stehen wir auf den Trümmern einer kontraproduktiv wirkenden Austeritätspolitik. Anstatt die wirtschaftliche Erholung, die nach dem Einbruch der Weltwirtschaft in Folge der Finanzkrise im Jahr 2009/2010 langsam ein-

setzte, zu unterstützen, hat die Politik des Kürzens und Privatisierens Wirtschaftskreisläufe unterbrochen, Konsum und Produktion gedrosselt, die Staatseinnahmen reduziert und die Schuldenstände weiter erhöht. Diese fatale Entwicklung wurde von einzelnen Wissenschaftlern und Politikern bereits 2010 prophezeit. Sie wurden dafür als linke Außenseiter abgestempelt. Heute stimmen auch der Internationale Währungsfonds, die OECD und teilweise auch die europäischen Gemeinschaftsinstitutionen selbst in die Kritik mit ein. Doch Veränderungen am herrschenden Krisenmanagement kommen nur in Trippelschritten, wenn überhaupt. Und dies liegt nicht zuletzt daran, dass in Deutschland das Scheitern des Austeritätškurses auf Basis eines grundfalschen Krisenverständnisses nach wie vor kaum diskutiert wird.

Richtig ist, dass die Krise auch die Notwendigkeit von Strukturreformen aufgezeigt hat. Dazu zählen auch der Aufbau leistungsfähiger öffentlicher Arbeitsverwaltungen, die Modernisierung der beruflichen Bildungssysteme und der öffentlichen Verwaltungen oder die Entwicklung eines regulatorisch und fördertech-nisch unterlegten Rahmens zur Stärkung der industriellen Basis. Für genau diese Reformen fehlt jedoch häufig das Geld. Von den radikalen Vertretern der Austeritätspolitik werden Strukturreformen auf Maßnahmen der „internen Anpassung“ reduziert. Dahinter steht der Abbau des Kündigungsschutzes und gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht in den nationalen Lohnfindungssystemen mit dem Ziel, die sogenannte „preisliche“ Wettbewerbsfähigkeit“ zu verbessern. Auch hier erweisen sich jedoch manche Lehrbuchannahmen als falsch: Während die Löhne in den Krisenländern zwar kräftig gesunken sind, bleibt die Anpassung der Preise zumindest bislang aus.

Auch viele sozialdemokratische Parteien in Europa sind den Paradigmen der Austeritätspolitik gefolgt, so etwa die PASOK in Griechenland, die PSOE in Spanien und die PS in Portugal. Ernüchternd ist, dass die sozialdemokratischen

Parteien in den Vorkrisenjahren in Deutschland und Europa der Verlockung des schnellen Geldes erlegen sind und die Finanzmärkte dereguliert haben. Der durch deregulierte Märkte und billiges Geld hervorgerufene Boom hat auch dazu beigetragen, dass wichtige Strukturreformen nicht angepackt wurden. Nach Ausbruch der Krise hat auch die deutsche SPD nicht den Mut aufgebracht, alternative Politikkonzepte mit Nachdruck zu vertreten oder eindeutige Scheinlösungen zur Krisenüberwindung, wie etwa den Fiskalpakt, abzulehnen. Die daraus resultierende Unkenntlichkeit eines Gegenentwurfs zum dominanten Austeritätsparadigma war ein Problem im Bundestagswahlkampf. Diese Leerstelle konnte auch nicht durch die Forderungen des Wahlprogramms und die Positionierung des Kandidaten Peer Steinbrück für neue Formen transnationaler Haftung und Solidarität eingefangen werden.

Es ist das Grunddesign der Eurozone, das sich als unvollständig, krisenbehaftet und überarbeitungsbedürftig herausstellt. Der in Deutschland dominante Diskurs einer Konzentration auf „Defizitsünder“ und einseitiger Schuldzuweisungen an südeuropäische Länder in Refinanzierungsproblemen ist daher nicht zielführend. Denn seine Prämisse ist eine Funktionalität existierender Regeln, die im Reparaturmodus nur gestählt werden müssten. Genau die Funktionalität der Regeln ist aber nicht gegeben. Die Regeln sind vielmehr eine wesentliche Ursache des Problems: in Form der Vergemeinschaftung der Geldpolitik ohne tragfähige wirtschaftspolitische Koordinierung und der Schaffung einer Währungsunion ohne Fiskalunion. Doch es gibt im Fundus alternativer Politikkonzepte zahlreiche Vorschläge, diesen systemischen Defiziten der WWU beizukommen und zugleich die Konsequenzen einer verfehlten Austeritätspolitik zu mildern. Aber werden sie von der Politik hervorgeholt?

In vielen Staaten Europas richtet sich die Hoffnung in diesem Zusammenhang auf die Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemo-

kraten. Die Koalitionsverhandlungen haben zum Ergebnis, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise stärker beachtet werden und das Wachstum gestärkt werden soll. Es ist der Verdienst der SPD, an die soziale und demokratische Dimension Europas zu erinnern. Allerdings konzentriert sich die Politik so auf die Milderung der negativen Effekte des bisherigen Krisenkurses, ohne ihn selbst zu verändern. Von der neuen Bundesregierung sind keine Initiativen zu gemeinschaftlicher Haftung, europäischem Schuldenmanagement und weitreichenden Investitions- und Wachstumsplänen zu erwarten. Die Freude in den Krisenstaaten am neuen deutschen Verständnis für die sozialen und politischen Nöte infolge der verordneten Austerität dürfte daher getrübt sein.

Doch es gibt eine zweite Chance, die Desiderata der Krisenbewältigung zu thematisieren: Im Mai 2014 finden die Wahlen zum europäischen Parlament statt und mehr als je zuvor sollen sie – dank der erstmaligen Anwendung des Vertrags von Lissabon – zeigen, dass sich auch auf der europäischen Ebene über die nationalen Grenzen hinweg organisierte Parteifamilien mit unterschiedlichen inhaltlichen Zielsetzungen und Politikkonzepten gegenüber stehen. Neben das Kümmern um die sozialen Folgen des Krisenkurses muss dann ein alternatives Modell treten. Ein solches alternatives Politikmodell muss insbesondere die nachfolgenden Fragen beantworten:

- Wie kann Europa wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren?
- Aus welchen Elementen muss die künftige soziale Dimension der EU bestehen, um die drohende Spaltung der EU in Kern und Peripherie infolge der Austerität abzuwenden?
- Mit welchen Instrumenten lässt sich die unvollständige Architektur der Eurozone in Richtung einer Fiskalunion weiterentwickeln?

- Wie kann die demokratische Verankerung der EU verbessert werden?

Um aus diesen Fragen ein sozialdemokratisches Narrativ für Europa abzuleiten, ist eine Auseinandersetzung mit den durchaus differierenden Perspektiven auf europäische Zielbestimmungen innerhalb der eigenen Parteifamilie ebenso vonnöten, wie die Prüfung, inwieweit sich dies mit den Ansprüchen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürgern an die europäische Integration deckt.

In diesem Schwerpunkt sollen die hier aufgeworfenen Fragen kritisch beleuchtet werden. Eine der zentralen Aufgaben stellt die schrittweise Generierung der einzelnen Kapitel einer sozialdemokratischen Erzählung für ein soziales und demokratisches Europa dar, die eine Alternative zum dominierenden Krisenkurs aufzeigt und über mitgliedstaatliche Grenzen hinweg konsensfähig ist. Nur so wird sich auch ein Potenzial entwickeln lassen, mit dem die Europawahl zugunsten der SPE entschieden werden kann.

Beiträge des Schwerpunkts

Klaus Busch diskutiert ausgehend von den sozialen Folgen der Austeritätspolitik, die zu hohen Arbeitslosenquoten, insbesondere unter Jugendlichen, wachsender Armutsgefährdung und der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse führt, die notwendigen Elemente einer europäischen Sozialdimension in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Lohn und Einkommen sowie sozialer Sicherheit. Dazu stellt er ein zusammen mit Frank Bsirske entwickeltes Indikatoren- und Instrumentensystem für ein Europäisches Sozialmodell vor und identifiziert die Beharrungskräfte gegen einen Bruch mit dem derzeitigen marktliberalen Krisenkurs in Berlin und Brüssel.

Andrew Watt kritisiert die derzeitigen europäischen Krisenpolitiken, die einseitig auf die Konsolidierung der Haushalte durch Sparmaßnahmen setzen. Er fordert demgegenüber dazu auf, deutlich und entschlossen für ein solida-

risches Europa einzutreten und dies mit konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen zu untermauern. Hierzu skizziert er sowohl finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die direkt angegangen werden sollten, wie auch längerfristige Projekte, die auf grundsätzliche, strukturelle Veränderungen zielen.

Anneliese Dodds stellt aus britischer Perspektive dar, wie die dominierende und in den Krisenjahren erheblich verstärkte EU-Politik der Zurückdrängung demokratischen Einflusses auf die Wirtschaft zu massiven wirtschaftlichen und sozialen Problemen in Großbritannien geführt hat. Sie formuliert eine Strategie, wie die britische Labour-Party die vorhandenen europäischen Errungenschaften zum Schutz von Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen einsetzen sollte, um in der europaskeptischen britischen Öffentlichkeit im Europawahlkampf 2014 sozialdemokratische Perspektiven vermitteln zu können. Sie schlägt dafür Schritte zur Bekämpfung von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping als Antwort auf die derzeitige britische und europäische Krisenpolitik vor, die nur greifen, wenn sie europäisch koordiniert werden.

Konstantin Vössing zeichnet den Krisendiskurs in der Parteienlandschaft der Mitgliedstaaten nach und erörtert den Spielraum, den die sozialdemokratischen Parteien haben, um eine solidarische und integrative Krisenbewältigungsstrategie argumentativ zu vertreten. Dabei wird deutlich, dass sozialdemokratische Parteien mit der Forderung nach einer Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen des bestehenden institutionellen Gefüges einen schwierigen Stand haben. Hinzu kommen beachtliche Unterschiede im sozialdemokratischen Wählerspektrum in Bezug auf die Frage, ob der Grad der Vergemeinschaftung in der Europäische Union und der Sozialpolitik im Besonderen zunehmen sollte. Stärker in Betracht zu ziehen wären dagegen Forderungen und Argumentationsmuster, die die Solidarität zwischen Menschen und sozialen Gruppen in

den Vordergrund rücken und die Inhalte der Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Gegenstand haben.

Ulrike Guérot wirft einen Blick auf aktuelle Zielbestimmungen der SPD zu Europa und skizziert die Bausteine einer „sozialdemokratischen Utopie für die Eurozone“. Zentral dabei ist für sie eine Ablösung der bisherigen Governance-Struktur durch demokratische Strukturen, die den Weg für einen transnationalen Fiskalföderalismus freimachen könnten. An konzeptionellen Ideen für eine Vertiefung der europäischen Integration fehlt es ihrer Meinung nach nicht. Gerade im Hinblick auf die Europawahlen, aber auch die noch längst nicht bewältigte Krise der Eurozone kommt es für die SPD jetzt darauf an, sich mutig an die Spitze von weitreichenden Forderungen zur Behebung der Defizite der europäischen Architektur zu stellen.

Bernd Lange und *Nils Hindersmann* bewerten die Chancen der SPD bei der kommenden Europawahl. Ausgehend von der Analyse, dass Europa ein gutes Projekt und nur die europäische Politik schlecht ist, werden konkrete Vorschläge für mögliche Mobilisierungsthemen gemacht. Die besondere Herausforderung ist, eine politische Abgrenzung zur CDU/CSU zu finden, während man gemeinsam in einer Regierung verhaftet ist. Eine Chance liegt darin, mit Martin Schulz erstmals einen gemeinsamen Spitzenkandidat der SPE für das Amt des Kommissionspräsidenten zu präsentieren. Mit einer klaren sozialen Agenda und einem glaubwürdigen personellen Vorschlag für eine bessere Europapolitik, ist die SPD nach Ansicht der Autoren gut auf die Europawahl vorbereitet. ■

⇒ Ole Erdmann ist Vorsitzender des Kommunalen Begegnungswerks Europa e.V. und Mitglied der spw-Redaktion. Er lebt in Köln.

⇒ Dr. Björn Hacker ist Referent für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und Mitglied der spw-Redaktion.

⇒ Nils Hindersmann ist Gewerkschaftssekretär und kandidiert 2014 für das Europäische Parlament.

⇒ Sebastian Jobelius ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

⇒ Holger Schöneville ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dortmund und Mitglied der spw-Redaktion.

Die europäische Austeritätspolitik und die soziale Dimension der Integration

von Klaus Busch



Foto: www.fotolia.com, © schegi

Die sozialen Folgen des Austeritätskurses

Anders als die USA hat die EU nach der Krise 2008/2009 sehr rasch eine harte Austeritätsstrategie eingeleitet. Während die USA aufgrund ihrer expansiven Geld- und Fiskalpolitik nach der Krise 2008/2009 rasch wieder positive Wachstumsraten und einen Abbau der Arbeitslosigkeit verzeichneten, hatte die Eurozone aufgrund der Sparpolitiken noch 2012 und 2013 mit einer Rezession und steigenden Arbeitslosenraten zu kämpfen (European Commission 2013b).

Für die abhängig Beschäftigten hat sich die von der EU eingeschlagene Austeritätspolitik verhängnisvoll ausgewirkt. Die Arbeitslosenraten sind stark angestiegen, vor allem in den von der Sparpolitik am stärksten gebeutelten Staaten, wie Irland, Griechenland, Portugal und Spanien. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in Spanien und Griechenland Raten von mehr als 50 Prozent erreicht, in vielen anderen EU-

Staaten liegt sie bei über 30 Prozent. Darüber hinaus beklagen viele Staaten eine starke Zunahme des Niedriglohnssektors und prekärer Arbeitsverhältnisse, wie Leiharbeit und Werkverträge.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die Schwächung der Gewerkschaften haben auch in der Lohn- und Einkommensentwicklung in vielen Mitgliedstaaten ihren Tribut gefordert. Schon vor der Wirtschaftskrise 2008/2009 waren mit der Ausnahme von fünf Staaten überall in der EU die Reallöhne schwächer gestiegen als die Produktivität. Im Zuge der Austeritätspolitik und der von der Troika durchgesetzten Dezentralisierung der Kollektivverhandlungssysteme ist es nicht bei dieser Umverteilung zu Gunsten des Kapitals geblieben. In den Staaten Südeuropas, in Irland und vielen osteuropäischen Staaten kam es seitdem auch zu einem Abbau der Reallöhne (vgl. Busch/Hermann/Hinrichs/Schulten 2012; 7ff). Darüber hinaus sind in vielen EU-Staaten aufgrund

dieser Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklungen die Armutsraten angestiegen.

Durch neoliberale Reformen in den sozialen Sicherungssystemen sind in sehr vielen EU-Staaten schon vor der Krise 2008/2009 die Rentenleistungen, die Gesundheitsleistungen und die Arbeitslosenunterstützungen zurückgefahren worden. Aufgrund ähnlicher Problemlagen (Demographischer Wandel, Haushaltsdefizite, Arbeitslosigkeit, System der Wettbewerbsstaaten) ist in den letzten 15 Jahren der Wohlfahrtsstaat in vielen Mitgliedstaaten stark reformiert worden. In den Rentensystemen sind kapitalgedeckte Elemente eingeführt und die relativen Rentenniveaus reduziert worden. In den Arbeitslosenversicherungen wurden die Leistungen (Höhe und Dauer) abgebaut und Aktivierungselemente eingeführt. Die Reformen im Gesundheitssektor sind komplexer Natur, aber auch hier sind unter anderem die Leistungskataloge reduziert und private Finanzierungselemente (Selbst- und Zuzahlungen) stark erhöht worden.

Dieser Trend zu einer „Liberalisierung“ des Europäischen Sozialmodells ist aufgrund der Eurokrise und der Austeritätspolitik weiter vertieft worden. Auffällig ist vor allem, dass jetzt auch in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (GIPS) in der Rentenpolitik Reformen eingeleitet worden sind, die in vielen EU-Staaten schon Jahre früher begonnen wurden (vgl. Busch/Hermann/Hinrichs/Schulten 2012; 15ff). Neben einer Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, der Gleichstellung von Frau und Mann, der Verschlechterung der Bedingungen für eine Frühverrentung und dem Abbau berufsspezifischer Unterschiede sind einzelne Komponenten der Rentenformel (Erhöhung der Versicherungsjahre für die Standardrente, Veränderung der Indexierung) so angepasst worden, dass die relativen Rentenniveaus – gemessen an der Lohnersatzrate – in den GIPS bis 2040 drastisch sinken werden.

Die Bedeutung der sozialen Dimension in der Reformdebatte über eine „vertiefte und echte“ Wirtschafts- und Währungsunion

Unter dem Titel „Strengthening the Social Dimension of the Economic and Monetary Union“ hat die EU-Kommission im Oktober 2013 die lange erwartete Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat veröffentlicht (European Commission 2013a).

Faktisch schlägt die Kommission in dieser Mitteilung nur vor, einen Satz an Sozialindikatoren zu schaffen, dessen Analyse von den EU-Institutionen in den bereits vorhandenen Verfahren zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik berücksichtigt werden soll. Dieses Scoreboard soll fünf Schlüsselindikatoren umfassen: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit (plus NEET-Rate¹), verfügbares Einkommen der Haushalte, Armutsgefährdungsquote und Ungleichheiten.

Die kritische Öffentlichkeit hat diese Mitteilung mit großer Enttäuschung aufgenommen, zumal Frankreich im Europäischen Rat im Dezember 2012 durchgesetzt hatte, dass bei den Vorschlägen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die soziale Dimension berücksichtigt werden soll und der Europäische Rat dazu bereits auf der Basis von Vorschlägen von Rompuys im Juni 2013 konkrete Beschlüsse fassen wollte.

Im März 2013 sah es zunächst auch sehr verheißungsvoll aus, als aus dem Kabinett des Sozialkommissars Andor ein Non-Paper zur Vertiefung der sozialen Dimension bekannt wurde (Non-Paper 2013a). Darin wurden die sozialen Folgen der Austeritätspolitik scharf gegeißelt und darüber hinaus nicht nur ein Indikatorensystem über Ungleichheiten auf den Arbeitsmärkten und Disparitäten in der Einkommensentwicklung vor-

¹ Abkürzung für „Not in Education, Employment or Training“. Die NEET-Rate beziffert den Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung befinden.

geschlagen, sondern gleichzeitig auch ein Instrumentensystem zur Bekämpfung dieser sozialen Probleme gefordert. Ein Satz an nationalen oder europäischen Mindeststandards sollte geschaffen werden und darüber hinaus die Staaten beim Überschreiten festzulegender Schwellenwerte für die Indikatoren zu Korrekturmaßnahmen verpflichtet werden.

Dieser bislang progressivste Vorschlag zur Vertiefung der sozialen Dimension der EU, der je aus Kreisen der Kommission bekannt geworden ist, hatte allerdings eine äußerst kurze Halbwertszeit. Aufgrund der Intervention des Präsidenten Barroso verschwand das Konzept im Giftschränk der Kommission und wurde kaum vier Wochen nach seinem Bekanntwerden durch ein anderes Non-Paper ersetzt (Non-Paper 2013b). Dieses leitete einen kompletten Salto rückwärts ein, benannte nur noch ein Indikatorensystem für die Analyse sozialer Probleme und verbannte alle möglichen politischen Instrumente zur Bekämpfung der Ungleichgewichte in das Reich einer Fußnote, und zwar in der Sprache des Konjunktivs.

Diese Rückkehr zum Status quo ante wurde im Mai 2013 von den europäischen Arbeits- und Sozialministern in ihrem Memorandum zur Vertiefung der sozialen Dimension der WWU aufgenommen und euphemistisch als „Stärkung“ der sozialen Dimension gepriesen (EPSCO 2013). Die Minister versäumten es dabei nicht, auch die soeben erwähnte Fußnote zu streichen, nur um in der Öffentlichkeit nicht das Missverständnis aufkommen zu lassen, aus der Analyse der Indikatoren könne irgendwann politisches Handeln folgen.

Auf dieser Grundlage entstand schließlich die eingangs genannte Mitteilung aus dem Oktober 2013, die aufgrund fehlender neuer Instrumente (Mindeststandards und Schwellenwerte) so ohne Biss ist, dass auf dieser Basis jetzt auch Kanzlerin Merkel betont, die EU brauche eine soziale Dimension.

Ein alternatives Indikatoren- und Instrumentensystem zur Stärkung der sozialen Dimension der EU

Im Anschluss an das erwähnte Non-Paper aus dem Hause Andor im März 2013 haben Frank Bsirske und Klaus Busch ein Konzept zur Vertiefung der sozialen Dimension der EU entwickelt, dessen Grundzüge hier vorgestellt werden sollen (Bsirske/Busch 2013).

Europäische Sozialpolitik sollte entsprechend dieses Vorschlages auf die Beseitigung von Ungleichgewichten und Disparitäten auf dem europäischen Arbeitsmarkt, in der europäischen Lohn- und Einkommensentwicklung und in den europäischen Systemen der sozialen Sicherheit abzielen. Es handelt sich also um ein sehr umfassendes Verständnis von Sozialpolitik, das sich nicht nur auf die sozialen Sicherungssysteme bezieht. Der Vorschlag zur Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union beinhaltet alle drei genannten Politikbereiche: Arbeit und Beschäftigung, Lohn und Einkommen sowie die soziale Sicherheit. In allen drei Feldern umfasst er zwei Dimensionen:

1. einen Satz an Indikatoren, der über Ungleichgewichte und Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt, in der Lohn- und Einkommensentwicklung und in den Systemen der sozialen Sicherheit Auskunft gibt und
2. einen Satz an Instrumenten, der zur Beseitigung der jeweiligen Ungleichgewichte und Disparitäten geeignet ist.

Arbeit und Beschäftigung: In diesem Politikfeld sollte es drei Hauptindikatoren geben: die Arbeitslosenrate, die NEET-Rate für Jugendliche und den Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Diese Größen geben Aufschluss über Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, über den Anteil Jugendlicher ohne Arbeit, Ausbildung oder Trainings-

maßnahme sowie über das Ausmaß der Beschäftigung in Form von Halbtagsarbeit, befristeter Arbeit, Leiharbeit, Werkverträgen, Mini- und Midi-Jobs (Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt). Diese Indikatoren sollten über einen Zeitraum von zehn Jahren erfasst, nationale und europäische Mittelwerte gebildet und Schwellenwerte für die nationalen und europäischen Abweichungen festgelegt werden. In nationalen und europäischen Berichten sind die Ursachen dieser Entwicklungen und der Abweichungen zu analysieren: die konjunkturelle Entwicklung, die Auswirkungen der Austeritätspolitik, mögliche Verschiebungen in der Wettbewerbsfähigkeit des Landes, exogene Einflüsse des Weltmarktes, etc.

Hauptinstrumente zur Bekämpfung von Ungleichgewichten und von Disparitäten sind: die nationale und europäische makroökonomische Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, eine europäisch koordinierte Jobgarantie für die Jugendlichen sowie eine Reihe europäischer Arbeitsmarktregulierungen zur Bekämpfung der prekären Beschäftigungsverhältnisse, z.B. gleicher Lohn für Stamarbeiter und für Leiharbeiter, eine strenge Eingrenzung von Werkverträgen und eine scharfe Kontrolle der entsendeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ (Produktionsortprinzip). Durch die Festlegung eines Indikators für die Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosenrate) und einer expansiven makroökonomischen Politik zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise würde sich die europäische Sozialpolitik in einen bewussten Gegensatz zur herrschenden makroökonomischen Politik in der EU setzen. Würde eine solche europäische Sozialpolitik ernst genommen, und hätte sie mindestens den gleichen Stellenwert wie die Wirtschaftspolitik, müsste die EU die neoliberale Austeritätspolitik beenden und ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma in den Blick nehmen.

Lohn und Einkommen: Hauptindikatoren in diesem Politikfeld sind: die realen Lohnstückkosten, der Anteil des Niedriglohnsektors und die Armutsraten. Diese Indikatoren zeigen, wie sich die Anteile von Lohnarbeit und Kapital am Gesamteinkommen verändert haben (Einkommensverteilung), wie stark der Niedriglohnsektor expandiert ist und wie viele Personen nur ein Einkommen von bis zu 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens erzielen. Auch für diese Größen sollten die Entwicklungen über einen Zeitraum von zehn Jahren untersucht und die Ursachen der möglichen Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung analysiert werden. Ebenso sollten divergierende Entwicklungen zwischen den Mitgliedstaaten der Union erfasst und erklärt werden.

Hauptinstrumente zur Vermeidung von Ungleichgewichten und zur Bekämpfung von Disparitäten sind in diesem Bereich: die europäische Koordinierung der nationalen Tarifpolitiken gemäß der Regel „Inflationsrate plus Produktivitätswachstum“, europäische Regeln für die nationalen Mindestlöhne sowie europäische Regeln für nationale Mindesteinkommen. Während die Tarifkoordinierung eine Aufgabe der Tarifvertragsparteien wäre, müssten die Regeln für die Mindestlöhne und die Mindesteinkommen gesetzlich vereinbart werden.

Soziale Sicherheit: Zwischen den Sozialausgaben der Mitgliedstaaten und ihrem ökonomischen Entwicklungsniveau bestand bis zum Vorkrisenjahr 2007 ein enger statistischer Zusammenhang. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto höher die Pro-Kopf-Ausgaben für den Sozialschutz. Das Bestimmtheitsmaß lag bei über 90 Prozent. Die Variation der Sozialausgaben „erklärte“ sich damit zu über 90 Prozent aus der Variation der Pro-Kopf-Einkommen der Staaten. Allerdings gab es schon in den Jahren vor der Krise Staaten, die nach unten abwichen, die also weniger für den Sozialschutz ausgaben

als ihrem Entwicklungsniveau entsprochen hätte. Dies waren vor allem Irland, aber auch Estland, Lettland, Litauen, Großbritannien und Spanien. Es ist zu erwarten, dass aufgrund der Austeritätspolitik in den Staaten Südeuropas, die auch zu starken Kürzungen in den wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben geführt hat, die negativen Abweichungen innerhalb der EU noch zugenommen haben.

Um den engen Zusammenhang zwischen Sozialschutzausgaben und dem Entwicklungsniveau zu wahren, negative Abweichungen einzelner Staaten zu unterbinden und damit Sozialdumping zu vermeiden, ist es sinnvoll, auf der europäischen Ebene Koordinierungsregeln zu vereinbaren (Sozialer Stabilitätspakt).

Hauptindikator wären in diesem Politikfeld die Sozialausgaben in KKS (Kaufkraftstandards) pro Kopf seit dem Jahr 2000. Hauptinstrument wäre ein Korridor von 5 Prozent, 10 Prozent oder 15 Prozent um die Regressionsgrade der Beziehung Sozialausgaben in KKS pro Kopf in Relation zum Einkommen pro Kopf in KKS.

Das hier vorgeschlagene Konzept für eine Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union stellt einen Bruch mit der herrschenden neoliberalen EU-Politik dar. Es fordert zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise eine Politik nachhaltigen Wachstums sowie europäische Regelungen zur Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse. Im Bereich der Lohn- und Einkommenspolitik setzt es sich vor allem für Maßnahmen ein, die für eine Überwindung von ruinöser Lohnkonkurrenz und von Lohndumping in Europa sorgen. Im Feld der sozialen Sicherheit soll die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Staaten gekoppelt und auf diese Weise Sozialdumping vermieden werden.

Die Perspektiven der sozialen Dimension der Integration

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, dass es um die Fortentwicklung der sozialen Dimension der Integration unter den momentan herrschenden Verhältnissen nicht gut bestellt ist. Die Perspektiven der europäischen Sozialpolitik sind vor allem von drei Faktoren abhängig: der ökonomischen Entwicklung der EU, den sozialen Kräfteverhältnissen und der politischen Debatte über weitere institutionelle Reformen der EU.

Ökonomisch wird nach den Rezessionsjahren für 2014 und 2015 eine moderate Erholung der europäischen Wirtschaft erwartet (European Commission 2013b). Diese Erholung steht aber auf keinem sehr festen Fundament. Belastungsfaktoren sind vor allem die Haushalts- und Wettbewerbsprobleme der drei großen europäischen Volkswirtschaften Frankreich, Italien und Spanien. Darüber hinaus kann es aufgrund von Mängeln bei der Einführung der Bankenunion (Abwicklungsmechanismus und Rolle des ESM) bereits nach den Stresstests der europäischen Großbanken im Jahre 2014 zu einer Rückkehr der Eurokrise kommen (Wahl 2013). Unabhängig von diesen Belastungsfaktoren wird die Arbeitslosigkeit in Europa nur sehr langsam abgebaut werden, zumal die Erholung nicht von einem Paradigmenwechsel in der makroökonomischen Politik begleitet sein wird und deshalb nicht mit einem großen europäischen Investitionsprogramm gerechnet werden kann, wie es vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) im November 2013 vorgeschlagen worden ist.

Aufgrund der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit und der von der Troikapolitik bewirkten institutionellen Schwächung der Gewerkschaften wird sich in der Lohn- und Einkommenspolitik der Trend zur wachsenden Ungleichheit in der Einkommensverteilung fortsetzen. Deutschland kann sich von

dieser negativen Entwicklung in Umkehrung der Verhältnisse, die vor der Krise 2008/2009 zu beobachten waren, möglicherweise eine Zeitlang abkoppeln, dürfte aber dann wieder in den herrschenden Trend eingegliedert werden.

Im Hinblick auf den politischen Faktor wird viel davon abhängen, ob es Kanzlerin Merkel gelingen wird, auf europäischer Ebene den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz durchzusetzen. Danach sollen sich die Mitgliedstaaten in bilateralen vertraglichen Vereinbarungen mit der Kommission verpflichten, Strukturreformen durchzuführen, wie zum Beispiel Arbeitsmarkt- und Rentenreformen. Als Anreiz sollen den Mitgliedstaaten zur Überbrückung ökonomischer Anpassungsschwierigkeiten – beispielsweise einer höheren Arbeitslosigkeit bei liberalen Arbeitsmarkt-reformen – aus einer neu zu schaffenden Fiskalkapazität im oder neben dem EU-Haushalt konditionierte Finanzhilfen gewährt werden. Dieses Konzept, das Kritiker bereits unter dem Motto „Troika für alle!“ diskutieren (Busch/Hirschel/Karrass 2013; Oberndorfer 2013), stößt im Moment unter den Mitgliedstaaten noch auf eine größere Ablehnungsfront. Möglicherweise strebt Frau Merkel nach den Europawahlen im Mai 2014 ein Junktim zwischen der Rolle des ESM in der Bankenunion und dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz an. Die Rahmenbedingungen für eine Vertiefung der sozialen Dimension der Integration würden sich dann abermals verschlechtern, denn der Pakt ist nichts Anderes als eine Generalisierung neoliberaler Strukturreformen in der Arbeitsmarktpolitik und in den sozialen Sicherungssystemen.

Damit gibt es bei allen drei Einflussfaktoren auf die künftige Entwicklung der sozialen Dimension keine Anzeichen für eine Umkehr der negativen Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch, dass die SPD im Kontext der Großen Koalition nach dem bisherigen

Kenntnisstand alle Forderungen für ein alternatives sozialökonomisches Europaprojekt (Wachstumspakt, Eurobonds, Schuldentilgungsfonds, Solidarität mit Südeuropa in der Frage der Bankenunion, sozialer Stabilitätspakt, Stärkung des Europäischen Parlaments) mehr oder weniger kampfflos geräumt hat. Die Europapolitik der neuen Regierung wird damit eine Fortsetzung des bisherigen Kurses von Merkel und Schäuble sein. ■

Literatur

- Bsirske, Frank/Busch, Klaus (2013): A Concept for Deepening the Social Dimension of the European Union, in: Social Europe Journal, 14.8.2013
- Busch, Klaus/Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin
- Busch, Klaus/ Hirschel, Dierk/Karrass, Anne (2013): Mehr Europa, aber anders, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, Nr. 7/8, S. 36-39
- EPSCO (2013): Memorandum – the Social Dimension of the Economic and Monetary Union, Brussels
- European Commission (2013a): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. Strengthening of the Social Dimension of the Economic and Monetary Union, 2.10.2013, Brussels
- European Commission (2013b): European Economic Forecast. Autumn 2013, Brussels
- Non-Paper (2013a): The social dimension of a genuine Economic and Monetary Union, Brussels
- Non-Paper (2013b): The Social Dimension of the Economic and Monetary Union, Brussels
- Oberndorfer, Lukas (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik? In: AK Wien: infobrief eu & international, Ausgabe 1, März 2013
- Wahl, Peter (2013): Wird die Bankenunion den Euro retten? In: weed newsletter, 1. November 2013

☞ Dr. Klaus Busch ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater von verdi.

Der Euroraum ist vorerst gerettet – Was nun?

Finanz- und wirtschaftspolitische Alternativen für Europa¹

von Andrew Watt



Foto: www.fotolia.com, © Creatix

Der Euroraum¹ ist vorerst gerettet. Ein Zusammenbruch droht auf absehbarer Zeit nicht mehr. Fundamentalkritiker rechter wie linker Provenienz lagen falsch. Aber das war es schon fast mit den guten Nachrichten. Die Wirtschaft hat die Talsohle erreicht, aber es ist lange nicht ausgemacht, wann und wie stark es wieder bergauf geht. Nicht nur, dass die Arbeitslosigkeit historische Hochstände erreicht hat, es gibt wenig Anzeichen für deren spürbare und rasche Reduzierung. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher und kollektivvertraglicher Errungenschaften in den Krisenländern schreitet voran. Er droht zunehmend auf Länder wie Italien und Frankreich überzu-

schwappen, in denen nun auch Wettbewerbschwächen diagnostiziert werden. Der von der Politik bevorzugte Ansatz ist einseitig und bietet keine dauerhafte Lösung des Problems der Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums. Staatsschuldenquoten bleiben hoch und steigen trotz Austerität weiter. Wichtige Investitionen in die Zukunft, in Infrastruktur, Bildung und in den ökologischen Umbau bleiben aus.

Kurz: Der von vielen befürchtete (und von manchen herbeigesehnte) Zusammenbruch ist ausgeblieben, aber die gegenwärtige Situation und Zukunftsperspektiven sind unerträglich. Die Krisenbewältigungspolitik, die von durch mitte-rechts-Kräfte dominierte Institutionen sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene zu verantworten

¹ Der Autor dankt Michael Watt für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Version dieses Papiers.

ist, ist somit gescheitert. Was sind die Alternativen?

Die kürzest mögliche Antwort lautet: Nur europäisch-solidarische Lösungen können dauerhaft Erfolg haben. Im Grunde sind die ergriffenen Maßnahmen deswegen gescheitert, weil sie sich nicht von bornierten nationalen Sichtweisen, Egoismen und Schuldzuweisungen befreien konnten. (Ich sage bewusst nicht „von nationalen Interessen“, denn denen ist nüchtern betrachtet keinesfalls gedient worden.) Es ist schon Einiges getan worden, aber der Euroraum muss sich weiter Richtung gemeinschaftlicher Politiken und Institutionen entwickeln, will er sich dauerhaft stabilisieren und gedeihen.

Sofortmaßnahmen

Zuallererst müssen schnelle expansive Maßnahmen ergriffen werden. Diese sollten darauf zielen, die Wirtschaft, besonders in den Krisenländern, wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen, bei dem die Arbeitslosigkeit sinkt und verschuldete Haushalte (einschließlich mittelfristig die Öffentlichen) sich entschulden können. Dies könnte sehr schnell erfolgen, quasi über Nacht. Wenn die EZB ein Programm zum Aufkaufen von Staatsanleihen ankündigt und dann implementieren würde – sowie die US Federal Reserve und die Zentralbanken, etwa Japans und Großbritanniens, es ihr vormachen – würden die immer noch stark erhöhten Zinsen auf Staatsanleihen der Krisenländer mehr oder weniger auf das deutsche Niveau sinken (Horn et al 2012). Das würde die fiskalische Konsolidierung stark erleichtern. Wichtiger noch: die investitionsfeindlichen Zinsen für Firmen und Haushalte in diesen Ländern würden fallen und die Anleihenbestände in den Banken gewinnen an Wert. Dies würde die Finanzinstitute stabilisieren und die Kreditgewährung unterstützen. Der bedeutende aber nichtdestotrotz begrenzte Erfolg der Ankündigung von EZB-Präsidenten Draghi, die Zentralbank würde

alles Notwendige tun, um den Euro zu retten, zeigt die Macht, welche ausschließlich die Zentralbank in einer solchen Situation hat.

Die EZB kann diesen Schritt allerdings erst dann machen, wenn die Regierungen der Mitgliedsstaaten unwiderruflich klarstellen, dass Länder nicht aus dem Euroraum ausgeschlossen werden und es zu keinen weiteren Schuldenschnitten kommt. Noch besser zur Absicherung der Geldpolitik wäre die Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds bei dem zwar jedes Land seine eigenen Schulden bedienen muss, es aber eine gemeinschaftliche Garantie gibt, dass die Staatsschulden zurückgeführt werden. Die Ausgestaltung eines solchen Fonds muss sicherstellen, dass einerseits die gemeinschaftliche Haftung nicht ausgenutzt wird – und das bedeutet de facto eine Einschränkung der nationalstaatlichen Hoheit in der Fiskalpolitik – andererseits aber, dass die Schuldentrückzahlung derart erfolgt, dass die Konjunktur oder die öffentlichen Investitionen nicht gefährdet werden.

Letzteres könnte durch die Einrichtung einer europäischen Fiskalität (European Treasury) ohne innerstaatliche Transfers unterstützt werden (Bibow 2013). Die Treasury emittiert niedrigverzinsten Anleihen. Jedes Land erhält einen konstanten Prozentsatz seines BIPs (zum Beispiel 3 Prozent) zur Finanzierung öffentlicher Investitionen. Jeder Mitgliedstaat zahlt über eine Abzweigung konjunkturreaktiver Steuereinnahmen an die Treasury ein. Dadurch wird der Mittelentzug aus der Treasury zwar nicht jedes Jahr aber mittelfristig ausgeglichen. So werden dauerhafte öffentliche Investitionen so günstig wie möglich und antizyklisch finanziert, ohne jedoch, dass Schreckgespenste über eine „Transferunion“ notwendige politische Fortschritte blockieren.

Wie hältst du es mit der Transferunion?

Das heißt aber nicht, dass Mechanismen zum interregionalen Ausgleich nicht notwen-

dig wären. Im Gegenteil: Keine Währungsunion dieser Welt ist je ohne sie ausgekommen. (Im kleinen Umfang gibt es sie ja auch in Europa schon.) Es wird aber sicher ein langer politischer Kampf bevor diese elementare Einsicht sich in konkreter und effektiver Politik, mit bedeutenden, stabilisierenden Transfers, niederschlägt. Kurzfristig können bestehende Ressourcen und Programme (European Sozialfonds, Europäische Investitionsbank) ausgebaut werden. Mittel- und längerfristig sind verschiedene – sich nicht gegenseitig ausschließende – Mechanismen denkbar. Das gegenwärtige System kann ausgebaut werden, mit größeren Sozialfonds durch die Einführung neuer „europäischer“ Steuern (auf Finanztransaktionen oder CO₂ etwa), oder einem europäischen „Soli“ auf die Einkommenssteuer. Ein weiterer Schritt sähe einen expliziten „Finanzausgleich“ zwischen den Mitgliedstaaten vor. Eine Teileuropäisierung der Sozialversicherung, zum Beispiel der Arbeitslosenversicherung, würde als impliziter interregionaler Ausgleich und automatischer Stabilisator funktionieren (Dullien 2013). Es wären allerdings schwierige Umsetzungsfragen zu lösen, wie ein neues europäisches System mit den vielen, sehr unterschiedlich ausgeprägten nationalen Systemen zu verzahnen ist. Ein weniger ehrgeiziger Vorschlag ist es, in einem europäischen Prozess – offener Methode der Koordinierung – die Mitgliedsstaaten dazu zu drängen, die jeweils eigenen nationalen automatischen Stabilisatoren im gemeinsamen Interesse bis zu vereinbarten Schwellen zu stärken (Watt 2011).

Integration statt Auseinanderentwicklung

Ein dritter Maßnahmenblock betrifft die makroökonomischen Ungleichgewichte, also die wachsenden Unterschiede zwischen den Handels- und Leistungsbilanzen und beim nominalen Lohn- und Preiswachstum der Euroraumländer. Tatsächlich haben sich hier die Ungleichgewichte in letzter Zeit im erheblichen Maße zurückgebildet – allerdings weit-

gehend einseitig. Die Krisenländer haben ihre Lohnstückkosten (Lohnkosten- bei Berücksichtigung des Produktivitätswachstums) reduziert. Gleichzeitig hat sich Deutschland jedoch lediglich auf den mittelfristig richtigen Pfad zu bewegt, mit zuletzt Arbeitskostenzuwächsen von knapp 3 Prozent. Es hat aber die notwendige Korrektur der aufgebauten Wettbewerbsverzerrungen nicht in Angriff genommen, was eine Periode mit Lohnwachstum deutlich über 3 Prozent erfordern würde (Herzog-Stein et al. 2013). Entsprechend gibt es nur bei den Leistungsbilanzdefiziten eine Korrektur; Deutschland jedoch schreibt Überschüsse in unveränderter Höhe fort (wenn dies auch zunehmend auf dem außereuropäischen Handel beruht). Gerade im Autoland Deutschland müsste doch zu verstehen sein, dass, wenn ich eine Weile lang zu weit rechts gefahren bin, es dann nichtreicht, das Lenkrad zurück auf geradeaus zu drehen: ich muss eben mal etwas nach links fahren.

Grundsätzlich ist mit dem Verfahren bei übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten (Excessive Im balances Procedure) eine geeignete Prozedur schon eingeführt worden (Die Europäische Kommission analysiert Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit und der Ungleichgewichte der Länder und gibt Politikempfehlungen ab, deren dauerhafte Nichtbefolgung zu Sanktionen führen kann; vgl. Watt 2013). Sie ist aber – wen wundert's? – einseitig in der Operationalisierung und zielt auf Defizite und Lohnexzesse, nicht deren notwendigen Pendant: Überschüsse und Lohndumping. Lohnstückkostensteigerungen sind auf 3 Prozent pro Jahr (über drei Jahre gemittelt) begrenzt. Es gibt aber gar keine Untergrenze. Der erste und einfache Schritt ist daher, das Verfahren symmetrisch aufzustellen. Gleichzeitig ist dieses Verfahren aber eher eine „end-of-pipe“ Lösung. Mitgliedstaaten des Euroraums brauchen Institutionen auf der nationalen Ebene, die die Rolle der Sozialpartner stärken, mit dem Ziel Lohn- und Preisentwicklungen schon von

vornherein stärker auf die Erfordernisse des reibungslosen Funktionierens des Euroraums auszurichten. Das wichtigste Erfordernis: Nominallohnwachstum, das nicht dauerhaft und wesentlich höher aber auch nicht niedriger liegt als die Summe vom mittelfristigen nationalen Produktivitätswachstum und dem Preisziel der Zentralbank.

Die institutionellen Notwendigkeiten hier variieren stark von Land zu Land. In dem einen Land hilft der Ausbau von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (Schulten/Bispinck 2013), in einem anderen müsste die Rolle von Lohnverhandlungen im exponierten Sektor gegenüber politisierten Lohnsetzungen im öffentlichen Sektorgestärkt werden. Unabdingbar wäre die Einrichtung einer tripartistischen Institution, zwischen staatlichen Akteuren, Gewerkschaften und Arbeitgebern, in jedem Land als „Schatten“ für den – noch deutlich zu stärkenden – Makroökonomischen Dialog auf europäischer Ebene (Koll 2013). Hier ist viel zu tun, vor allem angesichts der Zerstörung des Vertrauens und auch wichtiger Lohnsetzungsinstrumenten unter der Ägide der Troika.

Endlich vernünftige fiskalpolitische Regeln!

Die Steuerungsmöglichkeiten auch einer institutionell gestärkten Lohnpolitik sind aber begrenzt. Vor allem kann sie gegen eine prozyklische nationale Fiskalpolitik nicht viel ausrichten. Daher „ja!“ zu Fiskalregeln, aber bitte die richtigen! Die langjährige Obsession europäischer Politiker mit der Begrenzung staatlicher Defizite und Schulden hat viel Schaden angerichtet. Diese Politik ist nicht mal im Hinblick auf ihre eigenen engen Zielsetzung erfolgreich gewesen. Der Schwenk zur Berücksichtigung struktureller (konjunkturbereinigter) statt laufender Salden war immerhin ein Fortschritt (auch wenn die Berechnung solcher struktureller Salden nicht unproblematisch ist). Erforderlich wäre jedocheine Überwachung der

nationalen Fiskalpolitik derart, dass die gesamtwirtschaftlichen Belange des gesamten Währungsraumes berücksichtigt werden. Da können Haushaltsdefizite aber eben auch -überschüsse gleichermaßen problematisch sein, je nach Situation des Landes, insbesondere je nach konjunktureller Situation und je nachdem ob das Land einen Leistungsbilanzdefizit oder -überschuss aufweist.

Die Politik muss endlich die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle gleichzeitig sparenkönnen. (Formeller ausgedrückt: Es gibt eine unumgängliche Saldenmechanik, wonach die Summe der Defizite (bzw. Überschüsse) der zwei inländischen Sektoren, d.h. des privaten und des öffentlichen Sektors, immer dem Defizit (bzw. Überschuss) in der Leistungsbilanzgleich sein muss. Eine forcierte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – der Staat gibt also weniger aus oder steigert seine Einnahmen – erfordert, dassentweder der private Sektor oder das Ausland bezogen auf ihr Einkommen mehr ausgeben. Tritt dies nicht ein – weil etwa private Haushalte sich auch entschulden wollen oder weil sie von Politikern ständig vermittelt bekommen, sie sollten „Zukunftsvorsorge“ leisten, und das Ausland keine (weitere) „Verschlechterung“ der Leistungsbilanzposition akzeptieren möchte – dann kommt die Anpassung über eine Schrumpfung des Output. Die fiskalischen Ziele werden verfehlt, auch wenn, ja gerade weil die staatliche Sparpolitik vollumfänglich umgesetzt wird. Forderungen nach noch mehr Austerität werden laut, und die nächste Runde dieses destruktiven Spiels kann beginnen.

Daraus folgt nicht, dass sich „Brüssel“ nicht in die demokratisch legitimierten Entscheidungen der Mitgliedsstaaten einmischen darf. Sehr wohlbedeutet dies aber, dass die fiskalpolitische Überwachung im gerade besprochenen Verfahren zur Vermeidung exzessiver Ungleichgewichte eingebettet sein müsste. Einfach ausgedrückt:

Wesentliche Punkte bei der Beurteilung der fiskalischen Position eines Mitgliedsstaates sollten die Leistungsbilanz und die Inflationsrate sein. Ist die Leistungsbilanz tendenziell defizitär und die Inflation mittelfristig „zu hoch“ ist das in der Regel ein Zeichen dafür, dass die Fiskalpolitik gestrafft werden sollte. Im umgekehrten Falle sollte sie eher expansiver ausgerichtet sein. Dabei sollten die öffentlichen Investitionen grundsätzlich anders beurteilt werden (d.h. tendenziell von der Überwachung ausgeschlossen) als die laufenden Ausgaben. Zudem soll im Bereich der Steuerpolitik die europäische Ebene die Funktion übernehmen, einen Wettlauf nach unten bei der Besteuerung mobiler Produktionsfaktoren, vor allem hoher Privateinkommen, Gewinne, Finanzaktivitäten usw., zu stoppen und dann umzukehren.

Die Geldpolitik ist hinterfragbar, der Finanzsektor kontrollierbar

Jahrelang herrschte die Idee vor, Zentralbanken könnten eigentlich nichts Falsches machen wenn sie nur unabhängig sind – und es gab keine die unabhängiger wäre als die EZB: eine Art säkularer unbefleckter Empfänger (Watt 2010). Nun sollte über Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Jahre für die Geldpolitik nachgedacht und debattiert werden. Das unmittelbare Erfordernis ist, wie dargelegt, dass die EZB die Funktion eines Kreditgebers der letzten Instanz („Lender-of-last-resort“) wahrnimmt. Unter anderem hat IWF-Chef Ökonom Olivier Blanchard (Blanchard et al. 2010) über eine Erhöhung des Preisziels von 2 Prozent auf 4 Prozent laut nachgedacht. Die Vorteile – vor allem der größere Spielraum für Nominalzinssenkungen, also für „normale“ Geldpolitik in einer schweren Rezession – wären im Euroraum noch ausgeprägter als etwa in den USA: Als unreife Währungsunion ist die Wahrscheinlichkeit, dass ganze Regionen (Länder) in Deflation verharren, während andere boomen, viel größer. Die zwei Prozent-

punkte zusätzlicher „Luft“ könnten schon sehr segensreich sein.

Zusätzlich sollte klarer im EZB-Mandat festgehalten werden, was sie tun soll, ja muss, sobald und solange Preisstabilität gewahrt ist. Die EZB neigt dazu ihr Mandat, das, wenn auch schwach, ein Doppeltes ist, sehr restriktiv auszulegen (Watt 2012). Es muss klar gemacht werden, dass bei gegebener geringer Inflation das Ziel einer möglichst niedrigen Arbeitslosigkeit entschlossen verfolgt werden muss.

Bleibt noch der Finanzsektor. Die Krise hat brutal die Löchrigkeit und Störanfälligkeit des Systems, das auf nationale Regulation und Aufsicht abstellt, aufgezeigt. Die Kosten sind enorm, und es ist illusorisch zu denken, man könne diese irgendwie „gerecht“ verteilen. Sie sind weitgehend sozialisiert worden. Ein effizientes Bankenwesen ist unerlässlich für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft als Ganzes. Die Herausforderung ist, dafür Sorge zu tragen, dass es nie wieder zu solchen Exzessen kommt. Dazu gehört, dass, wo immer möglich, diejenigen, die die Risiken eingehen und die Gewinne einheimen, auch für eventuelle Verluste geradestehen müssen. Und es ist in diesem Bereich schon einiges passiert. Im Zuge dessen nimmt die EZB im nächsten Jahr ihre neuen Aufsichtsfunktionen wahr. Auch positiv zu werten ist, dass es mit Finance Watch gelungen ist, der Lobbymacht der Finanzindustrie kritisches Fachwissen auf der europäischen Ebene entgegenzustellen. Angesichts der Komplexität der notwendigen Reformen sei an dieser Stelle lediglich festgehalten, dass die kritische Öffentlichkeit und fortschrittliche politische Kräfte in den kommenden Monaten und Jahren den Handelnden hier beständig und aufmerksam auf die Finger werden schauen müssen. Nie wieder darf ein Politiker, schon gar keiner aus der Sozialdemokratie, orakeln, die Finanzmärkte seien schlicht nicht regulierbar. Auf die Gefahr hin

die Metaphern durcheinander zu bringen: das ist die Bankrotterklärung der Politik.

Schlussbemerkungen

Wie man sieht ist die Mängelliste und die Agenda notwendiger Reformen lang. Wir haben gesehen, wie viel getan werden muss, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, um dann mittelfristig in eine stabile Bahn gebracht zu werden, sodass sie den Interessen der großen Mehrheit der europäischen Bürger und Bürgerinnen dient. Die economic governance Architektur war ungeeignet. Sie muss grundlegend erneuert werden. Auf viele Schwächen ist von kritischen Stimmen schon lange vor der Krise hingewiesen worden. Die extrem kostspielige Krise ist die Chance das Haus neu zu bauen. Sie darf nicht vergeudet werden.

Ich habe eingangs gesagt, dass dieses Scheitern vor allem auf politisch Verantwortliche aus dem Lager der Liberalen und Konservativen zurückgeht. Wie gerade die Wahl in Deutschland gezeigt hat, sind diese aber nicht, oder noch nicht, an der Wahlurne bestraft worden. Sarkozy hat es zwar erwischt, aber Cameron und Rajoy haben keine schlechten Karten bei der nächsten Wahl. Die Europawahlen nächstes Jahr werden alles andere als ein Spaziergang für politische Parteien links der Mitte. Warum?

Die Antwort ist komplex – und gerade die alte und neue Bundeskanzlerin hat sicherlich große taktische Leistungen erbracht. Aber ein Teil der Antwort lautet: Die fortschrittlichen Parteien haben es versäumt, eine klare Alternative aufzuzeigen: eine, die auf europäische Solidarität aber eben auch auf vernünftige – das heißt moderne, keynesianisch inspirierte – wirtschaftspolitische Vorstellungen basiert. Das war fatal, aber noch ist es nicht zu spät. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger warten darauf. ■

Quellen

- Bibow, J. (2013), „Lost at Sea: The Euro Needs a Euro Treasury“, IMK Study, no. 35, http://www.boeckler.de/imk_5274.htm?produkt=HBS-005679&chunk=1&jahr=/
- Blanchard O. et al. (2010) Rethinking macroeconomic policy, IMFstaff position note, February 12, 2010, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1003.pdf/>
- Dullien, S. (2013) „A euro-area wide unemployment insurance as an automatic stabilizer: Who benefits and who pays?“, Paper prepared for the European Commission (DG EMPL), Revised version, January 2013
- Herzog-Stein, A. et al. (2013) „Arbeitskostenentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2012 und im 1. Halbjahr 2013“, IMK Report Nr. 88, December 2013
- Horn, G., F. Lindner, S. Tober, A. Watt (2012) „Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum“, IMK Report Nr. 75, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_75_2012.pdf/
- Koll, W. (2013) „Neue Wirtschaftsregierung und Tarifautonomie in der Europäischen Union“, IMK Study Nr. 30, http://www.boeckler.de/imk_5274.htm?produkt=HBS-005473&chunk=1&jahr=/
- Schulten, T. und R. Bispinck (2013) „Stabileres Tarifvertragssystem durch Stärkung der Allgemeinverbindlicherklärung?“, Wirtschaftsdienst, 2013, Heft 11, S. 758-764 <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2013/11/3073/>
- Watt, A. (2010) „Economic Governance Reform: The Good, the Bad and the Missing Make For an Ugly Mix“, Social Europe Journal, 5.10.2010, <http://www.social-europe.eu/2010/10/economic-governance-reform-the-good-the-bad-and-the-missing-make-for-an-ugly-mix/>
- Watt, A. (2011) „Strengthening the automatic stabilisers in Europe: Why, what and how?“, in T. Niechoj et al. (eds.) Stabilising an unequal economy? Public debt, financial regulation and income distribution, Metropolis-Verlag, Marburg
- Watt, A. (2012) „The ECB’s actual mandate – a reminder“, Social Europe Journal, 5.4.2012, <http://www.social-europe.eu/2013/04/the-ecbs-actual-mandate-a-reminder/>
- Watt, A. (2013) „EU Commission Makes A Mockery Of Imbalance Procedure“, Social Europe Journal, 11.4.2013, <http://www.social-europe.eu/2013/04/eu-commission-makes-a-mockery-of-imbalance-procedure/>

↳ Andrew Watt ist Leiter der Abteilung „Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung“ in der Hans-Böckler-Stiftung

Wie die europäische Wirtschaftspolitik zu demokratisieren ist: Eine britisch-sozialdemokratische Perspektive

von Anneliese Dodds

Einleitung: wie würde eine „demokratische“ europäische Wirtschaftspolitik aussehen?

Eine wirklich demokratische europäische Wirtschaftspolitik sollte von den Menschen und für die Menschen gestaltet werden, anstatt durch die Großkonzerne im Interesse einer kleinen Elite, die die wirtschaftliche Macht in Europa dominiert. Dies gilt insbesondere für Großbritannien, das zu einem der Länder mit der größten gesellschaftlichen Ungleichheit in Europa gehört. Im Vereinigten Königreich verfügen die wohlhabendsten 10 Prozent der Bevölkerung mit über 1 Million Pfund über den 850-fachen Wohlstand der untersten 10 Prozent mit weniger als 13.000 Pfund.

Zwar nahm die ökonomische Ungleichheit in Großbritannien unter den Labour-Regierungen zwischen 1997 und 2010 zu, doch konnten dabei auch die untersten Schichten ihre Situation etwas verbessern. Seit 2010 jedoch hat sich die finanzielle Lage der ärmsten Bevölkerungsgruppen ebenso wie die der Mittelschichten verschlechtert, während sich die der Super-Reichen weiter verbessert hat. Derzeit können sich etwa ein Drittel der Familien in Großbritannien unvorhergesehene größere Ausgaben, wie etwa die Reparatur einer Waschmaschine, kaum mehr leisten. In der Siedlung, in der ich lebe – in der relativ wohlhabenden Stadt Oxford – wachsen skandalöse 45,5 Prozent der Kinder in Armut auf.

Letztlich wird die europäische Wirtschaftspolitik demokratischer, wenn sie für eine Umverteilung von Einkommen, Vermögen und wirtschaftlicher Macht von den Super-Reichen hin zu den ärmsten Schichten und der von Ed Miliband, dem Parteivorsitzenden von Labour, als „bedrängten Mittelschichten“ bezeichneten Teilen der Gesellschaft sorgt.

In diesem Artikel untersuche ich, an welchen Stellen die EU-Wirtschaftspolitik kontraproduktiv gewirkt und Ungleichheiten verstärkt hat und wie sie künftig durch die Sozialdemokraten – und mit Unterstützung der Labour-Europaabgeordneten – verbessert werden kann.

Die Fehler der EU-Wirtschaftspolitik

Das wahrscheinlich bedeutendste Problem ebenso der EU-Wirtschaftspolitik in der Eurozone wie auch der derzeitigen konservativ-liberalen Regierung in Großbritannien, ist die Umsetzung von nachfrageschwächenden Austeritätsprogrammen in Ländern, die bereits stark unter Druck stehen. Es wird mittlerweile vielerorts anerkannt, dass man mit einigen der Bedingungen der EU-Rettungspolitik und den Verpflichtungen zur Reduzierung der Staatsverschuldung zu weit gegangen ist. In Großbritannien hat sich diese Erkenntnis jedoch zu spät und nicht ausreichend durchgesetzt. Die langsame Erholung in der Eurozone dient dabei rechten Politikern als Vorwand, um die schwierige Situation Großbritanniens auf die europäischen Rahmenbedingungen zu schieben, anstatt die Ursachen in der ideologisch motivierten Politik der verbrannten Erde als Antwort auf die Rezession zu suchen.

Zweitens stand die EZB schon vor der Krise in der Kritik, weil sie sich zu sehr auf die Bekämpfung der Inflation statt um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fokussierte. In einigen Ländern, wie auch in Großbritannien, erleben wir gerade das gleichzeitige Aufkommen von Inflation und Arbeitslosigkeit, beide Phänomene schließen einander nicht aus. Wie im Folgenden noch diskutiert wird, müssen EZB und EU ihre wirtschaftspolitische Stoßrichtung und Prioritätensetzung jedoch noch viel grundlegender überprüfen. War die von Sozialisten und Sozial-

demokraten geforderte Beschäftigungsgarantie für Jugendliche ein Schritt in die richtige Richtung, so ist dies jedoch nicht ausreichend, um neue Jobs für junge Menschen zu schaffen. Und da unsere Position abgelehnt wurde, wonach diese Garantie sich auf hochwertige Arbeitsplätze beziehen sollte, besteht die Gefahr, dass viele Jugendliche weiterhin nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorfinden, die ihnen die langfristige Lebensplanung, wie etwa die Familiengründung, massiv erschweren werden.

Drittens kann zumindest für Länder wie Großbritannien argumentiert werden, dass EU Wettbewerbs- und Beschaffungspolitik durch Großunternehmen genutzt wurde, um kleine und mittelständische Unternehmen, Genossenschaften und gemeinnützige Einrichtungen aus weiten Teilen des privaten und öffentlichen Sektors heraus zu drängen. Dabei wurden zudem Bedingungen für staatliche Hilfen besonders streng ausgelegt, um nachhaltige und demokratisch kontrollierte Ansätze zu begrenzen, die über eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft zur Förderung der Nachfrage hätten beitragen können.

Ein neuer sozialdemokratischer Ansatz für die Wirtschaftspolitik in der EU

Was ist also zu tun, um einen Wechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik zu erreichen?

1. Eine bessere Qualität der Arbeit

Erstens sollten Wirtschaftspolitiker nicht nur die Bekämpfung der Inflation sondern auch die Schaffung von neuen und hochwertigen Jobs zu ihrem Ziel machen. In Großbritannien ging die Erholung mit der Schaffung von neuen Jobs im privaten Sektor einher, jedoch hat dabei gleichzeitig eine neue Form der Unterbeschäftigung zugenommen. Dieses relativ neue Phänomen ist auf den Druck von Großunternehmen in einem sehr schwachen Arbeitsmarktumfeld entstanden, um ein besonders flexibles Arbeitskräfte-reservoir vorzuhalten.

Der sogenannte „Null-Stunden-Vertrag“, mit dem ein Arbeitsverhältnis ohne Garantie für die tatsächlich zu leistende und bezahlte Arbeitszeit, jedoch mit dem Verbot anderweitiger Beschäftigung eingegangen wird, führt bei den betroffenen Beschäftigten zu besonders prekären und verzweifelten Situationen. Diese Armuts-Verträge betreffen nicht nur kleine Teilbereiche der Wirtschaft, sondern drohen zur Norm in Großbritannien zu werden. So bietet die Supermarktkette „Iceland“ nur noch Verträge für 7 Stunden pro Woche an, bei der alle darüber hinausgehenden Einsatzzeiten von der Laune des Vorgesetzten abhängen. Diese Verträge sind oftmals in weiblich dominierten Bereichen des Arbeitsmarktes zu finden, wie etwa im Einzelhandel, der Gastronomie und der Pflege. Die EU muss darüber nachdenken, wie sie solche Formen der Unterbeschäftigung bekämpfen kann, die eine starke Belastung von Menschen mit ohnehin schon sehr niedrigen Einkommen bedeuten.

Die Labour Party hat sich verpflichtet, gegen die „Null-Stunden-Verträge“ vorzugehen und die schwierigsten Bedingungen für die Arbeitnehmer abzuschaffen, wenn sie die Regierung übernehmen sollte. Klar ist jedoch auch, dass diese Form von Arbeit letztlich in der gesamten EU verboten werden muss. Skrupellose Arbeitgeber haben von ihren spanischen und irischen Partnern gelernt, wie sie die Verzweiflung von ArbeitnehmerInnen ausnützen können und ohne europaweite Regelungen werden sie dies fortsetzen. Zusätzlich wird hier das Spektrum des „race to the bottom“ deutlich, indem Firmen vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe mit Jobverlagerung in Staaten mit besonders unregulierten Arbeitsmärkten drohen.

2. Eine Wettbewerbspolitik für Innovation statt für Sklerose

Zweitens muss die Wettbewerbs- und Beschaffungspolitik der EU reformiert werden. Insbesondere in Großbritannien haben Großunternehmen ihre marktbeherrschende

Stellung in zahlreichen Sektoren ausgeweitet. Statt Effizienz zu fördern, wurden so Innovation, Kreativität und letztlich Wachstum erstickt. Ein herausragendes Beispiel dafür ist der Energiesektor in Großbritannien. Nach der Privatisierung wurde der Markt unter lediglich sechs Anbietern aufgeteilt, denen es meisterhaft gelang, die Konsumentenpreise zu erhöhen, ohne die dringend notwendige Umstellung auf eine kohlenstoffarme Energieversorgung anzugehen. Ed Miliband hat den Firmen mit einer zeitlich begrenzten Energiepreisbremse gedroht, bis der Energiesektor diesem Reformbedarf gerecht geworden ist. Hier ist nun die EU in der Pflicht, da ihr Fokus auf die Stärkung des Wettbewerbs im britischen Energiemarkt gescheitert ist. Die Firma EDF z.B. hat kürzlich erst erklärt, dass sie die Preise weniger stark als andere Firmen erhöhen werde, wenn die Regierung die Umweltsteuern auf Energie senkt. Diese Form des politischen Drucks von Seiten der Energieriesen ist erschreckend und zeigt die Konsequenzen der Eigentumskonzentration im britischen Energiesektor.

Auch nach der Privatisierung der gesamten Energieproduktion in Großbritannien (wobei nach wie vor bedeutende staatliche Subventionen in die Entwicklung der Atomkraft fließen) haben viele Energieunternehmen staatliche Miteigentümer, nicht zuletzt EDF. Dennoch sollten wir dafür sorgen, dass die EU-Regularien nicht dazu ausgenutzt werden, öffentliches Eigentum in diesem Bereich einzuschränken und darüber hinaus auch Strategien entwickeln, wie Genossenschaften und Kooperativen (mutuals) in der EU gestärkt werden können. Kooperative und genossenschaftliche Unternehmen müssen, auch wenn sie wie die Cooperative Group in Großbritannien nicht ohne Probleme durch die Krise gekommen sind, in Großbritannien und der EU weiterhin gefördert werden, da sie einen nachhaltigen, ethischen und demokratisch verantworteten Ansatz von Unternehmenseigentum darstellen.

Ein anderer Aspekt der EU-Politik – das öffentliche Beschaffungswesen – hat ebenfalls eher den Großunternehmen in Großbritannien genutzt als einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Die Anforderungen an die Kommunen, bedeutende Verträge durch offene Ausschreibungen zu vergeben, hat dazu geführt, dass große Konzerne, die über die entsprechenden Ressourcen zur Bewältigung der komplizierten EU-Regularien verfügen, zahlreiche kleine Anbieter – viele von ihnen Genossenschaften oder gemeinnützige Unternehmen – im Bieterwettbewerb ausstechen können. Das System muss dahingehend reformiert werden, dass der Nutzen einer gemischten Wirtschaft und eines vielfältigen Angebots an öffentlichen Dienstleistungen für Innovationen und lokale Bedarfe anerkannt wird.

3. Mehr Macht für Konsumenten

Drittens muss es eine andere Verbraucherpolitik geben, die die Konsumentensouveränität zur Stärkung umweltfreundlicher, sozialer und Tierschutzstandards zu nutzen versteht. Die Öko-Zertifizierung bietet ein Beispiel, wie die EU die Menschen in die Lage versetzt hat, umweltfreundliche Kaufentscheidungen zu treffen. Viele Konsumenten würden sich auch für den Kauf von Kleidern und Textilien entscheiden, wenn sie durch entsprechende Zertifizierung erkennen könnten, dass diese ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Dies wird von Gewerkschaften schon seit vielen Jahren eingefordert. Generell könnte ein „fair work“-Label durch die EU eingeführt werden, das selbst als freiwilliges Instrument kenntlich machen könnte, dass das entsprechende Produkt unter sozialen Mindeststandards und zu angemessenen Löhnen hergestellt wurde.

Im Bereich des Tierschutzes und der Fleischzertifizierung gibt es bereits auch von Labour MdEP vorangetriebene Fortschritte. Im Kontext des Pferdefleisch-Skandals ergibt sich derzeit die Gelegenheit für die EU, die entsprechenden Standards in dem Sektor zu verbes-

sern. Gleichzeitig sollte es britischen Beamten nicht möglich sein, unter Berufung auf EU-Recht kommunale Gesundheitsbehörden an einem Verbot für Lebendtiertransporte zu hindern. Demokratisch gewählte Politiker sollten in der Lage sein, den Wählerwillen – hier den Tierschutz – adäquat umzusetzen.

Sozialdemokraten sollten voneinander lernen

Sozialisten und Sozialdemokraten sollten sich über diese Aspekte hinaus enger abstimmen, um den derzeitigen Abwärtswetlauf bei Rechten und Standards zu stoppen. In den Debatten um die Anhebung des britischen Mindestlohnes auf ein angemessenes Niveau, das den Betroffenen ein wirkliches Auskommen sichert (living wage), sollte auch über den energischen Einsatz der SPD für einen Mindestlohn und weitere Instrumente gegen prekäre Beschäftigung in Deutschland informiert werden.

Britische Sozialdemokraten können außerdem viel von Deutschlands zunehmend grünem Energiesektor lernen, der zu relativ vertretbaren Preisen eine deutlich umweltfreundlichere Energieversorgung bereitstellt. Dies hebt sich von der Energiepolitik der konservativen britischen Regierung mit ihren neuen Initiativen für fossile und atomare Energiegewinnung ab, die jeden umweltfreundlichen Umbau unterlaufen und zu explodierenden Preisen führen.

Die britischen Diskussionen über Wirtschaftspolitik orientieren sich stark an dem US-Vorbild, anstatt von den sozialdemokratischen Freunden in Europa zu lernen, deren Gesellschaften und Volkswirtschaften der unseren viel ähnlicher sind. Seit die Lebensbedingungen der Menschen wie nie zuvor unter Druck geraten sind, ist es für Sozialdemokraten wichtiger denn je, Hand in Hand in ganz Europa für eine EU zusammenzuarbeiten, die für die Menschen da ist und nicht nur für Großunternehmen.

Die Herausforderung für die britische Sozialdemokratie

In Großbritannien ist es angesichts der tiefen Europaskepsis in der Öffentlichkeit und Teilen der politischen Elite äußerst wichtig, von Ideen und Ansätzen der anderen sozialdemokratischen Partner in Europa zu lernen. Die Debatte über die EU-Mitgliedschaft wurde maßgeblich von der politischen Rechten bestimmt, allen voran durch die konservativen Tories, die vehement einfordern, die europäischen Verträge neu zu verhandeln, um die sozialen und ökologischen Standards abzuschaffen, die jedoch auch britische ArbeitnehmerInnen im Rahmen des gemeinsamen Marktes schützen. Natürlich würde ohne diese Standards der europäische Binnenmarkt im Interesse der Großkonzerne und zuungunsten von Arbeitnehmern, Rentnern und den Schwächsten der Gesellschaft zurechtgebogen. Dennoch sind sich viele Menschen dessen nicht bewusst, da diese positiven Aspekte der EU in den Medien kaum eine Rolle spielen.

Wir müssen dieser Ablehnung des europäischen Integrationsprojekts entgegenwirken, indem wir bei jeder Gelegenheit die positiven Aspekte der EU insbesondere für ArbeitnehmerInnen hervorheben, ohne als Verteidiger derjenigen Entscheidungen der EU wahrgenommen zu werden, die in die falsche Richtung gehen. Wir sollten diesozialen Erregenschaften der EU wie etwa die Arbeitszeitrichtlinie verteidigen und die Auswüchse der austeritätsorientierten Rettungspolitik verurteilen. Britische Sozialdemokraten müssen sich dieser Herausforderung stellen, wenn wir verhindern wollen, dass sich Großbritannien isoliert und außerhalb der EU dem „race to the bottom“ mit immer niedrigerem Lebensstandard, schlechterem Umweltschutz und der wachsenden Missachtung von sozialen Menschenrechten ausgeliefert ist. ■

↳ Dr. Anneliese Dodds ist Dozentin für Public Policy und kandidiert 2014 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für die britische Labour Party in der Region South East England.

↳ Übersetzung: Ole Erdmann

Sozialdemokratie und Europäische Integration

von Konstantin Vössing

Die vorherrschende Antwort auf die Eurokrise in der deutschen politischen Landschaft ist einfach: wenn alle Euroländer die gleichen strukturellen Reformen am Arbeitsmarkt und an den sozialen Sicherungssystemen durchführen wie die Deutschen, dann wird der Euro gerettet und Europa steht vor dem Beginn einer neuen Ära wirtschaftlicher Prosperität. Bei unsicherem Erfolg dieser Politik ist der Preis enorm: anhaltende Rezession, Massenarbeitslosigkeit, ein zunehmendes Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Einschnitte in den sozialen Dialog prägen das Bild in den von der Krise am meisten betroffenen Staaten.

Solidarität mit den Krisenverlierern wird in diesem Zusammenhang quer durch alle politischen Lager in erster Linie als eine zwischenstaatliche Angelegenheit definiert. Die Diskussion dreht sich um die Frage, wie umfassend europäische Integration noch sein soll und wie viele Ressourcen von den wirtschaftsstarken Ländern durch Finanzgarantien oder Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union (EU) aufgebracht werden sollen, um die Kollateralschäden der Krise abzufedern.

Dieser Beitrag betrachtet die Auseinandersetzung zur europäischen Integration aus sozialdemokratischer Sicht. Ich beschreibe zunächst die Struktur des europapolitischen Parteienwettbewerbs und das aktuelle strategische Dilemma der Sozialdemokratie. Auf der Grundlage rege ich eine sozialdemokratische Leitidee als Alternative zum dominanten Diskurs an, und diskutiere zum Schluss die Chancen und Einschränkungen bei der Umsetzung einer veränderten sozialdemokratischen Herangehensweise.

Parteiendiskurs zur europäischen Integration

Im westeuropäischen Mitte-Rechts Spektrum war die gängige Vorstellung von Integration als Errichtung eines europäischen Wirtschaftsraums unter Beibehaltung nationaler Souveränität bislang so erfolgreich, weil sie einen Kompromiss von marktliberalen und konservativ-nationalen Tendenzen ermöglicht hat. Dieser Kompromiss ist gefährdet, je stärker Integration politische Kernkompetenzen der Nationalstaaten aufweicht oder als Bedrohung für nationale ökonomische Prosperität wahrgenommen wird. Die Verschiebung der Wählerunterstützung von Mitte-Rechts Parteien hin zur nationalpopulistischen und national-liberalen Rechten in fast allen Ländern des reicheren europäischen Nordens ist ein Indiz für diese Entwicklung.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist im Zuge der Eurokrise in einer strategisch günstigen Lage, um eine national-liberale Agenda zu verfolgen. Die AfD, ähnlich wie die UK Independence Party (UKIP) oder die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders, kann europäische Integration mit Verweis auf die Umverteilung von Steuergeldern in den Süden Europas ablehnen, ohne auf die Betonung von Prosperität durch marktliberale Wirtschaftspolitik verzichten zu müssen. Im Gegensatz zu UKIP und AfD sind andere rechte Parteien deutlich marktkritischer, insbesondere die „Wahren Finnen“ und die französische Front National. Die Ablehnung europäischer Integration als Gefahr für ökonomische Prosperität eint beide Ansätze. Der Kern der Euroskepsis bei allen Vertretern der neuen Rechten ist aber die Betonung der Gefahren europäischer Integration für die Identität und den Zusammenhalt nationaler Gemeinschaften. Im Zusammenhang mit den sozialen und ökonomischen Verwerfungen

der Eurokrise wird dieses Argument attraktiver, sowohl bei den relativen Gewinnern als auch bei den Verlierern der Krise.

Die deutschen Christdemokraten und die britischen Konservativen verfolgen unterschiedliche Strategien in der Neujustierung ihrer Europapolitik, um die Fragmentierung der rechten Hälfte des Parteienspektrums zu verhindern. In Großbritannien geschieht dies durch Forderungen nach dem Rückzug aus zwischenstaatlicher Solidarität und nach der Umkehrung europäischer Integration. Im deutschen Fall betonen die Christdemokraten die Grenzen zwischenstaatlicher Solidarität, verfolgen aber durch Bankenunion und Fiskalpakt eine Politik der Ausweitung von Integration. Deutschland bleibt aber eine Ausnahme. In den anderen Ländern Westeuropas wird deutlich, dass sowohl nationalpopulistische und national-liberale als auch Mitte-Rechts Parteien mittlerweile mindestens zwei Argumente gegen europäische Integration in Kombination miteinander vertreten können: Integration als Wohlstandsgefährdung und als Bedrohung nationaler Identität. Bei der Frage, ob Europa wirtschaftspolitisch zu liberal oder zu wenig liberal ist, gibt es abweichende nationalpopulistische und national-liberale Orientierungen. Beide Haltungen können jedoch mittlerweile auf konsistente Art und Weise dem Basismenü der Europakritik hinzugefügt werden.

West- und osteuropäische Linkspopulisten begründen ablehnende oder skeptische Positionen zum europäischen Projekt traditionell mit der Erosion von nationalstaatlich organisierten Wohlfahrtsstaaten als Folge der europäischen Integration. Durch die Eurokrise und die fehlende zwischenstaatliche Solidarität in den reichen Ländern sehen die Parteien links von der Sozialdemokratie solche Vorbehalte bestätigt. Als Reaktion auf die Krise fordern Linkspopulisten – inhaltlich-widersprüchlich und defensiv aber elektoral zumindest teilweise populär – ein deutliches

Mehr an bedingungsloser zwischenstaatlicher Solidarität und gleichzeitig einen Rückzug von Marktintegration, um das Überleben national organisierter Wohlfahrtsstaaten zu ermöglichen.

Eine sozialdemokratische Leitidee zu Europa

Sozialdemokratische Parteien haben traditionell integrationsfreundliche Positionen vertreten. Kritische Haltungen, begründet durch die Betonung nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit, gibt es insbesondere in den nordischen Sozialdemokratien. Flankiert von einer allgemeinen kulturellen Europhilie orientiert sich die dominante sozialdemokratische Position zu Europa an dem Spannungsfeld zwischen mehr und weniger Integration, das in der Krisendiskussion vor allem ein Spannungsfeld zwischen mehr und weniger zwischenstaatlicher Solidarität geworden ist. Sozialdemokraten sowohl im wirtschaftsstarken Norden als auch in den Krisenländern kritisieren den Rückzug von zwischenstaatlicher Solidarität und verlangen mehr finanzielle Anstrengungen von Ländern aus der relativen europäischen Prosperitätszone. Gleichzeitig grenzen sich Sozialdemokraten von ihren linkspopulistischen Konkurrenten ab, indem sie die Grenzen zwischenstaatlicher Solidarität stärker betonen und strukturelle Reformen in den Krisenländern fordern. Der Kern der sozialdemokratischen Strategie ist allerdings der Versuch, mit dieser Position möglichst wenig aufzufallen und europapolitische Auseinandersetzungen aus der elektoralen Arena herauszuhalten.

Eine Fortsetzung dieser Strategie ist für die Sozialdemokratie aus zwei Gründen problematisch. Erstens: Ein Ausblenden des Eurothemas wird immer weniger praktikabel – wegen des enormen Problemdrucks und wegen der wachsenden elektoralen Konkurrenz links und rechts, die von der Politisierung der europäischen Integration lebt. Zweitens: Aus der Orientierung sozialdemokratischer

Positionen an der zurzeit dominanten Struktur des Parteienwettbewerbs zum Thema Europa entsteht sozialdemokratischen Parteien ein strategischer Nachteil. Linkspopulisten und Parteien rechts der Mitte können im Gegensatz zur Sozialdemokratie glaubhaft und mit geringen Einschränkungen für die interne Konsistenz ihrer Programmatik eine schlagkräftige Position für mehr oder weniger Integration durch mehr oder weniger zwischenstaatliche Solidarität vertreten.

Das besondere strategische Dilemma der Sozialdemokraten ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen sozialdemokratischen Politikzielen und der Architektur der politischen Auseinandersetzung zur europäischen Integration. In der klassischen sozialpolitischen Auseinandersetzung betonen sozialdemokratische Parteien die Bedeutung nationalstaatlicher Formen von Solidarität. Ihre Unterstützung für europäische Integration hat allerdings einen Integrationsprozess befördert, der eine ausschließliche nationale Wohlfahrtsstaatlichkeit unmöglich gemacht aber gleichzeitig keine europäische Ersatzlösung etabliert hat. Zwischenstaatliche Formen der Solidarität sind weder besonders populär, noch tragen sie zur Verwirklichung sozialdemokratischer Politikziele bei. Sozialdemokratische Positionen, die sich zu sehr an der Logik des Gegensatzes zwischen mehr und weniger Integration orientieren, können deswegen nie genauso glaubwürdig und konsistent sein wie die programmatischen Aussagen der Konkurrenz.

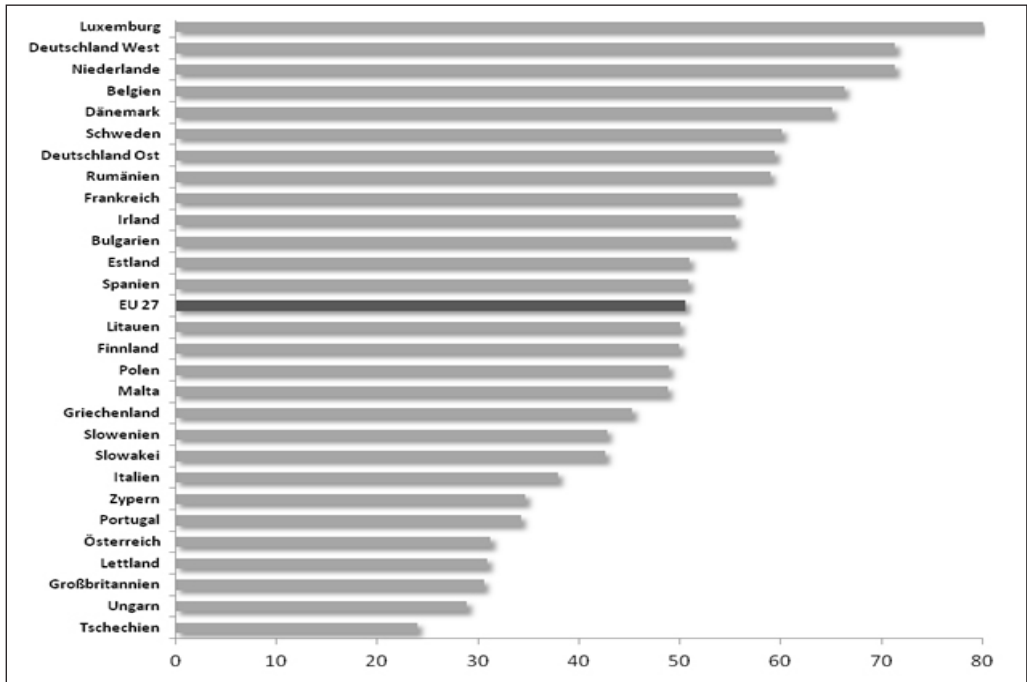
Eine sozialdemokratische Leitidee zu Europa sollte sich deswegen von der Fokussierung auf den Umfang von Integration befreien. Dazu müssen sich Sozialdemokraten von einem Verständnis der Solidarität als zwischenstaatlicher Ausgleich absetzen. Konkrete sozialdemokratische Lösungen für wirtschaftliche und soziale Herausforderungen in Europa können vor allem dann überzeugend sein und dabei helfen, sozialdemokra-

tische Grundwerte zu verwirklichen, wenn sie sich an der Vorstellung von Solidarität als Ausgleich zwischen Menschen und sozialen Gruppen in Europa orientieren. Diese sozialdemokratische Leitidee zur europäischen Integration, die Solidarität in erster Linie zwischenmenschlich und nicht zwischenstaatlich definiert, basiert auf einer bestimmten Vorstellung über die Richtung, nicht den Umfang, von Integration. Sozialdemokraten sollten nicht primär für mehr oder weniger Einfluss der europäischen Institutionen einstehen, sondern für ein anderes Europa. Viel wichtiger als das Festhalten an bestimmten stark institutionalisierten Formen der Integration ist für den Erfolg einer neuen sozialdemokratischen Leitidee die Etablierung eines europäischen politischen Raums, in dem über nationalstaatliche Grenzen hinweg politische Auseinandersetzungen stattfinden, und in dem sich ein bürgerschaftliches Verständnis von zwischenmenschlicher Solidarität etabliert.

Chancen und Hürden

Sozialdemokratische Parteien in Europa müssen sich bei der Positionierung zu Europa mit extrem unterschiedlichen Integrationspräferenzen in ihren Ländern auseinandersetzen (**Diagramm 1**). Dies begünstigt eine diskursive Strategie, die eine neue Leitidee auf der Basis sozialdemokratischer Inhalte in den Vordergrund stellt und sich von strikten Festlegungen auf ein Mehr oder Weniger an Integration verabschiedet. Allerdings behindert dies gleichzeitig die Schaffung eines europäischen politischen Raums, in dem Präferenzen tendenziell losgelöst von nationaler Zugehörigkeit determiniert werden. Eine sozialdemokratische Leitidee, die auf einem zwischenmenschlichen Verständnis von Solidarität beruht, braucht aber einen echten europäischen Diskurs und die Entwicklung von inner-europäischen Formen der Vergemeinschaftung. Davon sind die Mitgliedsländer der EU noch weit entfernt.

Diagramm 1: Zustimmung zur europäischen Integration, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt den prozentualen Anteil der Befragten, die der Aussage „die EU Mitgliedschaft meines Landes ist eine gute Sache“ zustimmen (Eurobarometer Juni 2012).

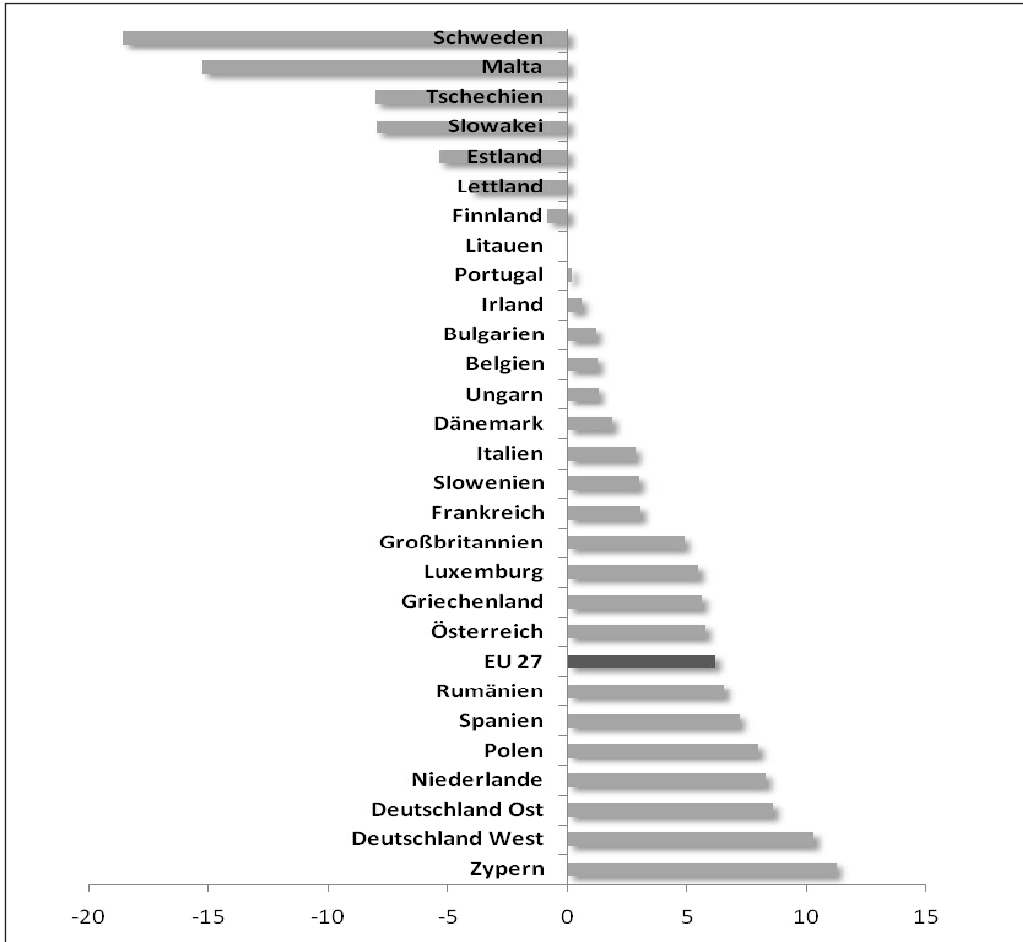
Die Verteilung der öffentlichen Meinung zu Europa unter Befragten mit unterschiedlichen Politikpräferenzen (**Diagramm 2**) belegt auch auf der Nachfrageseite, dass eine euroskeptische Alternative zur Leitidee eines zwischenmenschlich solidarischen Europas mit einer Rückorientierung zu nationalstaatlichen Formen der Solidarität für die Sozialdemokratie wenig attraktiv ist. Die Stammklientel sozialdemokratischer Parteien ist im europäischen Durchschnitt und in fast allen Ländern der EU deutlich integrationsfreundlicher als der Rest der Bevölkerung. Nur in sieben von 27 Mitgliedsländern sind potenzielle sozialdemokratische Wähler eurokritischer als die Befragten auf der extremen Linken und auf der rechten Hälfte des politischen Spektrums.

Für die europäischen Bürger hat die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells

derzeit eine eher geringe Priorität. Nur 14 Prozent der Europäer halten dieses für eines der drei wichtigsten Ziele europäischer Politik (**Diagramm 3**). In keinem der EU Mitgliedsländer sind es mehr als 30 Prozent, und die Vielfalt der Länder mit den geringsten Werten unter 10 Prozent zeigt, dass dieses Ergebnis das Resultat hochgradig unterschiedlicher politischer Konstellationen sein kann. Den potenziellen Wählern sozialdemokratischer Parteien ist das Projekt eines europäischen Sozialmodells nur geringfügig wichtiger als dem Rest der Bevölkerung – sowohl im europäischen Durchschnitt als auch in den meisten EU Mitgliedsländern (**Diagramm 4**).

Bei allen Einschränkungen, die sich aus der Betrachtung der öffentlichen Meinung für die Attraktivität einer veränderten sozialdemokratischen Strategie ergeben, sollten Sozialdemokraten eins nicht vergessen: Par-

Diagramm 2: Zustimmung zur europäischen Integration – das sozialdemokratische Wählerspektrum im Vergleich zum Rest der Bevölkerung, Juni 2012



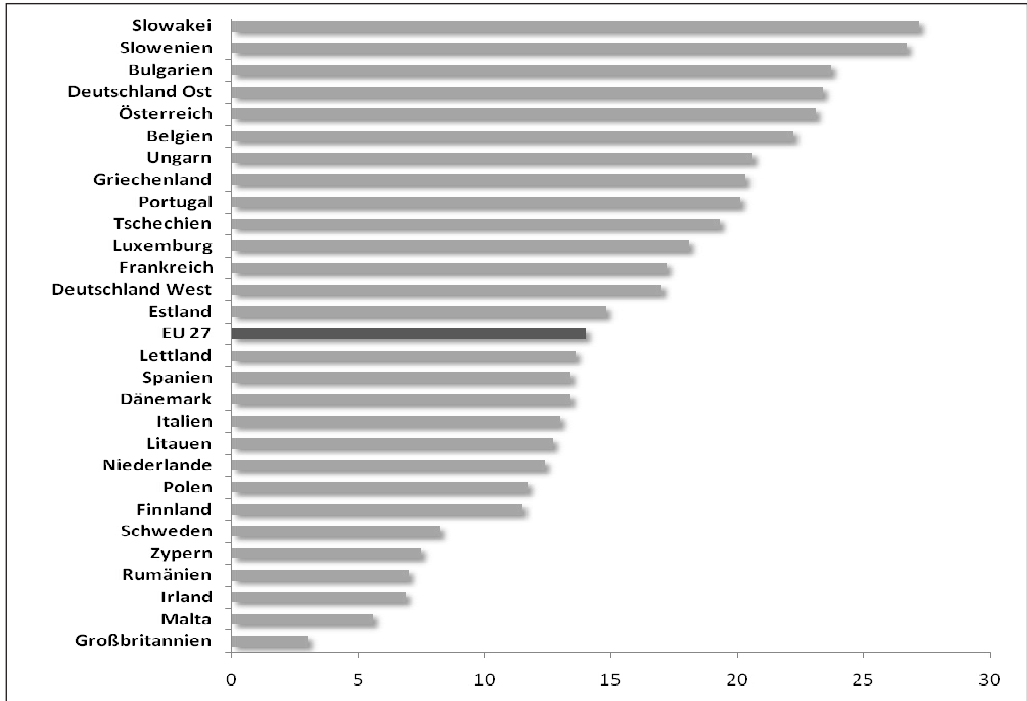
Anmerkung: Diagramm zeigt in Prozentpunkten die Abweichung des sozialdemokratischen Wählerspektrums (2 bis 10 auf einer Links-Rechts Skala von 1 bis 10) vom Rest der Bevölkerung im Hinblick auf die Zustimmung zur Aussage „die EU Mitgliedschaft meines Landes ist eine gute Sache“ (Eurobarometer Juni 2012).

teien sind nicht gefangen in der Struktur von Parteienkonkurrenz und der Verteilung von Wählerpräferenzen. Gerade bei einem extrem beweglichen und weniger tief verankerten Thema wie der europäischen Integration haben Parteien die Fähigkeit, dominante Diskurse zu verändern. Der politische Mut, dies anzugehen, sollte gerade dann stark ausgeprägt sein, wenn die strategischen Alternativen zu dieser Vorgehensweise (weiter wie

bisher oder zurück zum klassischen Nationalstaatsmodell) noch weniger attraktiv sind.

Erstens: Parteien können die Architektur des politischen Konflikts verändern. Öffentliche Meinung ergibt sich aus der Bezugnahme auf die inhaltlichen Angebote im Diskurs der Parteien und anderer Meinungsmacher. Es ist deswegen nicht besonders überraschend, dass die Durchsetzung eines europäischen Sozi-

Diagramm 3:
Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells als politische Priorität, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt den prozentualen Anteil der Befragten, die die Schaffung eines europäischen Sozialmodells als eine der drei wichtigsten Prioritäten des Europäischen Parlaments betrachten (Eurobarometer Juni 2012).

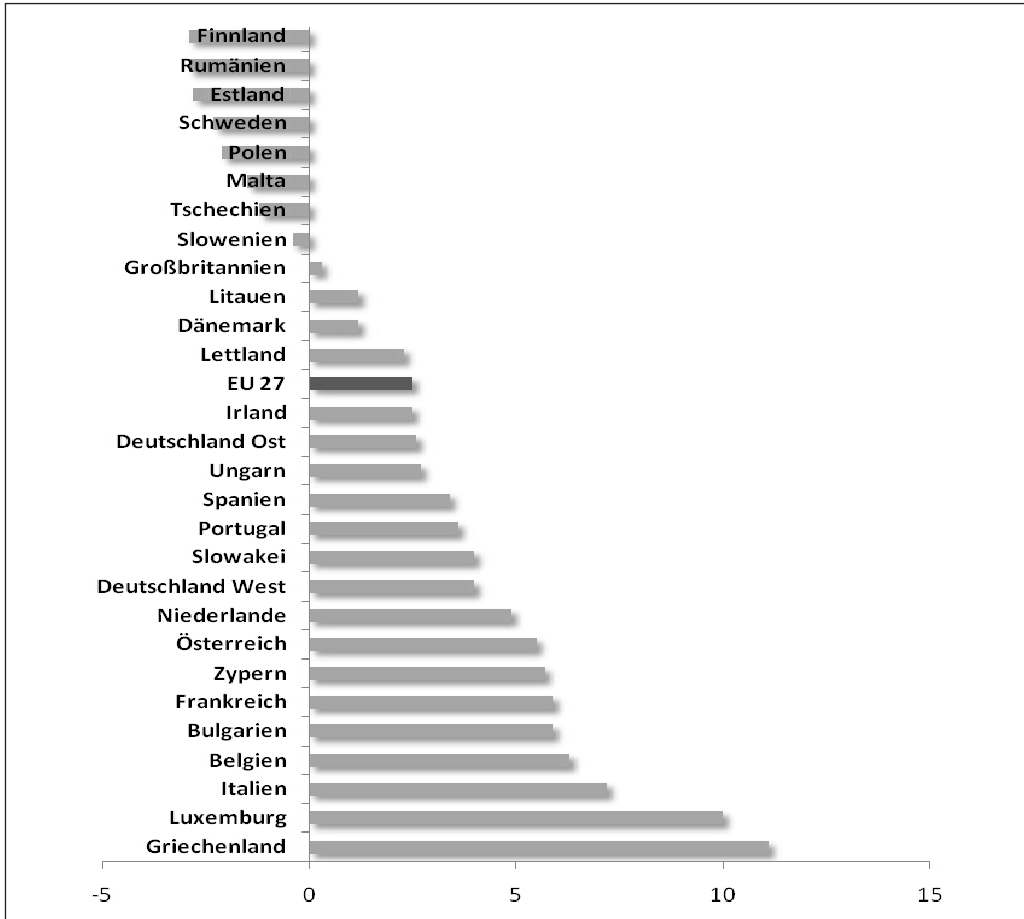
almodells sowohl für die europäischen Bürger (**Diagramm 3**) als auch für den sozialdemokratischen Wählerstamm (**Diagramm 4**) nur geringe Priorität hat. Diese Beobachtung belegt nicht, dass die Europäer ein solches Projekt ablehnen. Sie zeigt nur, dass es den Sozialdemokraten mit ihrer strategischen Konzentration auf zwischenstaatliche Solidarität und die Entpolitisierung des Europa-Themas nicht gelungen ist, die Idee eines europäischen Sozialmodells als Bezugspunkt für die öffentliche Meinung zu etablieren.

Zweitens: Parteien können Präferenzen verändern. Meine eigene Forschung zu diesem Thema untersucht mit experimentellen Methoden die Möglichkeiten, durch unterschiedliche Formen politischer Rhetorik zu überzeugen und Meinungswandel

herbeizuführen. Eine wichtige Erkenntnis dieser Studien ist zum jetzigen Zeitpunkt, dass Parteien und Experten in der Lage sind, Präferenzen zur europäischen Integration signifikant zu verändern. Die Grenzen solcher Anpassungsprozesse ergeben sich aus unterschiedlich stark ausgeprägten Gefühlen nationaler Zugehörigkeit und aus utilitaristischen Berechnungen über die persönlichen Vorteile der europäischen Integration. Dies sind im Gegensatz zu flüchtigeren politischen Präferenzen relativ stark verankerte Dispositionen, mit denen sich ein sozialdemokratisches Leitbild zu Europa intensiv auseinandersetzen muss.

Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass die Zustimmung zu bestimmten europapolitischen Maßnahmen stark von der Art der

Diagramm 4: Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells als politische Priorität – das sozialdemokratische Wählerspektrum im Vergleich zum Rest der Bevölkerung, Juni 2012



Anmerkung: Diagramm zeigt in Prozentpunkten die Abweichung des sozialdemokratischen Wählerspektrums (2 bis 5 auf einer Links-Rechts Skala von 1 bis 10) vom Rest der Bevölkerung im Hinblick auf die Einschätzung, dass die Schaffung eines europäischen Sozialmodells eine der drei wichtigsten Prioritäten des Europäischen Parlaments ist (Eurobarometer Juni 2012).

Erklärung abhängt, die Parteien zur Begründung ihrer Position verwenden. Grundsätzlich folgen Wähler nicht blind ihrer bevorzugten Partei. Sie reagieren sensibel auf die Plausibilität der Begründungen, die von Parteien vorgebracht werden. Dies bedeutet, dass Sozialdemokraten, wenn die Qualität und Plausibilität ihrer Erklärungen hoch ist, auch erfolgreich für ihre Ideen über eine neue Richtung der europäischen Integration werben können. Während der Kommissionspräsidentschaft von

Jacques Delors (1985-1994) ist dies schon einmal gelungen. Das „Europa der Bürger“ und die „soziale Dimension“ Europas haben sich in diesem Zeitraum als wichtige Anknüpfungspunkte für ein neues sozialdemokratisches Leitbild zur europäischen Integration durchgesetzt. ■

☞ Konstantin Vössing ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Politikwissenschaft an der Humboldt Universität Berlin. Von September 2013 bis August 2014 lebt und arbeitet er in Cambridge, MA (USA), als John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies, Harvard University.

Die SPD, die europäische Sozialdemokratie und die Zukunft Europas

von Ulrike Guérot

Die deutschen Wahlen und Europa: Besuch in der Mitte des europäischen Demokratiedefizites

Selten wurde so auf die deutschen Wahlen geschaut wie dieses Jahr, die im Kern Wahlen über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der europäischen Union waren. Indes: einerseits war im deutschen Wahlkampf von Europa kaum die Rede; und andererseits durften die Europäer außerhalb der deutschen Landesgrenzen nicht wählen und konnten damit keinen Einfluss auf eine Regierungsbildung nehmen, die die Geschicke in ihren jeweiligen Ländern dennoch maßgeblich mitgestalten dürfte. Mit dieser Bestandaufnahme ist bereits der Kern des europäischen Demokratiedefizites umrissen.

Die Hoffnung im europäischen „Ausland“ – de facto in „Euroland“ – auf einen Regierungswechsel oder eine große Koalition in Deutschland, also eine Teilhabe der SPD an der neuen Regierung, war im Vorfeld der Wahlen groß. Verbunden mit dieser Hoffnung war bzw. ist die Erwartung, eine Beteiligung der SPD könne die Austeritätspolitik von Angela Merkel abmildern, das soziale Europa ausgestalten, dem Begehren der anderen Euroländer entgegenkommen, die Löhne in Deutschland zu erhöhen und damit die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken, was wiederum die enorme Ungleichheit der Handelsbilanzen innerhalb der Eurozone abmildern und die extreme Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft ausbalancieren würde. Immerhin haben die November-Statistiken erneut einen deutschen Exportüberschuss von 20 Milliarden Euro ausgewiesen.

Zugleich hat vor allem der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, immer wieder die eigentlich schon vor zwanzig Jahren von Kommissionspräsident Jacques Delors formulierte Idee der „*grands reseaux europeens*“ aufgegriffen und sich dafür stark gemacht, dass die EU europäisches Geld, durchaus auch geliehenes, in die Hand nimmt, um in große europäische Infrastrukturnetze – Energie, Verkehr, ICT / Broadband – zu investieren, um die Infrastruktur gesamteuropäisch zu modernisieren und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.

SPD-Konzepte und Ideenpapiere zu Europa

Der SPD-nahe DGB hat unlängst das Konzept eines europäischen „Marshall-Plan“ vorgestellt (der indes besser „Monnet-Plan“ hieße), in dem diese Idee konkretisiert wird. Der Vorschlag zur Finanzierung großer transeuropäischer Netze beruht darauf, dass in einem „Europäischen Zukunftsfonds“ europäische Anleihen im Wert von 260 Milliarden Euro pro Jahr gezeichnet werden sollen, und dieses Investitionsvorhaben über einen Zyklus von zehn Jahren durchgeführt wird. So ließe sich z.B. die deutsche Energiewende und die dafür notwendige Netz-Infrastruktur gleichsam „europäisieren“, die ländlichen Regionen in Europa könnten mit Breitband ausgestattet und damit könnten die Grundlagen für Wachstum geschaffen werden. Die Berechnungen des DGB ergeben, dass durch einen solchen „Marshall-Plan“ (bei mittleren Annahmen von Multiplikator-Effekten) europaweit ca. 7,8 bis 10 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.¹

¹ DGB (2012). Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa; online abrufbar unter: <http://www.dgb.de/themen/++co++64e1dc32-4081-11e2-9bfe-00188b4dc422>

Dies sind Ideen, die im europäischen Ausland mit Wohlwollen betrachtet und diskutiert werden. Auch mit Blick auf europäische Fiskalpolitik zeigte sich die SPD schon früh aufgeschlossener und weniger dogmatisch als die CDU mit ihrer strikt ordoliberalen und stabilitätspolitischen Linie oder gar als die FDP: schon im Dezember 2010 haben Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück einen Artikel in der Financial Times veröffentlicht, in dem perspektivisch eine europäische Haftungsgemeinschaft und in letzter Konsequenz Eurobonds gefordert wurde. Zwar wurde diese Forderung unter parteipolitischem Druck zunächst wieder zurückgezogen und eingedämpft; indes war das Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahlen z.B. mit Blick auf die Vollendung der Bankenunion inklusive eines europäischen Bankenfonds von einer erfrischenden Beherztheit. Neben den Grünen hatte keine deutsche Partei so offensive Forderungen mit Blick auf die europäische Bankenintegration. Die Friedrich-Ebert Stiftung (FES) hat zudem im Vorfeld der Wahlen zu Fragen eines europäischen „fiscal federalism“ zahlreiche Studien verfasst.²

Und schließlich, wenn man sie denn als ‚sozialdemokratisch‘ – oder weitgehend SPD-nah – bezeichnen wollte, hat die neugegründete „Glienicke Gruppe“ in ihrem im Oktober 2013 veröffentlichten Vorschlag zur Weiterentwicklung Eurozon³ eine Art sozialdemokratisches Narrativ entwickelt, wie die Eurozone zu einer demokratischen, fiskalisch geschlossenen und solidarischen politischen Entität mit eigenem Budget fortentwickelt werden könnte. Dabei wird u.a. auf die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung als Möglichkeit eines indirekten, direkt auf die Bürger und Bürgerinnen bezogenen Finanztransfers abgestellt – damit würde im Sloterdijk’schen Sinne

potenziell ein europäischer „Wohlfahrtspatriotismus“ begründet.

Dahinter steht die Idee, dass der in der Eurozone aggregierte Wohlstand auf alle Bürgerinnen und Bürger von „Euroland“ gleichmäßig verteilt werden sollte. Dies ist im Kern übriges keine sozialdemokratische Idee, sondern in der Essenz das, was der christdemokratische Wirtschaftsminister Ludwig Ehrhard in den 60er Jahren im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft mit seiner Forderung nach einer „Sozialisierung von Gewinnen“ auch im politischen Spektrum der gemäßigten Rechten noch formulieren konnte. Die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten in jeweils nationalen Grenzen ist ein Kernproblem der Eurozone, das – weil die Eurozone bisher ohne durchschlagende politische Regierung (Legislative wie Exekutive) ist – europaweit noch nicht sozial adäquat gelöst werden konnte, zumal die transnationale Solidarität eben ein verfassungsrechtliches Problem im Sinne des Prinzips *not axation without representation* darstellt.

Der Nukleus eines sozialdemokratischen Europa-Narratives

Aus den vielfältigen Texten und Konzepten jenseits des SPD-Wahlprogramms lässt sich durchaus ein inzwischen weitgehend kohärenter sozialdemokratischer Narrativ für die Zukunft der Eurozone (bzw. der Europäischen Union) ablesen. Dabei ist es sicher nicht vermessen zu sagen, dass sich auch der noch amtierende CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble mit zumindest einigen der in diesen Texten skizzierten Vorschlägen in geistiger Übereinstimmung befinden dürfte, vielleicht mehr als mit einigen seiner eigenen Parteikollegen. Schließlich stammt z.B. der Vorschlag eines Eurozonenparlamentes, den die „Glienicke Gruppe“ aufgegriffen hat (also einer parlamentarischen Abstimmungseinheit für die Eurozone, damit „accountability“ und „liability“ in einer zukünftigen Euro-Haftungsunion

² So unter anderem: Philipp Steinberg und Caroline Somnitz (2013): Eurobonds als Baustein einer Fiskalunion. Voraussetzungen und Ausgestaltungsmöglichkeiten unterschiedlicher Varianten, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09673.pdf>; Szenarien-Team Eurozone 2020 (2013): Zukunftsszenarien für die Eurozone. 15 Perspektiven zur Eurokrise, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10042.pdf>.

³ Glienicke Gruppe (2013): Aufbruch in die Euro-Union, <http://www.glienickegruppe.eu/>.

auf einer Ebene sind) von Wolfgang Schäubles Karlspreis-Rede von 2012.

Nimmt man ferner die Papiere von Gesine Schwan und Jürgen Kocka über die Notwendigkeit einer „verschränkten Legitimität“ hinzu, sowie verschiedene Artikel aus sozialdemokratischen Kreisen, in denen die Notwendigkeit der Entwicklung einer europäischen „*respublica*“ thematisiert wird, so vervollständigt sich das Bild einer sozialdemokratischen Utopie für Europa: Ich benutze hier bewusst den Begriff der Utopie, und nicht den der Vision. Denn Vision ist eine (oft unbegründete) Ahnung von etwas; eine Utopie im klassischen Sinne von Thomas More hingegen die Feinzeichnung eines gesellschaftlichen Fernzieles, an der man die Realität überhaupt abgleichen kann. Der Versuch der Angleichung der Realität an das gesellschaftliche Fernziel ist, im Sinne der politischen Kybernetik, dann der Gestaltungsanspruch und Auftrag, gleichsam das Ziel der Politik.

Eine sozialdemokratische Europa-Utopie

Zusammengesetzt aus den aufgezählten Texten und Bausteinen könnte die sozialdemokratische Utopie für die Eurozone dann etwa wie folgt skizziert werden: die Eurozone verfügt über eine gemeinsame „*fiscalcapacity*“, ein Eurozonen-Budget, das weit über das hinaus geht (ca. 7-10 Prozent BIP der Eurozone), was derzeit über die Struktur- und Kohäsionsfonds innerhalb der EU an Transferzahlungen geleistet wird. Die fiskalische Umverteilung findet über eine europäische Arbeitslosenversicherung statt, die den Charakter von einem automatischen Stabilisator erhält. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) könnte der Embryo eines europäischen Finanzministeriums werden, dem ein Eurozonenparlament, also eine parlamentarische Abstimmungseinheit für die Eurozone gegenüber steht, das legislatives Initiativrecht und volles Budgetrecht erhält. Dieses Eurozonenparlament wird wiederum auf eine kreative, neuartige (und noch

zu denkende) Art mit den nationalen Parlamenten zu einer starken europäischen Legislative („verschränkte Legitimität“) verknüpft.

Dies würde die Demokratie innerhalb der Eurozone bestärken: einer starken europäischen Legislative stünde der „Rohbau“ einer europäischen Exekutive gegenüber. Das demokratische System der Eurozone würde sich in Richtung einer Gewaltenteilung à la Montesquieu bewegen.

Der „permanente Präsident der Eurogruppe“, wie im deutsch-französischen Papier vom 31. Mai 2013 vorgeschlagen – an dem zwar nicht die deutsche SPD, wohl aber die französischen Sozialisten mitgewirkt haben – könnte als zukünftiger *European Treasury*, also als europäischer Finanzminister *in spe*, angesehen werden. Im übrigen, dies sei an dieser Stelle erwähnt, haben sich die französischen Sozialisten, genauer, Beamte des von Pierre Moscovici geführten französischen Finanzministeriums Bercy, unlängst Anfang November für genauso eine Entwicklung ausgesprochen, nämlich ein Eurozonen-Budget.⁴ Die SPD könnte mithin mit diesen Ideen eine deutsch-französische Dynamik aktivieren, zumal viele gemeinsame Parteitreffen SPD/PS im Vorfeld der deutschen Wahlen stattgefunden haben.

Eine solche – hier extrapolierte – institutionelle Verschiebung innerhalb der Eurozone würde auch den im europäischen Sprachgebrauch problematischen Begriff der Eurozonen-*Governance* mit seinem technokratischen Charakter in die Nähe eines europäischen *government* bringen: Denn *Governance* ist, wie das komplizierte vertragliche Geflecht aus Euro-Plus-Pakt, „Two-Pack“, „Six-Pack“ und Fiskalpakt, das die Krisenjahre hervorgebracht haben, im Grunde die Mitwirkung („ownership“) von vielen, aber Verantwortung für niemanden: der Europäische Rat kann nicht ab-

⁴ Siehe: http://www.tresor.economie.gouv.fr/8197_tresor-eco-n-120-un-budget-pour-la-zone-euro

gewählt werden. Euro-Governance bedeutet intrinsisch die Abwesenheit von Opposition und von Irreversibilität der getroffenen Entscheidungen. Damit fehlt europäischen Politiken das Korrektiv, das ein parlamentarisches System normalerweise hervorbringt. Das institutionelle Denken der SPD-nahen Autoren zielt gedanklich darauf ab, genau diese Fehlstellung im politischen System der Eurozone zu überwinden.

In einem solchen Rohbau wäre die Frage nach der europäischen Demokratie endlich horizontal (europäische Legislative vs. europäische Exekutive) angelegt, und nicht mehr vertikal: Die derzeitige vertikale Diskussion ist letztlich nicht zielführend, wenn sie fragt, welches Parlament – das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente – mehr Rechte bekommen sollen, denn dadurch wird die europäische Ebene gegen die nationale Ebene ausgespielt und die legislative Komponente leidet letztlich darunter. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente würden in einem horizontalen Konzept gleichsam demokratisch wetterfest gemacht.

Ein weiterer klarer Bestandteil der sozialdemokratischen europäischen Utopie wäre die Vollendung der Bankenunion, inklusive eines europäischen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM), bei dem in letzter Konsequenz eine europäische Behörde Entscheidungsbefugnis hat, die auf einen gemeinsamen europäischen Bankensicherungsfonds zurückgreifen könnte. Die Eurozone würde geschlossen für ihre Banken einstehen und die Banken transnational rekaptalisieren; der Teufelskreis zwischen Staats- und Bankenschulden wäre endlich durchbrochen. Euroland hätte mit einem konsequent supranationalen europäischen Banken-Abwicklungsmechanismus, den USA 2009 gleich, endlich eine Exekutive, eine Behörde, die transnational über europäische Bankenabwicklung entscheiden und diese durchführen könnte. Markt Spekulationen wäre weitgehend ein Riegel vorgeschoben. Das Euro-System

bzw. die Euro-Demokratie könnte sich ferner in zukünftigen Schritten – auch dies ist von sozialdemokratischer bereits Seite angedacht – die Einführung einer Euro-Steuer überlegen und z.B. die Finanztransaktionssteuer, die in Teilen bereits beschlossen ist, als Euro-Steuer-einnahme denominieren.

Sozialdemokratische Pläne für Europa – und woran sie (hoffentlich nicht) scheitern

Eine solche sozialdemokratische Utopie gefiele nicht nur den französischen Sozialisten, sondern potentiell auch vielen anderen Euro-Partnern, vor allem im Süden Europas. Stellt sich also die entscheidende Frage: wie viel davon gefällt auch der *blue-collar* SPD, die am ehesten von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles vertreten wird? Anders formuliert: die deutsche, bzw. die europäische Sozialdemokratie hat vielleicht weniger ein Problem mit einer schlüssigen europäischen Utopie oder Erzählung als mit ihren eigenen Wählern, denen diese Erzählung nur schwer nahe zu bringen ist. Denn auch SPD-Wähler sind angesichts zunehmend großer sozialer Spannungen und großen Infrastrukturproblemen in Deutschland nur begrenzt für europäische Solidarität zu mobilisieren. Zweitens hat die SPD – wollte man denn die obige Zusammenschau einer sozialdemokratischen Europa-Erzählung so unterschreiben – ein deutliches Problem mit ihrem Koalitionspartner, der CDU. Für diese sind in EU-Budget, europäische Finanztransfers, eine Haftungsgemeinschaft, fiskalischer Föderalismus oder gar europäische Anleihen zur Finanzierung großer europäischer Netze immer noch politisches *no-go*-Territorium. Nicht die Utopie, sondern die Implementierung solcher europäischer Pläne in Deutschland ist das Problem der SPD – und damit steht sie nicht alleine. Wie den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass dann Deutschland nicht „für alle zahlt“? Sondern dass Deutschland von einer solchen Lösung letztlich auch profitierte, weil seine herausragende wirtschaftliche Stellung im Euroraum eben vom Euro abhängt?

Die große Crux ist immer noch, darzustellen, dass ein solcher gedanklicher Ansatz, in dem Euroland als aggregierte und damit als eine Volkswirtschaft gedacht und behandelt wird, und in der – durch adäquate Finanztransfers – dafür gesorgt würde, dass alle Bürgerinnen und Bürger Eurolands vom aggregierten Wohlstand „ihrer“ Euro-Volkswirtschaft profitierten, für alle Bürgerinnen und Bürger – auch die Deutschen(!) – perspektivisch besser wäre als der bisher verfolgte Euro-Governance Ansatz. Darüber hinaus ist er demokratisch wie sozial geboten: Der aggregierte Gewinn der Eurozone über die zehn Jahre von 2002 bis 2012 betrug nach einer Studie von Mc Kinsey ca. 300 Mrd. Euro, wovon die Hälfte auf Deutschland (genauer: seine Exportindustrie), ein Viertel auf (Nord-)Italien und ein weiteres Viertel auf die restlichen Euroländer entfielen. Genau hier liegt die europäische Asymmetrie zwischen Wirtschafts- und Sozialunion: die (transnationalen) Gewinne der Eurozone werden gleichsam ‚nationalisiert‘ (wobei aber auch nicht jeder Deutsche Teilhabe an dem statistischen Gewinn hatte, den Deutschland aus der Eurozone gezogen hat), während transnationale fiskalische Solidarität nicht oder – u.a. auch aus verfassungsrechtlichen Gründen – nur begrenzt stattfindet.

In der bisherigen Euro-Governance Struktur müssen darum die einzelnen europäischen Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone mit Blick auf z.B. Produktivität, Export oder Wachstum gleichsam „gegeneinander antreten“, sowie die berühmten Duracel-Batterie-Häschen aus der Werbung: Die Fehlkonstruktion der bisherigen Euro-Governance ist, dass den Staaten detaillierte makroökonomische Ziele vorgegeben werden, die sie auf ihre eigene Art und Weise erreichen sollen, ohne dass aber auf der anderen Seite innerhalb der Eurozone ein *level-playingfield* z.B. bei steuer- oder sozialpolitischen Regelungen geschaffen wurde. Es kann nicht funktionieren, wie jetzt selbst der ehemalige Direktor der Federal Reserve, Alan Greenspan, in einem Interview geäußert hat:

ohne politische (und damit Sozialunion) ist der Euro auf Dauer nicht zu halten; oder aber er bleibt europaweit zutiefst undemokratisch und unsozial.⁵

Das Euro-System wird zu einem ökonomischen ‚country-to-country‘-Vergleich gedrängt. Beim Thema „Transferunion“ wird – oft mit chauvinistischem Unterton – von Geber- und Nehmerländern bzw. Nord-/Südländern unterschieden. Dabei ist nicht ganz Deutschland reich; und nicht ganz Griechenland oder Italien arm. Würde man Euroland als aggregierte, also gemeinsame Volkswirtschaft verstehen lernen, dann wäre es intelligenter, über Transfersysteme nachzudenken, die einen Finanzausgleich von einem (immer bevorzugten) Zentrum zu einer ökonomisch (immer benachteiligten) Peripherie herstellen würden; oder (transnational) von städtischen zu ländlichen, strukturschwachen Regionen, die heute länderübergreifend von Wachstumsschwäche betroffen sind. Eine europäische Arbeitslosenversicherung wäre genau so eine Lösung. Ihr liegt die Idee eines indirekten, nicht auf Ländergrenzen basierenden bzw. verhandelten Finanztransfers zu Grunde.

Und doch geht es genau hier nicht weiter, auch nicht in den jüngsten Koalitionsverhandlungen. Die Arbeitsgruppe Bankenregulierung, Europa und Euro ist nicht mit wegweisenden Forderungen oder Ideen hervorgetreten. Es wird eher leise verhandelt über Europa. Das einzig ‚laute‘ Element, das an die Öffentlichkeit gelang, war die von der SPD mitgetragene Forderung nach einem Referendum u.a. über die zukünftige Erweiterung der europäischen Union bzw. zukünftige Integrationsschritte. Damit hat sich die SPD – ganz entgegen ihres eigenen vorwärtsweisenden Denkens – auf eine leicht populistische Schiene begeben.

⁵ Interview in Welt am Sonntag v. 10.11.2013, online unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article121721097/Nur-eine-politische-Union-kann-den-Euro-retten.html>

Die europapolitische „Stille“ mag taktische Gründe haben, denn natürlich wäre es unklug, die neue Regierung in Zeiten unruhigen europäischen Fahrwassers auf detaillierte Koalitionsbestimmungen festzulegen. Deutschland muss schließlich auch auf europäischer Ebene verhandlungsfähig bleiben. Aber es mag eben auch daran liegen, dass selbst eine Partei, die im Grunde weiß, was zu tun wäre, und die durchaus einige mutige Elemente einer europäischen Utopie formuliert hat, es nicht tun kann.

„A Left without Future?“ war der Titel einer Studie des Londoner Policy Networks aus dem letzten Sommer.⁶ Die Kernthese der Studie ist, etwas simplifiziert, dass sozialdemokratische Parteien nicht mehr das tun können, was sie sollten, nämlich z.B. die Steuern der Gutverdienenden erhöhen oder die Binnennachfrage durch Mindestlöhne zu beleben. Der Globalisierungsdruck und die Notwendigkeit, global wettbewerbsfähig zu bleiben, ist das eine; das andere ist, dass die klassischen sozialdemokratischen Narrationen nicht mehr verfangen: die SPD hat es schmerzhaft erfahren müssen, als sie die Steuererhöhungen ankündigte und die Wähler dies mit Stimmenentzug quittierten – auch diejenigen, die von den Steuererhöhungen gar nicht betroffen gewesen wären.

Schon jetzt macht das geflügelte Wort die Runde, dass die große Koalition die deutschen Wähler auf jeden Fall teuer zu stehen kommt, und da ist eine europäische Solidarität im Sinne der oben beschriebenen Utopie noch gar nicht mitgerechnet. Die SPD insistiert immerhin auf einem Mindestlohn von 8,50 Euro; dies dürfte den europäischen Partnern eher gefallen. Ansonsten ist klar geworden, dass diese Koalitionsverhandlungen entscheidend von den Präferenzen der deutschen Bundesländer dominiert wurden, und zwar nicht nur mit Blick auf das Energiewendegesetz. 2017 steht

die Neufassung des Länderfinanzausgleichs an, und noch ist der deutsche Rechenschieber hier angesetzt und schon wird heftig gestritten. Es könnte schwierig werden, wenn in den nächsten Monaten und Jahren eine neue Akzentsetzung beim deutschen Länderfinanzausgleich mit einer erneuten Verschärfung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise einhergeht, denn das Eurosystem ist noch nicht in trockenen Tüchern, eher in einem Zustand der Ruhe vor dem Sturm: Europawahlen, Populismus, Marktunruhe während des Bankenstresstests im nächsten Frühjahr sind hier nur einige Stichworte. Sozialdemokratischer Mut, jetzt beherzt auf weitreichenden Forderungen mit Blick auf die europäische Integration zu bestehen, wäre angebracht. Indes sieht es eher danach aus, als müsse sich die SPD dazu selbst noch durchringen. Die zentralen notwendigen Integrationssschritte – mindestens eine *joint back stop*-Lösung bei der Bankenunion und ein neu aufgestelltes Eurozonenbudget, das zentrale Frage der europäischen Solidarität angehen würde, scheinen nicht mehr auf der Agenda zu stehen. Schon scheint sogar der Rückgriff auf den ESM bei der Banken-Rekapitalisierung wieder in Frage gestellt, was europäische Beobachter der Koalitionsverhandlungen heftig kritisiert haben. Die Gefahr besteht, dass von diesem Koalitionsvertrag kein deutliches Zeichen ausgeht, wo die nächste Bundesregierung mit Blick auf die europäische Integration steht und wo sie hinwill. Das ist nicht nur schade. Das ist mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen Europas und den Zustand der europäischen Integration, der sich längst in einem Prozess der schleichenden Zersetzung befindet, vielleicht sogar gefährlich. ■

⁶ Siehe: <http://www.policy-network.net/publications/4437/Left-without-a-future>.

↳ Ulrike Guérot ist Senior Associate für Deutschland bei der Open Society Initiative for Europe (OSIFE).

Mit welchem Projekt in die Europawahlen 2014?

von Bernd Lange und Nils Hindersmann

Das Projekt Europa ist richtig und gut – die europäische Politik ist schlecht

In der Diskussion für die Strategie der nächsten Europawahl ist zunächst zu diskutieren, wie die Verfasstheit des europäischen Projektes bewertet wird. Denn zweifellos ist diese nicht ohne Alternative. Uns geht es hier nicht um die Alternative der politischen Rechten, die ein Zurück zum Nationalstaat in rechts-populistischer Manier vor sich hertragen und einfache Lösungen als effektiver erklären als angeblich umständlichere demokratische Prozeduren auf europäischer Ebene („Wir wollen zurück zu einem Europa freier Staaten“, so Marine Le Pen.). Auch im linken politischen Spektrum ist ein offensiver Bezug zu dem real existierenden Projekt umstritten. Eine Linie meint, dass eine fortschrittliche Politik in der EU von einer institutionellen Neuordnung abhängt. So formuliert es etwa Jürgen Habermas im Essay „Zur Verfasstheit Europas“¹ oder im Mantra der Forderung nach einer sozialen Fortschrittsklausel zum Schlüssel eines sozialen Europas. Diese Diskussion verlagert die Lösung der zunehmenden sozialen Herausforderungen und gesellschaftlichen Unsicherheiten auf eine institutionelle zukünftige Ebene. Die soziale Fundierung Europas gerät dabei aus dem Blick und die Gestaltungsmöglichkeiten werden heute unterbewertet. Eine andere Linie verzweifelt an der heutigen europäischen Politik und will zurück zum demokratischen Nationalstaat als Verteidigungsbastion^{2,3,4,5}

Damit wird das Kampffeld EU geräumt und der Streit für einen demokratischen europäischen Sozialstaat und für eine gestaltende, gerechte Anti-Krisenpolitik im einheitlichen Währungsraum aufgegeben. Beide Linien erschweren ein kräftiges linkes Positionieren für eine bessere Politik in der EU unter den Möglichkeiten des Lissabonner Vertrages. Mit dem Inkrafttreten des neuen EU-Vertrages am 1.12.2009 ist das Europäische Parlament in fast allen Fragen Gesetzgeber geworden, ist es erwachsen geworden. Das heißt, das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte demokratische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger ist zu einem Machtfaktor geworden. Ohne die Zustimmung des Parlaments geht nichts. Ein bekanntes Beispiel aus dieser Legislaturperiode ist sicher das ACTA-Abkommen. Mit diesem Vertrag haben wir ein Handwerkszeug an der Hand, das demokratische Strukturen für fortschrittliche Politik in einem bisher nicht gekannten Umfang zur Verfügung stellt. Nicht ohne Grund versuchen die Staats- und Regierungschefs diese demokratischen Errungenschaften der europäischen Integration zurückzudrängen und den Intergouvernementalismus wieder auferstehen zu lassen. Schlimmstes Beispiel hierfür ist der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt), aber auch die Einführung undemokratischer Bestrafungsmöglichkeiten, den sog. Makroökonomischen Konditionalitäten bei den Strukturfonds machen dies deutlich. Für Sozialdemokraten ist klar, dass die schlechte Politik von den politischen Mehrheiten abhängt und nicht von der Struktur (S&D 25 Prozent der Sitze im EP, Grüne 7,8, Linke 3,5; von den 28 Kommissar_innen sind 7 Sozialdemokrat_innen, in der zweiten Kammer, dem Ministerrat sind von den 28 Regierungen acht sozialdemokratische und drei große Koalitionen (in

1 vgl. Jürgen Habermas 2011, Essay „Zur Verfassung Europas“

2 vgl. Wolfgang Streeck 2013 Was nun, Europa? Blätter für deutsche und internationale Politik

3 vgl. Wolfgang Streeck 2013 Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus, Blätter für deutsche und internationale Politik

4 vgl. Fritz W. Scharpf 2008 Positive und negative Integration sowie Nachwort. In: Martin Höpner, Armin Schäfer (Hrsg.), Die politische Ökonomie der Europäischen Integration. Frankfurt/New York: Campus

5 vgl. Fritz W. Scharpf, Magazin Mitbestimmung Ausgabe 07+08/2008 „Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen“

der letzten Zeit sind es wieder ein paar mehr geworden). Zweifelsohne lässt schlechte Politik die Skepsis an dem europäischen Projekt wachsen, und das meint nicht nur das Anwachsen rechts-populistischer Parteien in Europa (u.a. die Wahren Finnen, Schwedens Demokraten, FPÖ in Österreich, Lega Nord in Italien, Vlaams Belang in Belgien, Front National in Frankreich, Partei für die Freiheit (Wilders) in den Niederlanden, UKIP-Partei in Großbritannien und in gewissen Maße auch die Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei, hinzu kommen extreme Rechte wie British National Party und die ungarische Jobbik). Europaskepsis schleicht sich in die Mitte der Gesellschaft. Spätestens seit dem guten Abscheiden, der erstmals bei einer Bundestagswahl angetretenen AfD (Alternative für Deutschland), wissen wir, dass sich auch mit anti-europäischen Themen zu einer bundesweiten Wahl in Deutschland mobilisieren lässt.

Insofern gilt es, eine klare Position zur Stabilisierung der sozialstaatlichen Fundamente, zur solidarischen Krisenbewältigung und zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur im Rahmen des erreichten Integrationsgerüsts zu entwickeln.

SPD Politik ist europäische Politik

Unsere europäischen Nachbarn haben die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, CDU und CSU sehr gespannt verfolgt. Innerhalb der sozialistischen Familie und insbesondere im Süden Europas waren an den Ausgang der Verhandlungen hohe Erwartungen geknüpft. Angesichts der politischen und ökonomischen Dominanz Deutschlands in der EU ist es kein Wunder, dass die Politik in Deutschland immer starke Auswirkungen auf unsere Partnerländer hat. Dies spielt natürlich im Prozess der Nominierung eines gemeinsamen europäischen Spitzenkandidaten eine Rolle. Das Besondere ist, dass trotz der rigiden Sparpolitik der Bundeskanzlerin,

ein deutscher Europaabgeordneter, der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, von allen Mitgliedsparteien der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) als ihr Spitzenkandidat, getragen wird. Dies ist ein Novum in der Geschichte der Europäischen Union, das sich auch aus dem Lissabonner Vertrag ergibt. Nun spielt die Mehrheit im EU-Parlament die entscheidende Rolle für die Wahl des europäischen Regierungschefs. Bislang hat noch keine Partei bereits vor der Europawahl gesagt, wer am Ende die EU-Kommission anführen wird. Dies wurde immer unter den Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen ausgehandelt.

Die Erwartungshaltung der europäischen Freunde an das SPD-Europa-Wahlergebnis, wenn nun schon mal ein Deutscher für den Spitzenjob der EU kandidiert, ist entsprechend hoch. Für die SPD ist die Lage komplizierter. Wahlkämpfe in der großen Koalition haben die Schwierigkeit, dass man sich gegenüber dem konservativen Koalitionspartner abgrenzen muss, aber gleichzeitig in der Regierungspolitik glaubwürdig bleiben sollte. Im europäischen Ausland erscheint das häufig wie die Quadratur des Kreises. Im bundesdeutschen föderalen System hat die SPD auch schon Wahlen gegen die CDU gewonnen, obwohl sie auf Bundes- oder Landesebene in einer großen Koalition verhaftet war. Zweifelsohne wird aber die Verantwortung der Konservativen und Liberalen für die falsche Politik in der EU im Zentrum der sozialdemokratischen Auseinandersetzung stehen müssen. Und angesichts der Ergebnisse aus den Koalitionsrunden zum Thema Europa sind zwar Fortschritte für das Regierungshandeln zu verzeichnen, aber eine bessere Politik für die EU muss weitergehen.

Allerdings bietet diese Konstellation tatsächlich die Chance einen wirklichen Europawahlkampf mit europäischen Themen zu führen. Denn blickt man in die Geschichte der Europawahlkämpfe zurück, fällt die Kam-

pagne aus dem Jahr 1999 um die Wiedereinführung der 630,- DM Mini Jobs (heute 450,- Euro) in den Blick. Die Wahl 2004 wurde vom damaligen Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder zur „mid-term election“ über die zweite Legislaturperiode von Rot-Grün erklärt. Es ging also selten um originär europäische Politik. Vielmehr wurde stets ein möglichst positives Bild von Europa gezeichnet, um dann mit nationalen Themen für die SPD zu mobilisieren.

Dagegen ergibt sich heute angesichts der gesellschaftlichen Lage, der europäischen Herausforderungen, der großen Koalition und mit einem europäischen Spitzenkandidaten ein Potenzial für einen Wahlkampf, in dem um die bessere europäische Politik gegangen wird.

Europa besser machen

a) Soziales Sicherheitsnetz knüpfen

In einem einheitlichen Wirtschaftsraum und insbesondere in einem einheitlichen Währungsraum ist ein Sicherheitsnetz für Arbeitnehmer_innen elementar, sonst entsteht ein nicht akzeptabler Druck auf Löhne und Sicherungssysteme. Der Wettbewerb um die preislich günstigsten Lösungen wird eröffnet. Es entsteht eine Spirale nach unten. Konservative und Liberale wollen dies: „EU-Sozialpolitik darf Standortwettbewerb nicht aushebeln ...“⁶ Zugleich sind der Sozialschutz und die damit korrespondierenden Kosten wichtige Parameter im Wettbewerb der Standorte.“⁶ Das Ziel sozialdemokratischer Europapolitik war es nie, eine einheitliche Sozialpolitik in der EU zu schaffen, sondern vielmehr Mindestnormen und Mindeststandards miteinander zu verabreden. Ziel eines solchen Rahmens ist es, dass ein be-

stimmtes Niveau nicht mehr national unterboten werden kann aber durchaus übertroffen werden darf. Ein Sicherheitsnetz für Arbeitnehmer_innen kann geknüpft werden durch einen EU-Rahmen für Mindestlöhne (Lohnuntergrenzen in allen Mitgliedstaaten), eine Reform der Entsenderichtlinie (Tarifbedingungen/ortsübliche Löhne gelten für alle). Grenzüberschreitende Tarifverträge für Branchen und Unternehmen und europäische Betriebsvereinbarungen werden möglich und die soziale Verantwortung in Unternehmen wird verpflichtend und transparent dargestellt.

b) Investitionen für eine leistungsfähige und nachhaltige Wirtschaft

Die strikte Austeritätspolitik im Süden Europas hat die Arbeitslosigkeit auf Rekordwerte getrieben. Schaut man nur auf die Jugendarbeitslosigkeit sind die Ergebnisse noch schockierender. 5,6 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren sind arbeitslos oder ohne Ausbildungsplatz. Das entspricht einem Viertel der gesamten jungen europäischen Generation. In Griechenland und Spanien ist sogar jede/r Zweite davon betroffen. Dieser Situation muss mit einer verbindlichen Job- und Ausbildungsgarantie entgegengetreten werden! Findet jemand auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Stelle, muss er oder sie Zugang zu staatlichen Qualifizierungs- und Ausbildungsmaßnahmen erhalten.

Die Anregungen aus dem „Marshall-Plan“ für Europa der europäischen Gewerkschaften sind aufzugreifen und insbesondere in den südeuropäischen Ländern müssen so schnell wie möglich mehr finanzielle Mittel zukunftsorientiert bereitgestellt werden.

Wir werden die Rückbesinnung auf die industrielle Wertschöpfung stärken. Es

⁶ Vgl. Deutsche Bank 2004 „EU Monitor“, „EU-Sozialpolitik darf Standortwettbewerb nicht aushebeln“

ist klar geworden, dass der dominante Finanzmarktkapitalismus als Steuerungsmethode für die industrielle Entwicklung in Europa grandios gescheitert ist. Ohne eine neue Industriepolitik wird es kein nachhaltiges Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze geben. Mit dem Durchsetzen der Kürzung des EU-Haushalts durch Konservative und Liberale sowie den makroökonomischen Spar diktagen wird eine nachhaltige Industrieentwicklung konterkariert. Mittel für Forschung und Entwicklung und den Arbeitsmarkt sollen gekürzt werden, Mittel für die Agrarpolitik hingegen nicht. Also Kartoffeln statt Innovation und Mais statt Qualifikation. Zu einer nachhaltigen Industriepolitik gehört eine europäisierte Energiepolitik, die regenerative Energien und Energieeffizienz fördert und Versorgungssicherheit zu akzeptablen Preisen garantiert.

Dass Handeln im Bereich der Industriepolitik mit Beschäftigungssicherung möglich ist und von Erfolg gekrönt sein kann, beweist ein Blick auf die Anfänge der Europäischen Integration: Die Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlpolitik mit gemeinsamer Innovationspolitik ist ein Musterbeispiel integrationsfördernder und sozialpartnerschaftlicher Natur, die der EU zugleich zu einer positiven und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung verholfen hat. Davon sind wir heute weit entfernt.

- c) **Regeln für den Finanzmarkt aufstellen**
Wir wollen die wirkliche Ursache der Finanzmarktkrise und ihrer Folgen anpacken. Deregulierte Kapitalmärkte haben uns an den Rand einer Katastrophe gebracht. Das war der Ausfluss von marktradikalen Ideologen. Konservative und Liberale haben eine hinreichende Regulierung des Finanzmarktes verhindert. Investitionen in die Realwirtschaft

Entstehung & Geschichte der WASG



Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)

Entstehung, Geschichte und Bilanz

Von Andreas M. Vollmer

2013, 499 S., brosch., 74,- €

ISBN 978-3-8487-0103-2

(Parteien und Wahlen, Bd. 5)

www.nomos-shop.de/20272

Das Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005 wäre ohne die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) undenkbar gewesen. Die Studie wählt einen spannenden Ansatz, blickt parteiensoziologisch, extremismustheoretisch und parteienkritisch auf die noch nicht grundsätzlich analysierte Kleinpartei.



Nomos

sind zu stärken und Spekulationen und unseriöse Geschäftsmodelle zu verhindern. Die Bankenaufsicht, das Insolvenzrecht und ein Trennbankengesetz müssen vorangetrieben werden. Die Finanztransaktionssteuer gehört endlich umgesetzt.

d) Globale Verantwortung wahrnehmen

In dem globalisierten Weltorf gilt es, den Anspruch der EU⁷ durch eine bessere europäische Politik umzusetzen. Mit dem Lissabonner Vertrag ist Handelspolitik alleinige Zuständigkeit der EU. Aber die Vorstellung David Ricardos der komperativen Kostenvorteile durch einen freien Handel gehört immer noch zum Repertoire der Konservativen und Liberalen. Sie gehen nach wie vor davon aus, dass Freihandel immer für alle Beteiligten einen ökonomischen Vorteil bringt. Handel hat aber keinen Sinn in sich selbst, Handel muss zur nachhaltigen Entwicklung beitragen und fair sein. Nicht freier Handel für wenige Konzerne, sondern fairer Handel für alle ist die sozialdemokratische Perspektive. Nur dadurch und durch klare soziale und ökologische Auflagen in der gesamten Wertschöpfungskette der globalisierten Produktion kann eine nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern außerhalb der EU gestärkt werden.

chen eine andere, bessere Politik und einen anderen „Regierungschef“. Das Programm für ein solidarisches Europa können wir verknüpfen mit dem Angebot eines Kommissionspräsidenten, der als „Regierungschef“ dies Programm auch vertritt. So kann die für eine Steigerung der Wahlbeteiligung und Mobilisierung der sozialdemokratischen Wähler_innen nötige Zuspitzung ausgerichtet werden. Allerdings können wir nur mobilisieren, wenn die gesamte Partei dies mitträgt. Gerade angesichts der wachsenden Skepsis gegenüber Europa durch die schlechte und falsche europäische Politik ist das Ringen um eine bessere europäische Politik nicht einfacher geworden. Schönwettereuropäer auf Partnerschaftsfesten reichen nicht! Die gesamte Partei muss sich den Mühen der Ebene stellen. ■

Schönwettereuropäer reichen nicht

Diese vier Elemente eines sozialdemokratischen Ansatzes für eine bessere europäische Politik machen deutlich: Europa wird schlecht regiert, so geht es nicht weiter, Konservative/Liberale sind am Ruder, wir brau-

⁷ „Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“ (Artikel 3, Absatz 5 Vertrag über die Europäische Union).

☞ Bernd Lange ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

☞ Nils Hindersmann ist Gewerkschaftssekretär und kandidiert 2014 für das Europäische Parlament.

Verträgt Deutschland einen Mindestlohn?

von Arne Heise



Deutschlands Einkommensverteilung gehört zu den stabilsten und gleichsten aller hochentwickelten Volkswirtschaften. Starke Gewerkschaften, hohe Organisationsquoten der Tarifparteien und hohe Deckungsraten (Anteil der durch Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer) sichern eine personelle Einkommensverteilung, deren Gleichheitsmaß nur von den skandinavischen Ländern noch übertroffen wird. Mindestlöhne, die in anderen Ländern ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommen und insbesondere ein weiteres Absacken der Lohnedkommen für Geringqualifizierte und ein Abrutschen der gesamten Tariflohnskala verhindern sollen, sind in Deutschland überflüssig und die Gewerkschaften verbitten sich einen derart regulativen Eingriff in ‚ihre‘ Tarifautonomie.

So etwa las sich die Situation in Deutschland bis in die 1990er Jahre – seither hat sich viel verändert: Mangelnde Organisationskraft der Tarifparteien und sinkende Deckungsraten, Scheingewerkschaften von Arbeitgebern Gnaden und neue, von der Politik geförderte Niedriglohnsegmente haben die Einkommensdispersion in Deutschland seit Beginn der 2000er Jahre enorm ansteigen und die Einkommensarmut zunehmen lassen. Mittlerweile verfügt Deutschland über einen der größten Niedriglohnsektoren aller hochentwickelten Volkswirtschaften¹ und hat die größte Zunahme der Einkommensungleichheit in der EU zu verzeichnen. Längst fordern auch Gewerkschaften, was (fast) überall sonst in Europa und auch den USA längst praktiziert wird. Ein flächendeckend, d.h. nicht differenziert nach Branche

oder Region gültiger Mindestlohn soll als Ordnungsrahmen dem Lohngefüge eine Schranke nach unten einziehen und somit verhindern, was die gewerkschaftlich ausgehandelten Tariflöhne schon längst nicht mehr können: ausbeuterische Stundenlöhne, die ohne staatliche Subventionen nicht einmal Grundsicherungsniveau erreichen.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Streit über den Mindestlohn – flächendeckend oder gestaffelt, von der Politik, den Tarifparteien oder einer Expertenkommission bestimmt – kaum nachvollziehbar. Doch der immer wieder behauptete Zielkonflikt zwischen Gleichheit und Effizienz – hier Einkommensgleichheit und hoher Beschäftigungsstand – verunsichert: Muss ein höheres Maß an Einkommensgleichheit mit geringerer Beschäftigung und, folglich, höherer Arbeitslosigkeit erkaufte werden? Die Argumentation beruht auf dem traditionellen Arbeitsmarktmodell, wonach jeder Beschäftigte gemäß seiner (Grenz)Produktivität (gerecht) entlohnt wird. Liegt der Mindestlohn über dem durch die individuelle Produktivität gerechtfertigten Niveau, müssen Jobs verloren gehen. Haben nicht gerade die Absenkung des Reservationslohnes (ein Mindestlohn, der sich implizit aus dem sozialpolitischen Sicherungssystem ergibt) und die Subventionierung von Mini- und Midi-Jobs im Zuge der Hartz-Gesetzgebung den Beschäftigungsboom seit Mitte der 2000er Jahre ausgelöst? Würde ein flächendeckender Mindestlohn in einer Größenordnung, die deutlich über dem Niveau vieler Niedriglöhner in West- und Ostdeutschland liegt, nicht notwendigerweise das Ende des deutschen Job-Wunders bedeuten? Hierzu sei zunächst angemerkt, dass es ein ‚deutsches Beschäftigungswunder‘ nach der Hartz-Ge-

¹ Vgl. Thomas Rhein; Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich; IAB-Kurzbericht Nr.15/2013.

setzung nicht gegeben hat (vgl. das wirtschaftspolitische Stichwort in Heft 184 der spw). Der Erklärungsansatz der tradierten Arbeitsmarktforschung krankt daran, lediglich Substitutionseffekte steigender Löhne und Preise, nicht aber Einkommens-, Nachfrage- und Motivationseffekte steigender Löhne zu betrachten und auch die Machtstellung regionaler Arbeitgeber und deren Preissetzungsmacht zu unterschätzen. Erweitert man aber die Analyse um diese Effekte, wird nicht nur die Größenordnung des potentiellen Beschäftigungsverlustes – die ansonsten von der Lohn- und Preiselastizität der Nachfrage bestimmt würde – fraglich, sondern auch das Vorzeichen der Beschäftigungsreaktion bleibt offen: Je geringer die Preiselastizität der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen mit hohem Anteil geringqualifizierter Beschäftigung, je höher die Einkommenselastizität der Nachfrage der von Mindestlöhnen betroffenen Beschäftigten und je größer die Machtstellung regionaler Arbeitgeber, desto eher dürften flächendeckende Mindestlöhne, die tatsächlich materielle Einkommensverbesserungen mit sich bringen, sogar zu Beschäftigungsgewinnen führen.

Die tatsächlichen Beschäftigungsauswirkungen eines flächendeckenden Mindestlohnes in Deutschland können deshalb seriös nicht eindeutig bestimmt werden – sie hängen von der Höhe des Mindestlohnes und den eben benannten Faktoren ab. Man kann davon ausgehen, dass gerade die Preiselastizität einfacher Dienstleistungen als wesentliche von Mindestlöhnen betroffene Branchen realistischere nicht sehr groß ist (weil die Alternative des ‚Do-it-yourself‘ besteht). Andererseits kann angenommen werden, dass die Einkommenselastizität der Nachfrage geringer Einkommen sehr hoch ist. Mit diesen Annahmen dürften die Ergebnisse der weit überwiegenden Mehrheit aller empirischen Studien zu Mindestlöhnen², die mit

unterschiedlicher Methodik und für viele verschiedene Länder durchgeführt wurden, sehr viel besser nachvollziehbar werden als aus dem Blickwinkel des tradierten Arbeitsmarktmodells: Die Beschäftigungsauswirkungen sind zu vernachlässigen. Damit ist also kein ausgeprägter Beschäftigungsschub von der Einführung von Mindestlöhnen zu erwarten, aber auch das Gespenst des Job-Killers ‚Mindestlohn‘ sollte endlich vertrieben werden.

Mindestlöhne sollten als untere Lohnschranke ordnungspolitisch verankert werden, so dass eine Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen jenseits der Armutsschwelle erbringt. Je nach Festlegung dieser Armutsschwelle und weiterer Koordinaten (wie z.B. die unterstellten Wochenstunden einer Vollzeitbeschäftigung) ergeben sich dadurch Mindestlöhne zwischen 9,00 und 11,00 Euro pro Stunde – die gegenwärtig diskutierten 8,50 Euro sind also moderat berechnet und allenfalls als Ausdruck eines Einstiegs zu verstehen³. Ähnlich wie in Großbritannien könnte eine Expertenkommission Vorschläge für die dynamische Entwicklung des Mindestlohns unterbreiten und die wissenschaftliche Begleitung des Projektes ‚Mindestlohn‘ übernehmen. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

2 Einen guten Überblick liefern: Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf.

Gut gemachte Mindestlöhne schaden der Beschäftigung nicht; IAQ-Report Nr.04/2013.

3 Da der durchschnittliche Lohn im deutschen Niedriglohnsegment mit etwa 9 Millionen Beschäftigten bei etwa 8 Euro pro Stunde liegt, impliziert dies eine recht große Betroffenheit bzw. Wirksamkeit.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

474.820

Mitgliederbefragung

474.820 SPD-Mitglieder entscheiden über das Zustandekommen einer Koalition mit der CDU im Bund. Das Verfahren ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Noch nie durften ALLE Mitglieder einer potentiellen Regierungspartei über den ausgehandelten Koalitionsvertrag abstimmen. Es wundert daher nicht, dass nun auch außerhalb der SPD darüber rege diskutiert wird.

Es sollte eigentlich nicht überraschen, dass es die SPD ist, die ihren Mitgliedern diese Möglichkeit als erste Partei ermöglicht. Denn immerhin ist es die SPD gewesen, die sich in ihrer Geschichte immer wieder für Mitbestimmung stark gemacht hat. Gleichwohl ist die SPD eine Funktionärspartei. Bundes- und Landesvorstände sind geprägt von Berufspolitikerinnen und -politikern und die Delegierten zu Landes- und Bundesparteitagen sind in Regel Multifunktionärinnen und -funktionäre. Oftmals sind Sitzungsroutinen und politische Termine für Menschen, die sich allein in ihrer Freizeit politisch engagieren, nur schwer vereinbar mit Beruf und Familie. Doch die SPD braucht ihre Mitglieder und diese lassen sich eben nicht mehr mit sorgsam choreografierten Regionalkonferenzen – wie zu AGENDA-Zeiten – abspeisen. Das hat die Parteiführung richtig erkannt.

Wirkte dieses Unterfangen zunächst wie ein einziges Kamikazekommando, so hat der Mitgliederentscheid gezeigt, was die wirkliche Stärke von Demokratie ist. Denn entscheidend ist nicht, dass alle abstimmen dürfen. Entscheidend ist, dass man die Mehrheit ÜBERZEUGT. Dafür braucht es Argumente und kein Basta!, keine Rücktrittsdrohungen

oder Manipulation. Und Mitbestimmung setzt auch Information voraus. Die Mitglieder beständig über den Fortgang der Verhandlungen zu informieren war daher ebenso wichtig, wie die Diskussionen in den Regionalkonferenzen und auf den unzähligen Parteiveranstaltungen auf Ortsvereinsebene. Die eigene Macht mit den Mitgliedern in dieser Form zu teilen, mag daher verfassungsrechtlich womöglich bedenklich sein (wie der Jura-Professor Degenhart aus Leipzig behauptet), sie ist aber im ureigensten Sinne demokratisch – die Parteispitze teilt dabei ihre Herrschaft mit dem Parteivolk. Umso bedauerlicher ist es, dass die Parteiführung auf den letzten Metern ihr eigenes mutiges Handeln mit dem Rückfall in alte Verhaltensweisen (Rücktrittsdrohungen, Maßnahmen zur Beeinflussung wie die Anzeige in der BILD-Zeitung) konterkarieren musste.

Mitbestimmung ist immer der anstrengendere Weg, doch ich bin überzeugt, dass dabei nicht nur die Prozess-, sondern auch die Produktqualität erhöht wird. Wer das Ergebnis von Verhandlungen einer knappen halben Million Menschen gegenüber überzeugend vertreten muss, braucht für jede Entscheidung auch Argumente. Das mindert das Basarrisiko, bei dem man für den Mindestlohn das Betreuungsgeld gibt und auch noch die PKW-Maut drauflegt. Es bleibt zu wünschen, dass dieser Pfad einer politischen Kultur, die auf Auseinandersetzung und Überzeugung basiert, weiter mutig beschritten wird. Ob die Mehrheitsverhältnisse einer Großen Koalition im Bundestag dies unterstützen, kann man allerdings bezweifeln. ■

☞ Dr. Claudia Bogedan ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bonn.

Afghanistan: Land mit Zukunft

von Bettina Schulze und Tobias Afsali

Foto: www.fotolia.com, © malajscy



Der Artikel entstand auf Grundlage einer Juso-Delegationsreise nach Kabul, Afghanistan, auf Einladung der FES, der wir an dieser Stelle herzlich für die Einladung und die wertvolle Arbeit danken möchten, die sie vor Ort mit ihren afghanischen MitarbeiterInnen leistet.

Aus den Augen, aus dem Sinn: Afghanistan verschwindet aus dem medialen und politischen Fokus.

2014 ist Schluss. Die Bundeswehr und andere NATO-Staaten werden ihre Truppen größtenteils aus Afghanistan abziehen. Wie viele Soldatinnen und Soldaten dort bleiben werden, hängt von dem Abkommen ab, über das Afghanistan und die USA derzeit verhandeln. Noch ist unklar, ob das strittige Abkommen überhaupt zustande kommt. Zwar hat die *Loya Jirga* (Große Ratsversammlung aller afghanischen Bevölkerungsgruppen) zugestimmt, jedoch behält sich Präsident Karzai

derzeit noch seine Unterschrift vor. Er kritisiert vor allem die von den USA verlangte Immunität amerikanischer Soldatinnen und Soldaten auf afghanischem Boden.

Klar ist aber, dass sich die NATO-Staaten und die Bundeswehr in Zukunft auf die Unterstützung und Ausbildung der afghanischen Armee beschränken und vor allem die Opfer in den eigenen Reihen gering halten wollen. Etwa 10.000 bis 15.000 ausländische Soldatinnen und Soldaten sollen im Land stationiert bleiben. Eine ISAF-Nachfolgemission, die den euphorischen Namen „Resolute Support“ trägt, müsste allerdings erst durch ein Mandat des Sicherheitsrates völkerrechtlich abgesichert werden damit der Deutsche Bundestag zustimmen kann.

Nach 13 Jahren steht damit der ISAF- und NATO-Einsatz vor seinem Ende. Aus den Medien ist das Thema so gut wie verschwunden. Nach dem Abzug der Bundeswehr wird sich

dieser Effekt noch weiter verstärken, so wie er bereits nach dem Abzug der UdSSR im Jahre 1989 zu beobachten war. Die jungen Menschen, die wir in Afghanistan kennengelernt haben, haben die berechtigte Angst, dass die Aufmerksamkeit der westlichen Welt weiter abnimmt und sie mit ihren Problemen allein gelassen werden. Ein neuer Bürgerkrieg ist leider nicht auszuschließen. Es ist ein wichtiger Beitrag der Jusos und der SPD darauf einzuwirken, dass genau dies nicht geschieht. Der ISAF-Einsatz wurde 2001 unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossen. Daraus ergibt sich gerade auch für unsere Partei eine große Verantwortung für die Zukunft der afghanischen Bevölkerung.

Tunnel ohne Ausgang: Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin schwierig.

Derzeit befinden sich noch etwa 87.000 ISAF Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan. Die Sicherheitslage hat sich weiter verschärft. Die Zahl der sogenannten „sicherheitsrelevanten Zwischenfälle“ lag bis Mai 2013 bei etwa 4.200 bewaffneten Angriffen oder Anschlägen. Das bedeutet eine Steigerung von 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten dieser Anschläge wurden mit etwa 70 Prozent im Süden des Landes verübt. Bei den Angriffen hat sich eine deutliche Wende vollzogen. Im Visier stehen zunehmend die einheimischen Sicherheitskräfte. In den letzten Monaten kamen mehrere hundert afghanische Soldaten ums Leben. Auch bei der Polizei waren Anfang des Jahres über 2.000 Opfer zu beklagen. Zunehmend sind auch Verwaltungsbeamte, Richter oder Lehrer Ziel von Attentaten. Während die Städte weitestgehend unter Kontrolle sind, werden weite Teile des ländlichen Raums weiterhin von Aufständischen jeglicher Couleur beherrscht. Nicht nur Taliban, die über die grüne Grenze aus Pakistan ins Land strömen, sondern auch lokale Warlords versuchen weiterhin, ihren Einfluss zu behaupten. Insbesondere für die 2014 stattfindenden Präsidentschaftswahlen stellt dies ein enormes

Problem dar. Möglicherweise können in Teilen des Landes keine Wahlen abgehalten werden, was die Legitimität des neuen Präsidenten enorm schwächen würde.

Wie sich der Abzug der ausländischen Truppen auf die Sicherheitslage auswirkt, ist unklar. Viele gehen davon aus, dass die afghanische Polizei und Armee nicht stark genug sind, um die Sicherheitslage langfristig zu stabilisieren. Dabei fehlt es nicht nur an Ausrüstung und Personal, sondern vor allem an einem Rechtsstaat, der die Polizei und Armee mit der nötigen Legitimität ausstattet. Die Überwachung der Exekutive durch eine unabhängige Gerichtsbarkeit ist in Afghanistan schlichtweg nicht gegeben. Um die Sicherheitslage zu verbessern, muss in Zukunft garantiert werden, dass die Sicherheitskräfte des Landes eine Bezahlung erhalten, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Andernfalls werden weite Teile der Armee und Polizei weiterhin von lokalen Warlords und regierungsfeindlichen Kräften „gemietet“ werden.

Die Tanklaster von Kunduz: Militärische Fehler und unzureichender ziviler Aufbau sind für die aktuelle Situation verantwortlich.

Die Kritikliste an dem militärischen Vorgehen der ISAF und der NATO ist lang. Insbesondere zu Beginn des Einsatzes wurde militärisch unverhältnismäßig gehandelt und die Zivilbevölkerung nicht ausreichend geschützt. Dadurch hat sich die Zahl der Aufständischen gegen die internationalen Truppen zunehmend vergrößert. Insbesondere die USA führten massive Luftschläge und Artillerieangriffe durch, die den Konflikt weiter eskalierten, statt eine Stabilisierung der Sicherheitslage herzustellen. Symbolisch für die Unverhältnismäßigkeit des Krieges und die mangelnde Sensibilität steht von deutscher Seite die Bombardierung der zwei Tanklaster in Kunduz durch den Befehl des Oberst Klein. So hatte die perfide Strategie der Taliban, die

Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde zu benutzen, am Ende leider Erfolg, und sie konnten die Bombardierung der Tanklaster für ihre Propagandazwecke ausschlichten. Nach dem Sturz der Taliban wurde es darüber hinaus versäumt, illegal bewaffnete Milizen und Warlords systematisch zu entwaffnen und in das neue politische System miteinzubeziehen. Diese strategischen Fehler im militärischen Bereich wurden bereits früh thematisiert, führten jedoch zu keinem Strategiewechsel der verantwortlichen Staatengemeinschaft.

Ein substantieller Fehler war überdies, dass man dem militärischen Einsatz gegenüber dem zivilen Aufbau von Anfang an eine deutliche Dominanz einräumte. Ein Großteil der Mittel wurde für militärische Maßnahmen aufgewendet, wie man am Beispiel Deutschland leicht errechnen kann. Das Verhältnis der Gelder für militärische gegenüber zivilen Maßnahmen wird in etwa mit 4:1 angegeben. Von Entwicklungshilfeorganisationen wird kritisiert, dass insbesondere durch das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ zivile Maßnahmen militärischen Zielen untergeordnet wurden. Die internationale Hilfe richtet sich nach ihrer Analyse zu wenig an den Bedürfnissen der Bevölkerung und zu stark an militärstrategischen Zielen aus. Das sei vor allem daran sichtbar, dass Städte wie Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif nach wie vor überdurchschnittlich viele Investitionen verbuchen können, während die ländlichen Gebiete bisher kaum Hilfe erhielten.

Wir konnten in Afghanistan beobachten, dass insbesondere in die wirtschaftliche Eigenständigkeit des Landes kaum investiert wird. Es gibt so gut wie keine Produkte, die Afghanistan für die eigene Bevölkerung herstellt. Fast alles wird aus Indien oder der Türkei importiert. Ohne eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ist das Land jedoch langfristig nicht zu stabilisieren. Dazu kommt eine immer stärker wachsende Dro-

genökonomie, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen massiv behindert und gegen die die internationale Gemeinschaft entschiedener Vorgehen müsste. Eine Lösung hierfür wäre die Verstaatlichung des Mohnanbaus und die Vergabe von Konzessionen, um die gewonnenen Rohstoffe für die Arzneimittelindustrie zu verwenden. Andere Länder (Thailand, Türkei) haben derartige Konzepte bereits erfolgreich verwirklicht und die Drogenmafia, die überall auf der Welt politische Instabilität ausnutzt, erfolgreich bekämpft.

Wer eine starke Jugend hat, hat auch eine Zukunft: Für eine Unterstützung der Jugend in Afghanistan.

Afghanistan ist im Jahr 2013 ein gespaltenes Land. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land, die bestehenden ethnischen Konflikte zwischen und innerhalb der verschiedenen Volksgruppen, die hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Investitionen und die grassierende Korruption stellen die afghanische Gesellschaft vor unfassbare Herausforderungen.

Doch es gibt auch Lichtblicke. Rund 70 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 35. Diese Gruppe drängt mit ihren Forderungen nach weniger Korruption, echter politischer Teilhabe und der Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft immer offensiver nach vorne -eine Entwicklung, die sich allerdings auf die städtische, gut gebildete Jugend beschränkt. Sie profitieren von zahlreichen neu geschaffenen Bildungsangeboten und einer ungewöhnlich hohen Anbindung an soziale Netzwerke innerhalb und außerhalb des Internets. Allerdings fehlt es dieser Jugend an Erfahrung und Konzepten, bestehende Forderungen durch Kampagnen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Oft verweisen sie darauf, dass man als JugendlicheR ohnehin kein Gehör finden würde, da das Wort der „Älteren“ gel-

te. Damit ist die Jugend noch weit von einer politischen Massenbewegung entfernt. Hier begleitend tätig zu werden, ohne einen kulturimperialistischen Ansatz zu verfolgen, ist eine zentrale politische Aufgabe für die internationale Gemeinschaft in den nächsten 10 Jahren. In Afghanistan muss auf die kommende Generation gesetzt werden.

Endlich Frieden: Worauf die SPD jetzt drängen muss.

Aufgrund der Vielfältigkeit der Probleme, die in Afghanistan bestehen, gibt es kein Patentrezept für einen Friedensprozess nach drei Jahrzehnten des Krieges. Das Jahrzehnt der „Transition“, d.h. des Übergangs der gesamten Staatsgewalt auf die Regierung in Kabul, das nach dem vollständigen Abzug der ausländischen Kampftruppen ab 2014 stattfinden soll, muss der afghanischen Regierung die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Um die Transition erfolgreich abzuschließen, müssen die internationalen Geberländer die Regierung vor Ort kritisch begleiten und Fehlentwicklungen – wie z.B. mangelndes Engagement bei der Bekämpfung von Korruption – offen benennen können.

Gleichzeitig muss allen klar sein, dass Afghanistan seine eigenen Gesetze und jahrtausendealten Gesellschaftsstrukturen hat, die nicht innerhalb weniger Jahre grundlegend geändert werden können. Diesen Zielkonflikt zufriedenstellend zu lösen, mag zugegebenermaßen schwierig sein. Eine ausgeglichene Balance zwischen der Akzeptanz afghanischer Besonderheiten und der klaren Definition machbarer, zu erreichender Ergebnisse im Antikorruptionskampf, der Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen, der wirtschaftspolitischen Entwicklung und vor allem der Geschlechtergleichstellung zu festgelegten Zeitpunkten seitens der internationalen Gemeinschaft ist jedoch absolut notwendig. Mit stabilen Sicherheitsverhält-

nissen und einer gesteigerten Rechtssicherheit prophezeien Expertinnen und Experten gesteigerte ausländische Investitionen, die wiederum Arbeitsplätze und die Entwicklung der Infrastruktur vorantreiben werden.

Das Thema Afghanistan muss in der SPD und der Gesellschaft in den nächsten Jahren viel stärker aus einer zivilen Perspektive diskutiert werden. Und noch wichtiger: Es muss überhaupt diskutiert werden. Dies bedeutet insbesondere auch eine Verantwortung der Bundestagsfraktion, die zukünftig nicht mehr die VerteidigungspolitiklerInnen, sondern die Außen- und EntwicklungspolitiklerInnen ins Zentrum der Debatte stellen muss. Wir Jusos müssen – genauso wie SPD und Fraktion – dabei wohl gegen den zu erwartenden Effekt – „Keine Truppen mehr am Hindukusch, kein Interesse mehr am Hindukusch“ kämpfen. Auf keinen Fall dürfen wir die Menschen in Afghanistan erneut ihrem Schicksal überlassen. ■

⇒ Bettina Schulze war 2009-2013 stellv. Juso Bundesvorsitzende. Sie ist Verwaltungswissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag.

⇒ Tobias Afsali ist seit 2012 stellv. Juso Landesvorsitzender in Bayern. Er bereitet sich derzeit als Rechtsreferendar auf die Zweite Juristische Staatsprüfung vor.

150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken

Das offizielle Geschichtsbild der SPD erscheint in ihrem 150jährigen Jubiläum häufig zu linear und eindimensional. Besonders das linkssozialistische Erbe der Partei ist darin unterrepräsentiert oder findet keine Erwähnung.

Ausgehend von dem spw-Schwerpunkt „Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken“ haben wir über das gesamte Jahr hinweg an bekannte wie vergessene Akteure der SPD-Linken erinnert und die Bedeutung ihres politischen Denkens und Wirkens für die Gegenwart diskutiert. Darüber hinaus nahmen wir die Fachpublikationen über die Parteigeschichte in den Blick unserer Rezensionen.

Zum Jahresende schließen wir nun die Reihe ab, mit der es uns nicht um eine andere, sondern um eine facettenreichere Geschichte der Sozialdemokratie ging. Wir werden aber auch im kommenden Jahr in loser Folge die Geschichte der SPD-Linken nachzeichnen.

In dieser Ausgabe skizziert Michael Krätke das politische Denken Rudolf Hilferdings. Helga Grebing erinnert an Fritz Sternberg. Der politischen Bedeutung der Pädagogik Anna Siemmens widmet sich Thilo Scholle und bespricht drei neue Bücher über ihr Wirken. Schließlich nimmt Ulrich Schöler einen Artikel der ZEIT mit Witz aufs Korn. ■

Rudolf Hilferding und der „organisierte Kapitalismus“

von Michael R. Krätke

In Berlin, fern vom heimatlichen Wien, schrieb der junge Rudolf Hilferding das Buch, das ihn bald zum berühmtesten marxistischen Ökonomen seiner Zeit machen sollte: „Das Finanzkapital“, 1910 in Wien publiziert, wurde rasch zum meist gelesenen, meist zitierten, von Freund und Feind bewunderten Klassiker: Manche wollten darin eine kongeniale Fortsetzung des Marxschen „Kapital“ sehen. Es war der bis dato ehrgeizigste und systematischste Versuch, die jüngsten Entwicklungen und Strukturveränderungen des Kapitalismus, die die Große Depression hervorgerufen hatte, auf den Marxschen bzw. marxistischen Begriff zu bringen. Der große und bleibende Erfolg dieser anspruchsvollen „Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“ ist leicht zu erklären. Es war die (meistens) gelungene Verbindung von Analyse und Erklärung des gegenwärtigen Kapitalismus mit der Fortschreibung und Ergänzung der Marxschen ökonomischen Theorie, was Hilferdings Arbeit auszeichnete. Hilferding

ging tatsächlich „mit Marx über Marx hinaus“, in der Geldtheorie, in der Analyse von Kredit und Finanzmärkten, in der Analyse der Konkurrenzphänomene, in der Krisentheorie, in der Analyse der Wirtschafts- und Finanzpolitik der kapitalistischen Staaten.¹

Schon als junger Medizinstudent gehörte Hilferding zum Kreis der Austromarxisten. Otto Bauer, Karl Renner, Max Adler, Gustav Eckstein waren und blieben seine engsten Freunde, Karl Kautsky, der seine ersten Aufsätze in der *Neuen Zeit* drucken ließ, wurde sein Mentor. Zusammen mit Max Adler gab Rudolf Hilferding seit 1904 die *Marx-Studien* heraus, das erste gemeinsame Publikationsorgan der Austromarxisten. Mit diesen umfangreichen Jahrbüchern, die in loser Folge bis 1923 er-

¹ Vgl. Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, in: *Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus*, Dritter Band, Wien 1910. Es wurde immer wieder neu aufgelegt (1920, 1923, 1927) bzw. herausgegeben (1947, 1955, 1968, 1972), und in viele Sprachen übersetzt; die erste französische Übersetzung erschien 1970, die erste englische Übersetzung erst 1981.

schienen, wollten sie die neue, an Marx' und Engels' unvollendetes Werk anschließende Sozialwissenschaft, in ständiger Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen „bürgerlichen“ bzw. akademischen Wissenschaft und auf der Höhe der Probleme der Zeit vorantreiben. Hilferdings erste größere Talentprobe, seine Auseinandersetzung mit der Marx-Kritik des damals führenden österreichischen Ökonomen, Eugen von Böhm-Bawerk (der einer seiner Lehrer an der Wiener Universität war), zeigte die Pointe dieser Art von sozialwissenschaftlich aufgeklärtem Marxismus: Er verteidigte die Marxsche Werttheorie, deren Feinheiten er genau sah, gegen die akademische Kritik. Sie war in seinen Augen die überlegene Werttheorie, besser, konsistenter, erklärungskräftiger als die klassischen und die neoklassischen (Grenznutzen)Theorien des Werts. Aber es gab da ein paar Probleme, nicht wenig, was Marx zwar gesehen und angedeutet, aber unbearbeitet gelassen hatte. Um Marx' Theorie zu verteidigen, musste man ihre ungelösten Probleme in Angriff nehmen – und dazu machte er Vorschläge.²

Karl Kautsky hatte geworben und gedrängt, August Bebel hatte ihn offiziell eingeladen – so war Hilferding 1906 nach Berlin gekommen, um an der neu gegründeten Parteischule der SPD Politische Ökonomie zu lehren. Seine Lehrtätigkeit wurde bald von der Ausländerpolizei unterbrochen, die es zu Recht als politische Tätigkeit betrachtete, wenn ein Marxist nicht-studierten Arbeitern die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie beibringen wollte; Rosa Luxemburg wurde seine Nachfolgerin.³ Hilferding blieb in Berlin, wurde Auslandsredakteur beim *Vorwärts*, wenig später Chefredakteur der damals wichtigsten sozialdemokratischen Zeitung.

² Siehe Rudolf Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik, in: *Marx-Studien*. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus, Erster Band, Wien 1904.

³ Von ihr haben wir eine fragmentarische „Einführung in die Nationalökonomie“, einige Vorlesungsmitschriften und -manuskripte. Von Hilferdings Vorlesungen ist leider nichts erhalten. Wie alle Austromarxisten war Hilferding in der Arbeiterbildung stark engagiert und gewohnt, vor interessierten Laien zu sprechen.

Hilferding war ein sehr politischer Ökonom. Für ihn stand der notwendige Zusammenhang von ökonomischer (privater) und politischer (auch staatlicher) Macht im Zentrum jeder Analyse kapitalistischer Entwicklung. Von Zusammenbruchstheorien hielt er ebenso wenig wie vom Gegenteil, den Harmonielehren. Im „Finanzkapital“ hatte er die Tendenzen zur Überwindung der Anarchie der kapitalistischen Marktökonomie analysiert, die durch Aktiengesellschaften und deren Verflechtungen, durch Kartellierung, Konzernbildung und durch die Organisierung der Finanzmärkte unter der Vorherrschaft (internationaler) Großbanken bestimmt wurden. Bis zum logischen Ende gedacht, konnten diese Tendenzen zu einer vom Finanzkapital beherrschten und „bewusst geregelten“ Ökonomie führen, wenn auch „in antagonistischer Form“. Dadurch werde der sozialistischen Transformation vorgearbeitet.⁴ Als er diese Tendenzen in der Kriegs- und Nachkriegszeit weiter studierte, kam er zu einem folgenreichen Schluss: Was bisher eine Möglichkeit, die Tendenz, oder der „Keim“ zur „Umwandlung der anarchisch-kapitalistischen in eine organisiert-kapitalistische Wirtschaftsordnung“ war, das kam jetzt zur Entfaltung. Der Kapitalismus transformierte sich und nahm mehr und mehr die neue Gestalt des „organisierten Kapitalismus“ an. Diese neue Form des vom Kapital selbst „organisierten“ und in einigen Teilen bereits „geplanten“ Kapitalismus könne, je nachdem, wie und mit welchem Staat die herrschenden Kapitalistengruppen es zu tun hätten, zum „organisierten Staatskapitalismus“ werden. Aber, so dachte Hilferding nach der Novemberrevolution weiter, unter den Bedingungen einer demokratischen Republik könne es auch anders gehen. Denn die politische Demokratie erlaube im Prinzip auch eine andere politische Machtverteilung als die durch die ökonomischen Machtverhältnisse der sozialen Klassen im Kapitalis-

⁴ Ein Grundgedanke, der sich in diversen Varianten bereits in Marx' „Kapital“ und anderen Schriften findet.

mus bedingte. Daher sei ein demokratischer Staat auch unter Umständen imstande, ganz anders in den Prozess der „Organisierung“, der „Vergesellschaftung“ und der „Planung“ einer kapitalistischen Ökonomie einzugreifen, als ein autoritärer, despotischer Staat. Daher, so Hilferdings Überlegung Anfang der 1920er Jahre, stelle sich zum ersten Mal das Problem von Kapitalismus und Demokratie in aller Schärfe. Zum ersten Mal gebe es für die Sozialdemokratie „das Bedürfnis nach einer umfassenden Staatstheorie“. Nur eine Analyse der Machtorganisation, der Machtmittel, der Eigeninteressen des Staates, eine erweiterte „Funktionslehre des demokratischen Staats“ könne klären, ob und wie die Demokratie den Weg zum demokratischen Sozialismus, zur demokratisch organisierten und kontrollierten Wirtschaft eröffne. Dieses Programm, die politische Ökonomie des Kapitalismus im Blick auf die wachsende und veränderte Rolle des (demokratischen) Staates neu zu durchdenken, verfolgte Hilferding bis zu seinem Lebensende.⁵ Hilferdings starke These, die Tendenz zum „organisierten Kapitalismus“ bereite dem demokratischen Sozialismus den Boden, hat die Politik der Weimarer Sozialdemokratie bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 entscheidend geprägt.

An die Stelle der „*Neuen Zeit*“, der erfolgreichsten marxistischen Zeitschrift aller Zeiten, trat 1924 eine neue Theoriezeitschrift, *Die Gesellschaft*, mit Rudolf Hilferding als Herausgeber. Kein offizielles Parteiblatt, ein hochgeachtetes Forum für die europäische sozialistische Diskussion – mit einer beachtlichen Auflage von gut 4500 Exemplaren monatlich. Hilferding umriss ihr Programm: Die jüngste Entwicklung des Kapitalismus seit 1914 analysieren, ökonomisch wie politisch (innenpolitisch, bezogen auf die Probleme der Weimarer Republik, und im Blick auf die internationale

Politik, die Veränderungen in kapitalistischen Weltökonomie und Weltpolitik). Zur Klärung und Selbstbesinnung des Marxismus sollte sie beitragen, und zum Verständnis der welthistorischen Entwicklungen in der Sowjetunion und in anderen Ländern der Welt. Hilferding gelang es, einen großen Kreis von Autoren der europäischen Linken zu versammeln, in der Gesellschaft schrieben führende Labour-Intellektuelle (Laski, Cole, J.A. Hobson) ebenso wie Menschewisten (Abramowitsch, Dan, Nikolajewski, Schifrin), Philosophen wie Herbert Marcuse und Hannah Arendt, Soziologen wie Ferdinand Tönnies und Alfred Meusel, Historiker wie Friedrich Meinecke, Eckhard Kehr, Gustav Mayer und Arthur Rosenberg, Ökonomen wie Lujo Brentano und Emil Lederer. Seine austromarxistischen Freunde, Karl Renner voran, kamen oft zu Wort. Otto Bauer steuerte allerdings nur einen Artikel bei, dafür schrieb Albert Lauterbach, einer der talentierten jüngeren Austromarxisten des öfteren Repliken auf Renners Artikel. Karl Kautsky war häufiger und hochgeachteter Autor der Zeitschrift.⁶

Anders als Kautsky gehörte Rudolf Hilferding dem Parteivorstand der SPD als Beisitzer an, war seit 1922 auch Reichstagsabgeordneter und der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der SPD im Reichstag. Das Heidelberger Programm von 1925 trug seine Handschrift, auf den Parteitag 1924, 1925, 1927 hielt er die programmatischen Hauptreferate. Als Ökonom, als Journalist und (überaus fleißiger) Parlamentier genoss Hilferding hohes Ansehen – und war zugleich vielen verhasst, als Jude, als Ausländer, als Reformist, als Intellektueller.⁷ Zweimal wurde er Finanzminister

6 „*Die Gesellschaft*. Internationale Revue für Sozialismus und Politik“, die wichtigste Zeitschrift der Sozialdemokratie in der ersten Republik, ist leider noch nicht auf der website der Friedrich-Ebert-Stiftung zugänglich. Dafür gibt es einen vollständigen Nachdruck, 1968 im Verlag Sauer&Auermann, Frankfurt a.M. erschienen. Hilferdings „*Gesellschaft*“ war das Modell für die „*Zeitschrift für Sozialforschung*“

7 Hilferding gehörte zu den Lieblingsfeinden Tucholskys. Er verhöhnnte ihn bei jeder Gelegenheit, mal netter als „Hilferliesl“, mal böser. Zum Beispiel so: „Herr Rudolf Hilferding gilt in Finanzkreisen als ausgezeichnete Mediziner. Von ihm gibt es ein Aufsehen erregt habende Werk, ‚Das Finanzkapital‘. Seine Bequemlichkeit hat ihn leider daran gehindert, das Buch zu lesen.“ (Kurt Tucholsky, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 56). Viele

5 Hilferding hat diese These in vielen Aufsätzen, in Zeitungsartikeln, in öffentlichen Reden, in Vorträgen entwickelt. Am wichtigsten sind: *Arbeitsgemeinschaft der Klassen?*, in: *Der Kampf*, 8. Jg., H. 10, 1915 und *Probleme der Zeit*, in: *Die Gesellschaft*, 1. Jg., H. 1, 1924 (beide wieder abgedruckt in: Cora Stephan (Hg.), *Zwischen den Stühlen*, Berlin – Bonn 1982).

in der Weimarer Republik, der erste Marxist und Sozialist in Deutschland in dieser Position. Das allzeit beliebte Klischee vom „unpraktischen“, zu raschen Entscheidungen unfähigen Theoretiker hing ihm an, sehr zu Unrecht. Während seiner ersten Amtszeit, im Jahr der Hyperinflation 1923, hat er die Grundlage für die Währungsreform gelegt. Er hatte den Mut, eine vollständige Reform der Reichsbank zu verlangen. Ein demokratischer Staat müsse seine eigene Geldpolitik betreiben und könne die Nebenregierung einer auf ihre „Unabhängigkeit“ pochenden Kaste von Zentralbankern nicht dulden. Er scheiterte, nicht an seiner Unentschlossenheit, sondern an seinen Widersachern im bürgerlichen Lager und im Beamtenapparat. Die kaiserlichen Beamten hassten den „sozialistischen Juden“, die Konservativen fanden es gar nicht nett, dass Hilferding sich entschieden weigerte, aberwitzigen Geldreformplänen nachzugeben, die die Republik auf Jahrzehnte hinaus den Agrariern und den Bankiers ausgeliefert hätten. In seiner zweiten Amtszeit, im Koalitionskabinett unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller, erging es ihm ähnlich. In der turbulenten Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise versuchte Hilferding, Deutschland vor einer Banken- und Kreditkrise, vor dem vollständigen finanziellen Absturz zu bewahren. Er scheiterte an seinen Gegenspielern, nicht zuletzt an der Reichsbank, die ihr eigenes Spiel spielte. Angst vor einer erneuten Hyperinflation hinderte ihn in den Krisenjahren 1931 bis 33 den Plänen für eine aktive Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik zuzustimmen, die einige jüngere Gewerkschaftsökonomen vorgelegt hatten.

Im Exil schrieb er wieder – für den *Neuen Vorwärts* – über internationale Politik, über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nazis, über die drohende Weltkriegsgefahr. Gleichzeitig gab er von 1933 bis 1936 die *Zeitschrift für So-*

zialismus, die wichtigste Theoriezeitschrift der Exil-SPD heraus. Noch einmal gelang es ihm, alte und junge sozialistische Intellektuelle aus mehreren europäischen Ländern zu versammeln, um die Entwicklung des Kapitalismus hin zum autoritären, despotischen Staatskapitalismus zu analysieren und zu diskutieren. Zwei Projekte Hilferdings sind uns aus seinen letzten Jahren (ab Juni 1940 auf der Flucht) geblieben: „Das Finanzkapital“ wäre nach den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise ganz neu zu schreiben, sagte er seinem Freund Boris Nikolajewski. Von den Vorarbeiten zu diesem Projekt ist leider nichts erhalten. Wir können nur Vermutungen darüber anstellen, die sich auf gelegentliche briefliche Äußerungen stützen. Vermutlich hätte er das Buch „internationaler“ gefasst, das Weltwährungssystem, den Fall des Goldstandards, und die Beziehungen zwischen großer Industrie, Welthandel und Hochfinanz, zwischen verschiedenen „Industrien“ und Sektoren der kapitalistischen Ökonomie im Kontext des Weltmarkts ins Zentrum gerückt. Erhalten ist dagegen das Fragment seiner letzten Arbeit, die er in einem Brief als „Kritik des Marxismus“ bezeichnet hat. Benedikt Kautsky hat sie unter dem Titel „Das historische Problem“ 1954 veröffentlicht.⁸ Es ist eine selbstkritische Reflektion über das Problem des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, für Hilferding eins der Kernprobleme des historischen Materialismus. In dieser Arbeit diskutiert er noch einmal die Grundlagen und fasst einige politik- und staatstheoretische Grundbegriffe neu. Er entdeckt und analysiert die „Autonomie“ des politischen und staatlichen Handelns – alle ökonomischen Verhältnisse müssen in politische übersetzt werden. Er betont und bestimmt den Unterschied zwischen „bürgerlichen“ Interessen, Interessen, Vorstellungen der „herrschenden Klasse“ und „Staatsinteressen“. Er nimmt die politische und Staatsklasse (die moderne Bürokratie) ernst und sieht klar das

linke Intellektuelle halten es unbesehen mit Tucholsky. Ich dagegen stehe nicht an zu vermuten, dass es wohl eher der dem Wohlleben auch nicht abgeneigte Tucholsky war, der „Das Finanzkapital“ nicht gelesen hat.

⁸ Vgl. Rudolf Hilferding, *Das historische Problem* (1940), wieder abgedruckt in: Cora Stephan, *Zwischen den Stühlen*, Bonn – Berlin 1982.

Problem des staatlichen Eigeninteresses oder des „Interesses des Staates an sich selbst“. Er versucht in der Tat, die Marxsche Theorie, die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus neu zu durchdenken.

Hilferding gilt heute als Mann eines Buches, außer dem „Finanzkapital“ ist nur wenig von seinem weit gespannten Werk bekannt. Eine Werkausgabe war ihm nie vergönnt, eine kleine Sammlung seiner wichtigen Aufsätze erschien 1982.⁹ Nur in Japan gibt es eine regelrechte Hilferding-Forschung, die einiges zu Tage gefördert hat.¹⁰ Biographien Hilferdings

gibt es inzwischen.“ In Amsterdam befindet sich ein kleiner Hilferding-Nachlass, seine erhaltene Korrespondenz ist in vielen anderen Nachlässen verstreut und bis heute unveröffentlicht. So bleibt einer der wichtigsten Köpfe der deutschen und europäischen Sozialdemokratie bis heute ein Unbekannter. ■

☞ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University und Mitherausgeber der spw.

9 Siehe die schon oben erwähnte Ausgabe von Cora Stephan (Hg), Zwischen den Stühlen, Bonn – Berlin 1982.

10 Zu den wichtigsten Ergebnissen dieser Arbeit gehört die Bibliographie seiner Schriften, die Minoru Kurata erstellt hat (vgl. Minoru Kurata, Rudolf Hilferding, Bibliographie seiner Schriften, Artikel und Briefe, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der Arbeiterbewegung, 10 Jg., 1974, S. 327 – 346).

11 Die erste biographische Skizze über Hilferding stammt von Alexander Stein (vgl. Alexander Stein, Rudolf Hilferding und die deutsche Arbeiterbewegung, Gedenkbücher, Hamburg 1946), die erste gründliche und bis heute lesenswerte Studie über Hilferdings Denken schrieb Wilfried Gottschalch (vgl. Wilfried Gottschalch, Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding, Berlin 1962). Seither sind (neben kürzeren Skizzen, z.B. von Walter Euchner) zwei umfangreiche amerikanische Dissertationen über Rudolf Hilferding erschienen: F. Peter Wagner, Rudolf Hilferding: Theory and Politics of Democratic Socialism, New Jersey 1996, und William Smaldone, Rudolf Hilferding, The Tragedy of a German Social Democrat, Dekalb 1998 (deutsch 2000).

Fritz Sternberg – ein Leben für die Zukunft des Sozialismus

von Helga Grebing

Ende 1926 erschien Fritz Sternbergs 614 Seiten umfassendes Werk „Der Imperialismus“, das den gerade 31 Jahre alten Autor mit einem Schlag in der damaligen wissenschaftlichen und politischen Welt des Sozialismus bekannt machte. Heute wird es nicht mehr viele in der Sozialdemokratie, unter den demokratischen Sozialisten und in den Gewerkschaften geben, die Sternberg und sein Werk kennen, obwohl er, der unorthodoxe Marxist, in den 1920er Jahren ein Lehrer vieler junger Sozialisten gewesen ist, ein Anreger für Schriftsteller und Dichter wie Bertolt Brecht, ein konsequenter persönliche Gefahren nicht scheuender Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, der sich dann im Exil in

der Schweiz, in Frankreich und in den USA zu einem demokratischen Sozialisten wandelte, dessen analytischer Ausgangspunkt stets jedoch die Theorien von Karl Marx blieben.

Die Einseitigkeit der ‚Renaissance des Marxismus‘ seit den 1970er Jahren drückt sich bis zum heutigen Tag in der bevorzugten Interpretation von Philosophen und Politikwissenschaftlern wie Georg Lukács, Karl Korsch und Wolfgang Abendroth sowie der Frankfurter Schule aus. Jene Marxisten, zu denen Sternberg gehörte, die als Ökonomen auf dem ureigensten Terrain des Marxismus gearbeitet und Marx weiter gedacht hatten, blieben weitgehend unentdeckt, was Sternberg an-

geht nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil er ein scharfer Kritiker sowohl der unflexiblen Weimarer Sozialdemokratie als auch – und das vor allem – des sowjetkommunistischen Dogmatismus und seiner deutschen Anhänger gewesen ist.

Sternberg gehörte aber auch zu den nicht wenigen jüdischen Intellektuellen, die das Schicksal ihres Volkes als mit dem des Proletariats verbunden betrachteten. Bei beiden ging es um die Befreiung von Unterdrückung und Nichtachtung durch die bürgerliche Gesellschaft. Sternberg wurde am 11. Juni 1895 als fünftes und letztes Kind eines relativ wohlhabenden jüdischen Rechtsanwalts in Breslau geboren; Sternbergs Mutter stammte sogar aus einer aus Polen zugewanderten Rabbinerfamilie. Die Sternbergs waren nicht mehr orthodox-jüdisch, gehörten aber der jüdischen Gemeinde an, und Sternberg selbst bekannte öffentlich, preußischer Staatsangehöriger und Jude zu sein. Obwohl er bereits als Gymnasiast zur Breslauer Sozialdemokratie und zur Breslauer Volkswacht, ihrem Parteiblatt, Kontakt gefunden hatte, verlief sein Weg zunächst ganz anders. Ausgelöst durch eine Begegnung mit Martin Buber schloss er sich der zionistischen Jugendbewegung an und engagierte sich dann im Ersten Weltkrieg als Soldat stärker in einer Gruppe der jüdischen Arbeiterbewegung, die eine Synthese von Zionismus und Marxismus zu finden versuchte, internationalistisch orientiert war, d.h. einen jüdischen Nationalstaat in Palästina ablehnte und sich eine Versöhnung mit dem arabischen Proletariat vorstellte. Sternbergs Dissertation aus dem Jahre 1917 – er hatte in Breslau, Berlin und Heidelberg Nationalökonomie studiert – war diesen Vorstellungen gewidmet und trug den Titel „Die Juden als Träger einer neuen Wirtschaft in Palästina“.

Sternberg wurde Mitarbeiter von Franz Oppenheimer, der an der Frankfurter Universität lehrte, und gewann damals den Ruf,

„als einer der fähigsten Köpfe der jüngeren Generation im Zionismus“ zu gelten. 1923, Sternberg war gerade 28 Jahre alt, kam die Wende. Nach einem gescheiterten Habilitationsversuch und dem Zerwürfnis mit Oppenheimer verzichtete Sternberg auf eine Universitätslehrerlaufbahn und wird fortan als freier Schriftsteller, Publizist und Vortragender, bald auch vom damals neuen Medium Rundfunk leben. Der inhaltliche Kern dieser Umorientierung war der Zweifel, dass es gelingen könnte, einen marxistischen Weg im Rahmen des Zionismus zu finden. Seit Herbst 1923 arbeitete Sternberg in der Umgebung von Breslau an seinem Imperialismus-Buch, das dann im Herbst 1926 im von Wieland Herzfelde gegründeten und geleiteten Malik-Verlag erschien und jenen bereits eingangs erwähnten Hagel an kontroversen Rezeptionen hervorrief.

Im „Imperialismus“ erklärte Sternberg, teilweise im Anschluss an Rosa Luxemburg, warum die kapitalistische Produktionsweise trotz Krisen und Kriege noch nicht an die Grenzen ihrer Existenzmöglichkeiten gestoßen war und warum gleichzeitig die Arbeiterbewegung ihre Kraft, als Motor des Transformationsprozesses zu wirken, verloren hatte. Das lag nach Sternberg daran, dass der imperialistische Vorstoß in vorindustrielle koloniale Gebiete die Spannungen im europäischen Kapitalismus entschärft und dem Proletariat hier eine ‚Schonzeit‘ gebracht hatte. Sternberg erwartete nun nach dem Ende des Weltkrieges und den damit verbundenen verminderten Expansionsmöglichkeiten des Kapitalismus das Ende dieser Schonzeit und fragte nach den Möglichkeiten der Schärfung des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Er sah sie in der Schaffung einer neuen sozialistischen Partei (anstelle der reformistischen SPD und der ultralinken KPD), in der die Intellektuellen eine wichtige Funktion bei der revolutionären Bewusstseinsbildung haben würden. Gelänge diese Neuformierung nicht und die Krisen verschärften sich,

fürchtete Sternberg einen neuen Krieg unter den imperialistischen Mächten, wenn nicht sogar den „Absturz in die Barbarei“. Sternberg überschätzte, wie wir heute wissen, die systemische Abhängigkeit des Kapitalismus von noch nicht durchkapitalisierten Räumen und unterschätzte die Möglichkeiten des inneren Marktes; auch überspannte er, wie schon vor ihm Rosa Luxemburg, die Bedeutung des subjektiven Faktors für die sozialistische Revolution. Er erkannte jedoch den Zusammenhang von Reformismus und Schonzeit, und anders als seine zeitgenössischen Kritiker begriff er den Rang der kommenden Krise und deren äußerste Konsequenz, den Zweiten Weltkrieg.

Im umgekehrten Verhältnis zur Ablehnung der Sternbergschen Imperialismus-Deutung stand die euphorische Aufnahme seiner Botschaften bei den jungen Sozialisten 1924 bis 1926 in Breslau und 1928 bis 1931 in Köln, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet, aber auch in Sachsen, Berlin und Frankfurt a. M.. Sternberg wurde geradezu „zum Star des radikalen, jugendlichen Linkssozialismus der Weimarer Jahre“ (Franz Walter). Auch durch seine Art zu überzeugen lief er Max Adler und Otto Bauer den Rang ab: dynamisch-appellative Aufrufe zur revolutionären Aktion, zündende und dramatisch ausgedrückte Rhetorik. So ist es durchaus nicht übertrieben, wenn Franz Walter Sternberg als „theoretischen Stichwortgeber einer intellektuellen Generation junger Sozialisten“ bezeichnet.

Seit Mitte der 1920er Jahre wurde Sternberg, der inzwischen in Berlin lebte, auch zu einem anregenden Gesprächspartner der künstlerischen Avantgarde jener Jahre. Bertolt Brecht nannte ihn einmal seinen „ersten Lehrer“; auch mit dem Schriftsteller Alfred Döblin und dem Regisseur Erwin Piscator verband ihn viel. Sternbergs Bestreben war es, Kunst als Handlungselement in seine revolutionäre Strategie einzubinden. Sie sollte schon im Kapitalismus für den Sozialismus

instrumentalisiert werden; der Künstler sollte lernen zu erkennen, dass seine Existenz im Kapitalismus als eine seinem wahren Wesen entfremdete war und deshalb als eine transitorische zu begreifen. Dazu bedurfte es rationaler Erkenntnis als Voraussetzung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte. Dazu trug auch das Erfassen der Hellsichtigkeit von Dichtern früherer Epochen transitorischen Charakters entscheidend bei, so vor allem Shakespeare.

Sternberg war weder ein Sozialdemokrat und erst recht kein Kommunist, aber er hatte zu einigen linkssozialistischen Arbeiterführern, die aus der Tradition von Rosa Luxemburg kamen, wie August Enderle, Jacob Walcher und Paul Frölich, aber auch einigen linken Studentenführern wie Richard Löwenthal und Hans Mayer politisch-freundschaftliche Kontakte. Vor allem aber schrieb er in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse grundsatzorientierte Kommentare zur ökonomischen Entwicklung vor und zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. 1929 und 1930 reiste Sternberg nach Moskau (beim zweiten Mal auch noch nach Leningrad und in den Kaukasus). Er wollte als Analytiker der kapitalistischen Ökonomie die Realisierung des sozialistischen Gegenmodells überprüfen. Sein Ergebnis, auch nach Diskussionen mit Eugen Varga, Karl Radek und Nikolai Bucharin, war vernichtend: Stalins unumschränkte Diktatur befestigte sich, ökonomisch war man ohne stringentes Konzept, schätzte die Situation des Kapitalismus in der Krise falsch ein und täuschte sich vor allem über die angeblich revolutionäre Situation in Deutschland.

Als Sternberg im Herbst 1930 nach Deutschland zurückkehrte, hatte sich nicht nur die Krise verschärft, sondern auch die NSDAP einen enormen Aufwind zu verzeichnen, wie die Reichstagswahlen im September 1930 anzeigten. Von nun an bis zu seiner erzwungenen Flucht im März 1933 gehörte Sternberg zu den aktivsten und zunehmend

bekanntesten Kämpfern gegen den Nationalsozialismus. Allein in der „Weltbühne“ schrieb er zwischen 1930 und 1933 72 Artikel (meist unter den Pseudonymen K.L. Gerstorff, Thomas Tarn), außerdem arbeitete er in den linkssozialistischen Publikationsorganen mit. Er stieg auch in die konkrete politische Tagesarbeit ein, indem er sich der neu gegründeten SAPD anschloss, die versuchte, Brücken zwischen den gespaltenen Teilen der Arbeiterbewegung zu schlagen. So sollten sie zu einer Aktionseinheit gegen den Nationalsozialismus zusammengefasst werden – wie wir wissen erfolglos. Sternberg, der durch seine Herkunft aus jüdisch-bürgerlichem Milieu im Grunde ein Individualist war, fügte sich nicht nur in die Unbequemlichkeiten der Parteilarbeit, sondern fand auch noch die Kraft, zur theoretischen Deutung des Faschismus beizutragen. Er betrachtete den Nationalsozialismus als eine bewusst vom Monopolkapital organisierte Bewegung. Deren Zweck war es, die Existenz des Kapitalismus in der Krise, die sich mit den Mitteln des Parlamentarismus nicht mehr steuern ließ, durch eine offenen Diktatur sicherzustellen. Sternberg räumte dabei ein, dass die nationalsozialistische Massenbewegung eine gewisse Autonomie kennzeichnete. Er machte darauf aufmerksam, dass zunächst jedenfalls nicht alle Fraktionen des Kapitals auf den Faschismus setzten. Die Gefahren für die Existenz der Arbeiterbewegung und die Unvermeidbarkeit eines Zweiten Weltkrieges hob er scharf hervor: Weder die Gewerkschaften noch die Sozialdemokratie würden durch freiwillige Kapitulation ihre Zerschlagung verhindern können. Aber die Hauptverantwortung für das tragische Ende der deutschen Arbeiterbewegung trug für ihn die KPD-Führung, die in der Sozialdemokratie und nicht in der NSDAP ihren Hauptfeind sah.

Sternberg verließ Deutschland am 12. März 1933, von der SA bereits seit dem Reichstagsbrand gesucht. Die Stationen seines Exils wurden Wien, Basel, Paris; auch

für ihn ging es nun darum, immer wieder mühsam nach Existenzmöglichkeiten zu suchen. Dennoch konnte er weiter Bücher schreiben: Nach dem „Niedergang des deutschen Kapitalismus“ (1932) dann 1935 „Der Faschismus an der Macht“ und 1938 „Die deutsche Kriegsstärke. Wie lange kann Hitler Krieg führen“. Beide Bücher begründeten seine Auffassung, dass sich Hitlers Diktatur stabilisiert hatte und sie im Falle eines Krieges siegreich sein würde, wenn die USA in der Position des Isolationismus verbleiben würden. Das alles bewog ihn mit einem Besuchervisum im Frühjahr 1939 nach New York zu reisen, wo er wiederum nach dem Erlernen der englischen Sprache von seinen publizistischen Einkünften eher schlicht lebte, nur gelegentlich unterstützt durch Forschungsmitteln aus Stiftungen.

Im amerikanischen Exil versuchte er Politiker und Gewerkschafter davon zu überzeugen, dass nur ein Kriegseintritt der USA Hitlers Sieg würde verhindern können. Nachdem dies geschehen war, entwickelte er Überlegungen, wie nach der Niederlage der Nazis und angesichts der Hegemonieansprüche der stalinistischen Sowjetunion das Parallelogramm der Kräfte in der Welt gestaltet werden müsste. Darüber hinaus fragte er, welche politischen und sozialen Folgen die „zweite industrielle Revolution“, die in den USA bereits den Durchbruch erreicht hatte, in Europa für die Neugestaltung der europäischen Arbeiterbewegung haben würde. Er war schließlich ein in englischer Sprache schreibender beachteter Publizist und 1948 auch amerikanischer Staatsbürger. Er verlegte sein Tätigkeitsfeld jedoch zunehmend nach Europa. Hier löste er durch sein 1951 erschienenes Buch „Sozialismus und Kapitalismus vor dem Weltgericht“ wieder eine lebhaft Auseinandersetzung aus.

Sternberg verstand sich jetzt als demokratischer Sozialist, der Marx weiterdenken wollte. Deutlich wurde das in seinem Buch

„Marx und die Gegenwart“ (1955), in dem er die Bedingungen für den möglichen Zerfall der Sowjetunion und des Sowjetkommunismus analysierte und einige der späteren Auffassungen des Eurokommunismus vorwegnahm. Es hätte also durchaus sein können, dass der demokratische Sozialismus sich nach 1945 in Deutschland nicht auf den Spuren von Eduard Bernstein und Karl Popper revitalisiert hätte, sondern auf den Pfaden von Karl Marx. 1945 erwarteten viele als wichtigsten Schritt zu einer demokratisch-sozialistischen Erneuerung einen Gleichklang der Sozialisierung in England und im Ruhrgebiet, das zur britischen Besatzungszone gehörte. Als dieser Ruck nach links an der amerikanischen Besatzungsmacht scheiterte, stellte sich auch für Sternberg die Frage nach den Bedingungen einer Transformation des Kapitalismus erneut. Er fand, sie könnte nur über ein vereintes Europa führen und sie würde sich nicht auf revolutionärem Wege vollziehen, sondern in langfristigen Entwicklungsprozessen erfolgen, in die auch die Anfänge der Globalisierung, gedacht als Entwurf zu einer Weltgesellschaft unter den Bedingungen der zweiten industriellen Revolution einbezogen werden müssten. Das bedeutete aber auch, dass die Arbeiterklasse in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern, also in Europa und in den USA, eine soziale und gesellschaftliche Führungsfunktion für die sich verproletarisierenden Unterschichten in den Entwicklungsländern übernehmen müssten, wie Sternberg bereits Mitte der 1950er Jahre schrieb.

Für die Übernahme dieser Aufgaben bestanden nach Sternbergs Ansicht erhebliche Legitimierungsdefizite auf Seiten der Vertreter des Konzeptes ‚demokratischer Sozialismus‘. Fast alles, so schien es ihm, musste neu durchdacht werden, und er versuchte dies den deutschen und den österreichischen Gewerkschaften zu vermitteln. Seine Versuche, dies auch den Führungsschichten in der SPD und SPÖ zu erklären, fanden nur beschränkte

Aufmerksamkeit. Nur für Willy Brandt galt sein alter Kampfgenosse seit SAP-Zeiten als geschätzter Gesprächspartner.

Wenn alles neu durchdacht werden musste, wollte er sich auch seinen Irrtümern stellen, wie er sich kurz vor seinem Tod am 18. Oktober 1963, gerade 68 Jahre alt geworden, vornahm. In seinem 1957 erschienenen Buch „Die militärische und die industrielle Revolution“ hatte er bereits die Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklung durch die neuen technologisch bestimmten Arbeitsformen diskutiert. In seinem 1962 erschienenen Buch „Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts“ hatte er bereits auf die enormen ökonomischen Potentiale Chinas hingewiesen. Dass er frühzeitig so manches richtig gesehen hat, ist aber nicht das, was die Rückerinnerung an ihn bringen sollte. Er kann keine konkreten Handlungsanweisungen mehr bieten, wohl aber kann er auffordern, nicht zu resignieren. Er kann Mut machen, die Vorstellung einer Transformation des Kapitalismus nicht aufzugeben, sondern stets von Neuem mit den historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten der einen Welt, in der wir heute leben, zu konfrontieren und dann die Grundpositionen des Gegenentwurfs ‚demokratischer Sozialismus‘ erneut und erneuert zu bestimmen. ■

Weiterführende Literaturhinweise

- Helga Grebing (Hrsg.), Fritz Sternberg (1895 - 1963). Für die Zukunft des Sozialismus. Werkproben, Aufsätze, unveröffentlichte Texte, Bibliographie und biographische Daten sowie Kommentare zu Leben und Werk. Köln 1981
- Franz Walter, „Republik, das ist nicht viel“. Partei und Jugend in der Krise des Weimarer Sozialismus. Bielefeld 2011.
- „Fritz Sternberg, Der Dichter und die Ratio“. Erinnerungen an Bertolt Brecht. Bearbeitet und herausgegeben von Helga Grebing. Frankfurt a. M. erscheint 2014

☞ Prof. Dr. Dr. Helga Grebing war bis 1995 Professorin für vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der sozialen Lage der Arbeiterschaft und Geschäftsführende Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum. Seither ist sie in Göttingen, München und Berlin publizistisch tätig.

Die Sozialdemokratie „Zeit“gemäß erklärt

von Uli Schöler

2013 war für die deutsche Sozialdemokratie nicht nur das Jahr einer schwierigen Wahlauseinandersetzung mit mäßigem Ausgang. Es war auch das Jahr, mit Veranstaltungen, Büchern, Broschüren und Ausstellungen ausgiebig das eigene 150-jährige Parteijubiläum zu feiern. Anschauungsmaterial über Wesen und Charakter der Sozialdemokratie wurde also reichlich geboten. Dennoch bleibe die Partei, so lasen wir es Mitte Mai in einem ganzseitigen Portrait der ehrwürdigen Zeit, irgendwie ein Rätsel. Grund genug, dass sich der für die SPD-Beobachtung zuständige Hauptstadredakteur des Blattes daran machte, seine Leserinnen und Leser aus dieser Orientierungslosigkeit zu befreien. „Die Sozialdemokratie versteht nur, wer ihre Idealtypen kennt“ – so werden sie in der Unterüberschrift seines Textes dann behutsam an die Hand genommen, um sich mit ihm, dem Redakteur, dem Sozi, dem unbekanntem Wesen, in seinen verschiedenen Ausprägungen Schritt für Schritt anzunähern.

Sechs Idealtypen hat der Autor ausgemacht, mit denen er uns das Wesen der Sozialdemokratie verständlich machen möchte. Da finden wir zunächst, das leuchtet sicher ein, den *Durchschnitts-Sozi*. Dass vom dem nicht allzu viel zu erwarten ist, liegt auf der Hand, sonst wäre er ja schließlich nicht Durchschnitt. Aufgrund der präzisen Feldstudien des beobachtenden Schreibers wissen wir nun, dass der Genannte „gern auf Kreppsohlen und im Rollkragenpullover die Welt verbessert“. Igitt – das klingt arg verstaubt nach siebziger Jahre. Wer möchte schon zu denen gehören, die in dieser Zeit stehen geblieben sind? Aber seine Feldforschung hat noch mehr zu bieten. Die Durchschnitts-Sozi-Frau kommt „schuhtechnisch flachergelegt“ daher als ihre Pendants bei

Union und FDP. Ein Schelm, wer hier unterstellt, dass *high heels* die Phantasie des journalistische Betrachters in Sachen Flachlegen von Parteiaktivistinnen stärker beflügeln würden. Über das männliche Sozi-Pendant erfahren wir, dass es die Frage, ob man sein Jacket ablegen dürfe, für bürgerlich-liberales Geschwätz hält (merke: ein Journalist weiß, was sich gehört). Aber schlimmer noch – das gilt auch für die Forderung nach Steuerersenkungen (was offenbar ein sozialdemokratisches Grundanliegen zu sein hätte, das auch Journalisten wie ihm gefiele). Wem das nicht reicht, um sich in sicherer Distanz zum Durchschnitts-Sozi zu bewegen, dem wird noch gesagt, dass dieser sich dem Trend zum Nichtrauchen ebenso erfolgreich verweigert hat wie der – längst überfälligen – Umstellung von Bier- auf Weingenuß. Prolet bleibt halt Prolet.

Dass die Partei mit dem Durchschnitts-Sozi nicht aus ihrer Talsohle kommen konnte, das versteht sich nach dieser einfühlsamen Beobachtung von selbst. Aber reißt es dann wenigstens der *Milieu-Sozi* raus? Leider auch hier – so der Befund – wohl eher ein Nein. Als die Verkörperung dieses Idealtyps wird uns per Bild Klaus Wiesehügel, im Text dagegen Gerhard Schröder präsentiert, eine interessante Paarbildung. Der eine weiß, wie man Beton rührt (das ist selbstverständlich nicht – es geht ja ums Milieu – politisch gemeint), der andere, wie Fensterkitt schmeckt. Letzteres ist für den Milieu-Sozi sogar von Vorteil: „Dann darf er Brioni-Anzüge tragen, Cohiba rauchen, mit den Traditionslinien der Partei brechen und nach Dienstschluss für einen Russen arbeiten, der Frauen wegsperren lässt, die in Kirchen singen. „So dürfte auch der Werdegang von Steinbrücks Schattenarbeitsminister schon in groben Zügen vor-

gezeichnet sein, egal, was die Koalitionsverhandlungen noch bringen.

Immerhin: Wenigstens der *Kopf-Sozi* hat etwas mehr zu bieten. Er kommt nämlich aus einem bürgerlichen Elternhaus (der mit dem Wirken der Sozialdemokratie einhergehende Bildungsaufstieg der unteren Schichten ist offenbar an der Partei selbst spurlos vorüber gegangen). Ein Typ wie er (repräsentiert durch Klaus von Dohnanyi) ist in diese Partei eingetreten, weil er „irgendwas Ideelles“ an ihr gut fand. Dazu gehört z. B. die Idee der Überwindung der Klassengesellschaft ebenso wie schlicht die, „den Snobs aus seiner Klasse sagen (zu) dürfen, wo es lang geht“ (ein unter Journalisten zum Glück längst überwundenes Relikt bei der Bekämpfung eigener Minderwertigkeitskomplexe). Er, der Kopf-Sozi, ist dagegen ein notorischer Nonkonformist und Kollektivskeptiker und zeichnet sich durch ungeheures Selbstbewusstsein aus: „Sich in eine Idee einbetten, die größer ist als er selbst, kann er gar nicht, weil er größer ist als jede Idee“, was er auch gerne zur Schau trägt. Das ist verständlicherweise gerade für die für ihre sprichwörtliche Bescheidenheit bekannte Kohorte der Hauptstadtjournalisten schwer zu ertragen.

Kam schon die Durchschnitts Sozi-Frau im bisherigen Text nicht besonders gut weg, so wiederholt sich dieses traurige Bild leider auch beim vierten Idealtypus, der *ASF-Frau*. Dafür ist diese aber – individuell – auf den ersten Blick gleich gut zu erkennen: „Dass man auch ohne Henna gefärbte Kurzhaarfrisur ASF-Vorsitzende werden kann, ist ein Gerücht, das Elke Ferner, die aktuelle Chefin, nicht bestätigen kann.“ Kollektiv betrachtet, als organisierte Frau, ist es der ASF-Aktivistin dagegen als erster Frau gelungen, in der Organisation der SPD komplett zu verschwinden. Quereinsteigerinnen oder gar Siebenfachmütter kennt das gemeine ASF-Mitglied schon gar nicht. Wen wundert's, dass auch

hier der wohlgefällige Blick unseres Schreibers eher in andere Richtungen schweift.

Eine Partei wäre keine Partei, hätte sie keine *Abweichler*, Typus Nr. 5, zu bieten. Abweichlertum gilt – so unser Parteierklärer – bei der SPD sogar als Karriere-Option. Der Abweichler besitzt nämlich die wunderbare Fähigkeit, das komplette Spektrum der SPD zu durchwandern, ohne sich dabei einen Millimeter bewegen zu müssen. Als wahrer Dialektiker erweist sich der Autor, wenn er – obwohl er seine präzise und differenzierte Wahrnehmung hinter dem Begriff der Irritation versteckt – uns dieses Phänomen griffig erklärt: „An dem Begriff irritiert, dass meist nicht der Abweichler abweicht, sondern die SPD.“ Auf diese kluge, ja tiefenpsychologisch durchdringende Weise gelingt es ihm, so unterschiedliche Lebenswege wie die von Oskar Lafontaine, Ottmar Schreiner oder Florian Pronold in einem Idealtypus zu vereinen. Wer hier darauf pochen wollte, dass deren Lebenswege so manche Unterschiede und Bruchlinien aufzuweisen haben, würde wohl nur seine Ahnungslosigkeit zur Schau stellen.

Zu guter Letzt das Schreckensbild noch jedes wohlmeinenden Journalisten, der sich in die Niederungen des realen Parteiendaseins begeben hat: der *Funktionärs-Sozi*. Er wird verkörpert durch – na wen wohl: die Bürgerschreck-Figur Ralf Stegner. Ja, da schaudert's noch jeden *Zeit-Leser* zu Hause auf der Couch. Denn wer weiß nicht, dass sich hinter diesem sechsten Typus in seiner Verallgemeinerung all das Übel verbirgt, das eine Partei wie die SPD immer aufs Neue zurückschleudert? Er hält sie davon ab, sich auf den Weg des doch vorgezeichneten Erfolgs zu begeben, würde sie sich nur auf all die abgewogenen Ratschläge ihrer journalistischen Ratgeber ein- und verlassen. Aber da steht halt an jeder Ecke dieser Funktionärs-Sozi im Weg. Ein Typus, der, so lesen wir, so viel weiß,

weil er viele Bücher hat und viele andere seiner Sorte kennt, die auch viele Bücher haben. Der Autor sagt es nicht, doch schimmert die Vermutung durch, dass es allerdings mit der Lektüre seiner zur Schau gestellten Bände nicht so weit her ist. Der Funktionärs-Sozi trifft sich nämlich gern und oft mit Seinesgleichen, „weil sie dann in der renovierten Altbauwohnung gemeinsam unverstellt links sein können“ (während der Hauptstadtjournalist am Abend nach der Mühsal des Tagwerks mit einem bescheidenen Glas Wein von einem 4 Quadratmeter Plattenbaubalkon seinem Nachbarn von gegenüber zuprostet – ob er da auch unverstellt rechts sein kann?).

Was diese lebensfremden Debatten im Sozi-Altbau (an denen er offenbar schon einmal teilnehmen durfte und sich fürderhin mit Schaudern abgewendet hat) für den wohlmeinenden Betrachter so unerträglich macht ist, dass sich unser Funktionärs-Sozi dort nur die Bestätigung für das holt, was er vorher schon wusste: „Die SPD kann Wahlen nur gewinnen, wenn sie mit dezidiert linkem Profil antritt. Wenn sie so ist, wie der F. gerne wäre.“ Diejenigen hingegen, die nicht in jedem zweiten Satz „soziale Gerechtigkeit“ sagen (die aus Sicht unseres Autors leider allzu selten anzutreffenden Sozialdemokraten, wie er sie sich wünscht), sind dem Funktionär natürlich vor allem dann suspekt, wenn sie in Umfragen auch noch hohe Beliebtheitswerte erreichen. Er dagegen predigt in Talkshows und Zeitungsinterviews so lange den reinen sozialdemokratischen Glauben, bis auch der letzte Wechselwähler (das dürfte der Autor selbst gewesen sein), davon abfällt.

Ressentiments und Vorurteile als Schreibvorlage

Soweit – in gerafften Zügen – der Text, den uns die *Zeit* Mitte Mai auf einer ganzen Seite zum 150. Parteijubiläum präsentierte.

Nun könnte man sicher achselzuckend darüber hinweggehen, schließlich handelt es sich um ein schludrig dahin geworfenes Stück alltäglichen Journalismus mit wenig intellektuellem Tiefgang, dafür umso reicher an boulevardesken Stammtischstereotypen. Journalistisch anspruchsvoll ist das Stück schon deswegen nicht, weil sich der Autor nicht entscheiden konnte, ob er tatsächlich eine beobachtende Reportage oder aber eine Satire präsentieren wollte. So ist ein schlechter Mix von beidem entstanden, in dem der Zustand der SPD allenfalls über das Stilmittel des wohlfeilen Gags beschrieben, aber keineswegs analytisch sezierend erklärt wird. Auf diese Weise wird sie noch nicht einmal – auch dies wäre ja ein legitimes Stilmittel gewesen – deftig satirisch karikiert und damit – möglicherweise – zur Kenntlichkeit hin entkleidet (schließlich ist der Spiegel der Karikatur nicht weniger nahe an der Wirklichkeit als die ein analytischer Text). Der eingangs postulierte Anspruch, „die Sozialdemokratie versteht nur, wer ihre Idealtypen kennt“, erweist so seinen Erklärungsgehalt ungewollt in eine ganz andere Richtung: „Die journalistischen Erzeugnisse von Hauptstadtkorrespondenten versteht nur, wer ihre Ressentiments und Vorurteile kennt.“ Denn dafür ist dieser Artikel ein doch herausragendes Beispiel: Selten hat ein politischer Journalist diesen Ressentiments und Vorurteilen gegenüber dem ihm ressortintern zugewiesenen „Objekt“ seines beobachtenden Schreibens so freien Lauf gelassen.

So what? Nicht ganz. Abgesehen davon dass sich die Zeit besseren Journalismus leisten können sollte, offenbart dieses *Highlight* doch mehr über den aktuellen Zustand des Verhältnisses von Politik und Journalismus, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes war es noch ein selbstverständliches Anliegen gewesen, den Parteien im Rahmen der

politischen Willensbildung innerhalb unseres Verfassungsgefüges (in Art. 21) eine zentrale Mitwirkungsfunktion zuzuschreiben. Zugleich hatten sie mit der Inkraftsetzung einer unbeschränkten Pressefreiheit in Art. 5 eine wichtige Lehre aus der Vergangenheit gezogen und einer freien Presse einen vergleichbar wichtigen Platz im demokratischen Machtgefüge eingeräumt. Daraus hat sich ein jahrzehntelang gepflegtes, nie spannungsfreies, aber doch überwiegend respektvolles wechselseitiges Verhältnis von Politik und Journalismus entwickelt, bei dem sich beide Seiten ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen als Ganzes bewusst blieben. Dieses Verhältnis hat sich gewandelt. In den Augen eines nicht unbeachtlichen Teils der Berliner journalistischen Szenerie gelten Mitglieder und mittlere Funktionsträger (sprich vorrangig die, die auf den unteren und mittleren Ebenen – häufig ehrenamtlich – engagiert für ihre Parteien engagiert unterwegs sind) nur als lästige Bremserin ihren Parteien. Sie hindern so die politischen Akteure an der Spitze daran, das „Richtige“ zu tun. Das Richtige ist natürlich das, was in der Kohorte des Berliner Mainstream-Journalismus für richtig befunden wird und im Zweifel seine höheren Weihen durch die wöchentlich erhobenen demoskopischen Befragungsergebnisse bekommt. Demokratische Willensbildung von unten, auch in und über Parteistrukturen, ist in diesem Szenario eigentlich nicht vorgesehen, allenfalls lästiges Beiwerk. Das gilt wohl auch für die Entscheidung dieser Partei, die Mitgliedschaft über den Weg in eine Koalition entscheiden zu lassen. Dieser Befund über das heutige Verhältnis von Journalismus und Politik muss beunruhigen.

Festzuhalten bleibt: Der Zustand der deutschen Sozialdemokratie im Wahljahr war und ist sicher gelegentlich beklagenswert – der solcher Produkte des deutschen Hauptstadtjournalismus ist allerdings allen-

falls erbärmlich zu nennen. Also kein Trost nirgends? Doch: Wenige Wochen später berichtete derselbe Autor von seiner beauftragten Testwagen-Fahrt Anfang Mai „von den Grünen-Wählern zur FDP“, zu deren Bundesparteitag: „Als Nürnberg in Sicht kommt, ein Selbsterfahrungsschock: Ich bin als Tom Cruise gestartet und komme als Philipp Rösler an.“ Was mit dem FDP-Vorsitzenden bei und nach der Wahl geschah, wissen wir. Und was macht unser Autor so? Genau, er gefällt sich seitdem im wohlfeilen FDP-bashing. Kostprobe: „Die FDP kann wieder feste Nahrung zu sich nehmen ... Und in ganzen Sätzen redet sie auch bereits wieder ...“ Wie wär's stattdessen mit einer kleinen Schreib- oder gar Denkpause? ■

☞ Uli Schöler (*1953) ist Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Der Volljurist arbeitet hauptberuflich im Deutschen Bundestag. Der Text gibt ausschließlich seine persönliche Auffassung wieder. ulrich.schoeler@bundestag.de

Rezension: Anna Siemsen – Bildung und Sozialismus

Zugleich ein Blick in neuere Literatur

von Thilo Scholle

*„Wie also lässt sich eine wahre Demokratie schaffen? Wir antworten darauf: Indem man die politische Demokratie, das Recht des Volkes, seine Gesetzgeber und seine Regierung selber zu wählen, zu einer sozialen Demokratie ausbaut, in der jeder Staatsbürger auch imstande ist, ohne Not und Angst, in Freiheit und in richtiger Erkenntnis seine Entscheidung zu treffen und seinen Anteil an der Verantwortung zu tragen.“*¹

*„Eine wirkliche Demokratie besteht also erst dann, wenn 1. Jeder geschützt ist vor Not und Sorge um seine Existenz, 2. Jeder die Erziehung erhält, die ihn instand setzt, selber sich zu informieren und zu urteilen, 3. Durch Meinungs- und Glaubensfreiheit, Presse- und Organisationsfreiheit jeder sein Urteil zur Geltung bringen kann, und wenn endlich 4. Jeder Anreiz auf Reichtum oder Machtzuwachs durch Irreführung der Menschen wegfällt.“*²

Anna Siemsen (1882 – 1951) gehört bis heute zu den interessantesten sozialistischen Pädagoginnen und Pädagogen. Trotzdem geriet ihr intellektuelles Erbe in der Bundesrepublik schnell in Vergessenheit. Daher fällt ins Auge, dass in den letzten beiden Jahren gleich drei spannende Dissertationen zu Siemens Werk und pädagogischem Wirken veröffentlicht wurden.³

Am 18. Januar 1882 in Mark bei Hamm in Westfalen als Pfarrerstochter geboren, studierte sie nach dem Abitur Germanistik, Philo-

1 Anna Siemsen, Einführung in den Sozialismus, Hamburg 1947, S. 10.

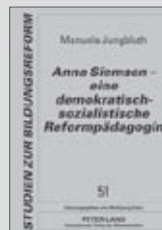
2 Ebd. S. 9.

3 Im Jahr 2012 widmete sich ihr auch ein Symposium im Archiv der Arbeiterjugendbewegung in Oer-Erkenschwick. Ein Teil der Beiträge ist in Heft 2012-II der Mitteilungen des Archivs angedruckt. Siehe auch den Beitrag zu Anna Siemsen in: Peter Faulstich/Christine Zeuner, Erwachsenenbildung und soziales Engagement, Bielefeld 2001, S. 172 – 203.



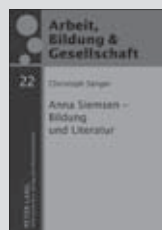
Alexandra Bauer
Das Leben der Sozialistin Anna Siemsen und ihr pädagogisch-politisches Wirken

385 Seiten, 39,95 €
Peter Lang Verlag,
Frankfurt am Main 2012



Manuela Jungbluth
Anna Siemsen – eine demokratisch-sozialistische Reformpädagogin

417 Seiten, 61,95 €
Peter Lang Verlag,
Frankfurt am Main 2011



Christoph Sängler
Anna Siemsen – Bildung und Literatur

368 Seiten, 54,80 €
Peter Lang Verlag,
Frankfurt am Main 2011

sophie und Latein in München, Münster und Bonn, wo sie 1910 ihr Studium mit einer Promotion abschloss. Anschließend arbeitete sie als Lehrerin zunächst in Bremen und dann ab 1915 in Düsseldorf. Mit Ausbruch des 1. Weltkrieges begann sich Siemsen zunehmend zu politisieren. Im Jahr 1917 schloss sie sich dem pazifistischen „Bund neues Vaterland“ an, im Jahr 1919 auch der USPD. Zugleich betätigte sie sich u.a. im „Bund Entschiedener Schulreformer“ sowie im „Verband sozialistischer Lehrerinnen und Lehrer“. Nach einer kurzen Zeit als Mitarbeiterin im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin amtierte sie in den Jahren 1920 und 1921 als Beigeordnete für das Fach- und Berufsschulwesen in Düsseldorf, bevor sie dieselbe Aufga-

be in Berlin übernahm. Nach ihrer Rückkehr mit der Rest-USPD in die SPD 1922 gehörte sie bald zu den profiliertesten Bildungspolitikerinnen mit Beachtung über die Partei hinaus.

Ein Engagement im kurzzeitig von SPD und KPD regierten Thüringen gelang im Jahr 1923 nur halb, als sie zwar gegen massive Widerstände von Professoren und Studierenden zur Honorarprofessorin an der Universität Jena ernannt wurde, ihre Tätigkeit als Oberschulrätin aber schon mit dem Ende der SPD/ KPD-Regierung wieder aufgeben musste.

In den folgenden Jahren war Siemsen vor allem als Publizistin und Dozentin, unter anderem an der Heimvolkshochschule Schloss Tinz bei Gera tätig. Vor allem in der Sozialistischen Arbeiterjugend, aber auch bei den Jungsozialisten erlangte Siemsen als Volksbildnerin einige Bedeutung.⁴ Hier gehörte sie zu den regelmäßigen Autorinnen der „Jungsozialistischen Blätter“, und fungierte mit Max Adler und Engelbert Graf als Herausgeberin der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“, für die sie auch die Broschüren „Politische Kunst und Kunstpolitik“ sowie „Religion, Kirche und Sozialismus“ beisteuerte. Zudem veröffentlichte sie u.a. Reiseberichte⁵ und literarische Anthologien.⁶ Als der SPD-Parteitag in Leipzig im Mai 1931 den Verband der Jungsozialisten sang- und klanglos auflöste, schrieb Siemsen in der letzten Ausgabe der Jungsozialistischen Blätter unter der Überschrift „Die Jungsozialisten sind tot? Es lebe der Jungsozialismus!“, „Was ist es, was wir im Jungsozialismus sahen (...) ? Sagen wir's in zwei Worten: die Bereitschaft zu marxistischer Analyse der Gegenwart und der Wille, die so gewonnene Erkenntnis in kämpfende Tat umzusetzen.“⁷ Von 1928 bis 1930 gehörte sie für die SPD dem Reichstag an, legte dieses Mandat aber aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig nieder.

Siemensens Missbilligung des politischen Kurses der Parteiführung mündete schließlich gemeinsam mit ihrem Bruder August in ihrem Austritt und Anschluss an die Sozialistische Arbeiterpartei im Herbst 1931.⁸ Hier betätigte sie sich zunächst v.a. publizistisch sowie als Mitglied im Parteivorstand, verließ die Partei aber bereits vor ihrem Verbot durch die nationalsozialistischen Machthaber im Jahr 1933 wieder, weil sie den zunehmend autoritären Kurs der Parteiführung nicht teilte.

Dass Anna Siemsen auch über eine scharfe politische Urteilskraft verfügte, zeigt ihre Einleitung zu einem von ihr 1931 herausgegebenen Erläuterungsband zu den sozialdemokratischen Parteiprogrammen, der als Schulungsmaterial der von ihr mitbegründeten SAP gedacht war. Siemsen schreibt darin in Bezug auf die politische Situation des Jahres 1931, „(...) Der politische Kampf spielt sich jetzt in Deutschland ab zwischen der offen terroristischen Reaktion Hitlers und der legalen, aber ebenso antidemokratischen Reaktion der Zentrumskreise und der ihnen nahestehenden Mächte. Gedeckt werden diese Verhandlungen durch die Reichswehr, welche durch Groener, der Reichswehr- und Innenministerium vereinigt, jetzt auch die Kontrolle über die Polizei erhalten hat. Schärfste Pressezensur durch die Polizei, generelles Demonstrationsverbot und Beschränkung der Versammlungsfreiheit haben eine offene Diktatur soweit vorbereitet, daß ein Diktator nur noch eingesetzt zu werden braucht, um den fertigen Apparat spielen zu lassen. (...) Wir befinden uns ganz eindeutig in der letzten Phase vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese nicht auf dem Wege eines Putsches, sondern auf legale und sogar parlamentarische Weise erfolgen. (...)“⁹ Schon 1931 waren also erste Anzeichen des drohenden Unheils durchaus zu erkennen.

4 Vgl. Thilo Scholle/ Jan Schwarz, Wessen Welt ist die Welt?, S. 82–83.

5 Vgl. z. B. Anna Siemsen, Daheim in Europa, Jena 1928.

6 Vgl. z. B. Anna Siemsen, Der Weg zur Gemeinschaft, Leipzig 1927.

7 Anna Siemsen, Die Jungsozialisten sind tot? Es lebe der Jungsozialismus!, in: Jungsozialistische Blätter 7 (1931), S. 201f.

8 Vgl. zu August Siemsen ders., Die Tragödie Deutschlands und die Zukunft der Welt. Aufsätze und Reden, Hamburg 1947, sowie ders., Anna Siemsen, Leben und Werk, Hamburg 1951.

9 Anna Siemsen, Auf dem Wege zum Sozialismus. Kritik der sozialdemokratischen Programme von Erfurt bis Heidelberg, Berlin 1931, S. 11f.

Anna Siemsen gelang 1933 die Flucht in die Schweiz, wo sie die NS-Zeit geschützt durch die Heirat mit dem schweizer Sozialisten Walter Vollenweider überstand. Nach dem Krieg ließ Siemsen sich im Dezember 1946 in Hamburg nieder. Der berufliche Wiedereinstieg misslang jedoch weitgehend. Eine ordentliche Professur an der Universität Hamburg blieb ihr verwehrt, und auch die angebotene Tätigkeit in der Lehrerbildung konnte sie nur eingeschränkt wahrnehmen. Trotzdem wirkte Siemsen wiederum gerade auf den jungen Teil der wiederentstehenden Arbeiterbewegung. Anna Siemsen starb am 22.01.1951 in Hamburg.

Alexandra Bauer arbeitet in ihrem Text interessante Aspekte von Siemens allgemeinen bildungspolitischen Vorstellungen heraus. So stellt Bauer einleitend fest, Ausgangspunkt sei für die Siemsen die Feststellung der Erziehungsfähigkeit wie auch der Erziehungsbedürftigkeit des Menschen gewesen. Bezogen auf ihre konzeptionellen pädagogischen Überlegungen habe dies vor allen bedeutet, dass es keine Erziehung ohne Gemeinschaft und keine Erziehung abseits der Gesellschaft geben können. Bauer kritisiert dabei, Siemens Gesellschaftsbegriff selbst sei unscharf und zu pauschal gewesen. Mit dieser Feststellung trifft Bauer sicherlich einen wichtigen Aspekt. Zugleich macht Bauer selbst aber auch deutlich, dass dies nicht gleichbedeutend mit völliger Abgewandtheit von den tatsächlichen Verhältnissen sein muss.

Einen stärkeren Fokus auf die institutionellen Aktivitäten von Siemsen legt Manuela Jungbluth, die beispielsweise auch Siemens Positionierungen in den bildungspolitischen Debatten der Weimarer Republik vorstellt. Die Beschreibung von Siemens beruflichem Werdegang als Pädagogin und Schulreformerin gelingt Jungbluth schlüssig und informativ. Auch der kleinere zweite Teil der Dissertation zu Siemens pädagogischen Ansätzen ist informativ. Hier arbeitet Jungbluth unter anderem überzeugend heraus, wie intensiv Siem-

sen an Ansätzen zur Verbindung von geistiger und körperlicher Tätigkeit im Bildungssystem gearbeitet hat. Arg verkürzt sind einige Einschätzungen zur Sozialdemokratie der Weimarer Republik.

Im Mittelpunkt der Dissertation Christoph Sängers steht das Kunst- und Literaturverständnis Anna Siemens. Auch Sängers nimmt Siemens Positionierung von Erziehung und Gesellschaft zum Ausgangspunkt. Siemsen sei fest davon überzeugt gewesen, dass Literatur Menschen prägen und damit letztlich auch das Bild, das sich Menschen von der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten machen, beeinflussen könne. Dabei sei Siemsen durchaus davon überzeugt gewesen, dass es in diesem Sinne „gute“ und „schlechte“ Literatur gab. Zugleich erkannte sie aber an, dass Menschen durchaus einerseits qualitativ hochwertige Literatur, und andererseits auch simple Unterhaltungsstücke lesen können, ohne davon zwangsläufig geprägt zu werden. Eine weitere Stärke des Buches von Sängers ist der dichte und ausführliche Überblick über die einschlägigen Texte Siemens. Sängers stellt fest, dass Siemsen bereits in den 20er Jahren Pionierarbeiten u.a. im Bereich des internationalen Schulbuchvergleichs geleistet habe, die in späteren Rückblicken auf die Entwicklung der Germanistik in Deutschland völlig unter den Tisch gefallen seien.

Die drei Bücher sind allesamt lesenswerte Beiträge nicht nur zur Vorstellung und Würdigung des Lebens und Denkens von Anna Siemsen, sondern auch zur Rekonstruktion eines ehemals zentralen Handlungsfeldes der Arbeiterbewegung, der Pädagogik. Im Kern geht es um die Frage, wie der Mensch seine grundsätzliche Fähigkeit zum Guten in konkretes Handeln umsetzen kann. Ein Blick in Anna Siemsen Werke kann hier auch heute noch interessante Einsichten bieten. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.


Rezension: Michael Th. Greven – Systemopposition

von Thilo Scholle

Um die „APO“ und die „68er“-Bewegung ist es in der Publizistik weitgehend ruhig geworden. Waren noch zum 40. Jahrestag des Ereignisses „68“ im Jahr 2008 eine ganze Reihe von Publikationen erschienen, so tauchen mittlerweile nur noch gelegentlich neue Texte auf. In der öffentlichen Wahrnehmung ist vor allem eine Lesart bestimmend, die der Studentenbewegung zwar einen Beitrag zur Modernisierung im Bereich der Gesellschaftspolitik zubilligt, ansonsten aber wenig Bleibendes feststellen möchte. Einige Autoren beschäftigt zudem die Frage, wie denn die APO der 60er Jahre mit den politischen Radikalisierungen im Bereich von K-Gruppen oder RAF zusammenhing.

Michael Th. Greven, kurz nach seiner Emeritierung im Jahr 2012 verstorbener Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, tritt solchen Lesarten entgegen. Ausgangspunkt von Grevens Buch ist die Feststellung, dass es „die“ APO oder „die“ 68er-Bewegung nicht gab. Zwar lassen sich unter den Begriff der „Systemopposition“ offensichtlich viele Debatten der Zeit fassen – zum konkreten politischen Inhalt, zu zeitgenössischer Gesellschafts- oder Kapitalismusanalyse sowie zu den politischen Zielen ist damit aber noch wenig ausgesagt. „Systemopposition“ definiert Greven hier recht allgemein als über das bestehende System hinausgehendes Denken. Konkreter wird es an einer der zentralen Unterscheidungen, die er in Bezug auf die „APO“ treffen möchte: Greven unterscheidet zwischen „außer-parlamentarischem“ und „anti-parlamentarischem“ Denken. Daher lasse sich bei vielen Radikalisierungen der 1970er Jahre auch nicht von einem Zerfall der APO sprechen. Dabei kommt Greven nicht zu allzu einfachen Schlussfolgerungen darüber, wohin politisch „anti-parlamentarisches Denken“ geführt haben könnte. Im Gegenteil: Leitende Frage ist, in welchen Formen sich „Systemopposition“ politisch artikulieren kann, und dies sowohl in par-

Michael Th. Greven
Systemopposition



Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre

301 Seiten, 36,00 €
Verlag Barbara Budrich,
Opladen 2011

lamentarismuskritischer wie auch in außerparlamentarischer Aufstellung.

Greven wollte kein systematisches und umfassendes Buch über politisches Denken in der Studentenbewegung der 1960er Jahre vorlegen. Angesprochen werden einzelne Aspekte, wie das Revolutionsverständnis, die politische Anthropologie Rudi Dutschkes, die Diskussion von „Privatheit“ und „Öffentlichkeit“, Demokratiekritik sowie das Thema „Frauenemanzipation“. Die einzelnen Kapitel fördern viele interessante Betrachtungen zutage. Deutlich wird immer wieder, wie umstritten schon die jeweilige Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten und daraus abgeleitet der politischen Schlussfolgerungen war. Letztendlich hält Greven den „Wunsch nach einer endgültig befreiten, gerechten und emanzipierten Weltgesellschaft“, wie er im systemoppositionellen Denken insgesamt zum Ausdruck gekommen sei, für vergeblich. Glücklicherweise könnten sich diejenigen nennen, die im Wissen um die Vergeblichkeit der Verwirklichung von wahrer Demokratie und endgültiger Gerechtigkeit an ihrem Engagement für beides nicht verzweifeln. Insgesamt ist Michael Th. Greven damit ein origineller und lesenswerter Blick auf die politisch-theoretischen Debatten innerhalb der Linken der späten 60er-Jahre gelungen. ■

↳ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Arbeitspolitischer Neustart in einem pathologisch gewordenen Kapitalismus

Göttinger Industriesoziologie zur Lektüre empfohlen

von Richard Detje und Klaus Pickshaus

Tendieren Lernfortschritte gen Null? Man mag diesen Eindruck haben, wenn man die Debatten über die Notwendigkeit der Re-Regulierung entfesselter Finanzmärkte aus dem Jahr 2009 mit der heutigen Politik abgleicht.

Es mag aber auch ein anderer Blick zutreffend sein. Einer, bei dem sich vor der Krise durchaus gängige Vorstellungen über ökonomischen und sozialen Strukturwandel als naiv und illusorisch herausgestellt haben: wie Alan Greenspans fixe Idee einer „vermögensbetriebenen“ Akkumulation – deren Fan Gerhard Schröder war –, oder die von Barry Eichengreen wiederholte Ausrufung einer „postindustriellen“ Gesellschaft. Hört man in die heutigen Debatten hinein, ist viel von einer „Renaissance der Industrie“ die Rede. In der Rolle Deutschlands ist das am augenfälligsten. Dem einstigen „Nachzügler im Strukturwandel“ werden mittlerweile Modellqualitäten zugeschrieben.

Doch hüten wir uns, das eine Schlagwort gegen das andere auszutauschen. Deshalb sei ein Blick in das „Jahrhundert der Industriearbeit“ empfohlen.¹ Unter diesem Titel hat Michael Schumann, Senior-Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI), die Etappen eines langen Jahrhunderts² beschrieben, dessen Anfänge im Fahrzeugbau in die 1890er Jahre zurückreichen und dessen Ende offen ist. Von der Facharbeiterfabrik der Daimler-Motoren-Gesellschaft über die tayloristische Arbeitsorganisation industrieller Massenfertigung bis zu neuen Produktions-

konzepten und aus dem Toyotismus hervorgegangenen ganzheitlichen Produktionssystemen.

Eine sich durch diese Etappen ziehende Zentralthese lautet: Die industrielle Entwicklung ist nicht technisch determiniert. „Arbeitspolitische Konzepte entscheiden über ihre unterschiedlichen Gesichter. Im Wandel dieser Konzepte war entscheidend, ob allein die ökonomischen Anforderungen des Wertschöpfungsprozesses die Arbeitsgestaltung bestimmen können oder neben Wertschöpfungsüberlegungen auch solche der Sozialverträglichkeit in die Konzepte eingehen. Dabei zeigen die Geschichte der Industriearbeit und die Veränderungen der arbeitspolitischen Konzepte, welches Gewicht die jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben“ (S. 34). Man werfe einen Blick in den schwarz-roten Koalitionsvertrag, um einen Eindruck davon zu erhalten, in welchen Maße bis heute technologische Engführung die Wahrnehmung industrieller Entwicklung bestimmt (neue Produktionstechnik und neue Werkstoffe, IT-Plattformen und Elektromobilität), wie sehr die Wettbewerbslogik in den Vordergrund geschoben wird und „Arbeit“ letztlich subaltern bleibt: als prekarierte ist sie wieder zu einem Thema politischer Regulierung geworden, aber Arbeitspolitik – also die Gestaltung der Erwerbsarbeit in ihren nach wie vor in Industrie und Dienstleistungen vorherrschenden lohnabhängigen Formen – scheint kein bedeutsames großkoalitionäres Handlungsfeld zu sein.

Das ist ein großes Versäumnis, resultierend aus mangelhafter Zeitdiagnose. Ein Vergleich

¹ Michael Schumann: Das Jahrhundert der Industriearbeit. Soziologische Erkenntnisse und Ausblicke. Mit einem Nachwort von Klaus Dörre. Weinheim und Basel 2013.

² Interessant der Unterschied zu Eric Hobsbawms nach politischen Eckpunkten vermessenes „kurzes 20. Jahrhundert“ von 1914 bis 1989.

drängt sich vor dem Hintergrund der Untersuchungen Schumanns auf. „Technischer Fortschritt“ führte unter dem Regime tayloristisch-fordistischer Arbeits- und Produktionsorganisation zu einer „Polarisierung“ von repetitiver Teilarbeit und eben nicht verallgemeinerter qualifizierter Automationsarbeit – so das Ergebnis der Untersuchung über „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“. Die Antwort der sozialliberalen Koalition in den 1970er Jahren lautete „Humanisierung des Arbeitslebens“ (HdA), um durch staatliche Intervention auf die Politik der Unternehmen Einfluss zu nehmen.

Heute lautet das Gestaltungs-Label Gute Arbeit. Sie kann an Schumanns Untersuchungen im SOFI („Ende der Arbeitsteilung?“, „Trendreport Rationalisierung“) anknüpfen und Praxen innovativer Arbeitspolitik („Auto 5000“ bei Volkswagen) konzeptionell nutzen. Doch auch hier geht es nicht um gute Argumente und „bestpractices“, sondern um „politisch-gesellschaftliche Kräfteverhältnisse“.

Um die zu verändern bedarf es Agenda Setting – beim Mindestlohn durchaus erfolgreich – auf dem Feld der Arbeitspolitik. Dieses muss gegen starke Widerstände von Unternehmensverbänden durchgesetzt werden, die ihr „Modell“ flexibilisierter und intensivierter Ausprägung von Arbeitsleistung als Standortvorteil propagieren statt auf längerfristig tragfähigere Innovationen qualifizierter Arbeit zu setzen. Nur mit entschiedenen Gewerkschaften ist dagegen anzukommen. Doch die machen gegenwärtig noch einen unentschlossenen Eindruck. Arbeits-, Gesundheitsschutz und alternsgerechte Arbeitsbedingungen ja, aber vor dem maßgeblichen Feld der Leistungs politik scheinen sie zurückzuschrecken. Einerseits nachvollziehbar, handelt es sich doch um das am hartnäckigsten von Kapitalseite verteidigte Zentrum von Wertschöpfung und Unternehmenssteuerung. Andererseits ein Fehler angesichts extremer Arbeitsverdichtung, wachsenden Arbeitsanforderungen,

kurzen Arbeitstakten, gedeckelter Qualifizierung, blockierten Kanälen zwischen Shop floor und indirekten Bereichen, restriktiven Budget- und strikten Zeitvorgaben. Burn out ist die Spitze eines Eisbergs, Chiffre für einen pathologisch gewordenen Kapitalismus.

„Es wäre gefordert, auf die gegenwärtige Krisenkonstellation mit einem Pfadwechsel in Richtung innovativer Arbeitspolitik zu antworten“, schlussfolgert Schumann, mit einem „gesellschaftliche(n) Reformprogramm, das entscheidende Systemkorrekturen vornimmt und dabei Wirtschaftsdemokratie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts neu einbringt“ (S. 37). Akteure dafür gäbe es. Jene, die Arbeitsleid, Zumutungen, Fremdsteuerung erfahren und daran gehindert werden, ihre Ansprüche an gute und gesellschaftlich nützliche Arbeit umzusetzen und ihr eigenes Leben zwischen Beruf und Partnerschaften zu balancieren. Doch diese Akteure haben die politischen Verhältnisse in dieser Republik zumeist als verriegelt und fremdgesteuert erfahren. Daraus erwächst rückschlagend nicht Aufbruch, sondern – wie die „Werftstudie“ des SOFI früh zeigte – „arbeitspolitischer Konservatismus“. Das muss nicht sein, das ließe sich aufbrechen. Mit neuen gewerkschaftlichen und politischen Initiativen. Der Afa-Vorsitzende Klaus Barthel hat kürzlich (DGB-Gegenblende, 10.9.2013) für einen Neuanlauf in Richtung HdA plädiert. Im Koalitionsvertrag ist das mit der Absicht aufgenommen, ein neues Förderprogramm zur Beschäftigungssicherung und Humanisierung der Arbeitswelt aufzulegen. Das ist noch nicht der dringend erforderliche Neustart innovativer Arbeitspolitik. Doch die – angesichts diverser Finanzierungsvorbehalte keineswegs sichergestellte – Umsetzung dieses Vorhabens könnte vielleicht als Initialzündung wirken. ■

↳ Richard Detje ist Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter von Wissenstransfer.

↳ Klaus Pickshaus ist Leiter des Funktionsbereichs Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik beim Vorstand der IG Metall.

DL 21 Aktuell

„Nach der Bundestagswahl – Herausforderungen an die SPD-Linke“ war der Titel der diesjährigen Herbsttagung, die DL21 und spw am 29. und 30. November 2013 in Berlin abhielten.

Den Auftakt machten Karsten Voigt und Gabriele Witt mit einem Sofagespräch am 29. November. Im gut gefüllten taz-Café stellten die beiden ehemaligen Protagonisten des Frankfurter Kreises dar, wie sich die Herausforderungen an die SPD-Linke ihrer Meinung nach gewandelt haben. Gabriele Witt, die im Frankfurter Kreis die Arbeitsgemeinschaft Sicherheitspolitik geleitet hatte, betonte, dass nur über die Mitgliedschaft in der SPD deren Politik beeinflusst werden könne. Der langjährige Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt erklärte, links zu sein bedeute, mit dem was sei, nie zufrieden zu sein.

Am 30. November fand die eigentliche Tagung im IG-Metallhaus Berlin-Kreuzberg statt, zu der sich rund 100 Interessierte angemeldet hatten. In ihrer Eröffnungsrede ging die DL21-Vorsitzende Hilde Mattheis auch auf das anstehende Mitgliedervotum ein und erläuterte den am Abend zuvor gefassten Beschluss des DL21-Vorstandes. Darin hatte der erweiterte Vorstand festgehalten, dass sowohl die Zustimmung als auch die Ablehnung des Koalitionsvertrages respektiert werden müsse. Die DL21 werde keine Empfehlung für das Votum abgeben. Der Beschluss kann unter www.forum-dl21.de eingesehen werden. Dort finden sich auch Informationen dazu, wie einzelne Vorstandsmitglieder zur großen Koalition stehen.

Der spw-Chefredakteur, Stefan Stache, erklärte in seinem Grußwort, dass auch ein „Nein“ beim Votum ein verantwortungsvolles Handeln darstelle. Darüber hinaus betonte er, wie notwendig sozial-ökologische Reformkonstellationen für Deutschland und Europa

seien, worauf die Linke in der SPD hinwirken müsse.

Jan Stöß, der Vorsitzende der Berliner SPD, hob die Bedeutung der DL21 für die SPD-Linke hervor. „Unsere Forderungen sind jetzt in der Mitte der Partei angekommen“, sagte er.

Im Anschluss referierte Prof. Dr. Bernhard Weißels vom Wissenschaftszentrum Berlin seine Analyse der Bundestagswahl. Er machte deutlich, dass die inhaltlichen Unterschiede zwischen SPD- und CDU-Wählern nach wie vor erheblich seien. Diese Unterschiede müsse die Partei daher deutlich herausarbeiten. Die SPD solle Lagerwahlkampf betreiben. Dazu müssten Differenzen aufgezeigt werden, die zu Konflikten führten. Die Herausforderung bestehe darin, dass sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler Veränderung wollten. Um sie zu überzeugen, brauche die Partei „Visionen statt der Ankündigung der guten Verwaltung des Mangels.“ Für einen Wahlerfolg müsse der/die Spitzenkandidat/in der Partei außerdem deren Werte verkörpern. Dies sei im Fall von Steinbrück in der Wählerwahrnehmung nicht der Fall gewesen.

Diese Aussage stütze auch Prof. Dr. Gerd Mielke von der Universität Mainz in seinem Vortrag, in dem er sich mit den Herausforderungen an die SPD für die nächsten Jahre befasste. Die Partei bringe immer wieder Spitzenkandidaten hervor, die nicht zu ihr passten. Als größten Fehler der Sozialdemokratie der vergangenen Jahre bezeichnete er den Abbau des Wohlfahrtsstaates und die Abkehr vom Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit unter Kanzler Schröder. Verteilungsgerechtigkeit sei nämlich die Voraussetzung dafür, Chancengerechtigkeit zu schaffen. Die Zustimmungswerte zum Prinzip der Wohlfahrtstaatlichkeit und der Verteilungsgerechtigkeit lägen nach wie vor bei 60 bis 70 Prozent



– ein nicht unerhebliches Wählerpotenzial. Prof. Mielke kritisierte die ideologische Verengung, die seit 1999 in der Führungsspitze der SPD stattgefunden habe. Wichtig ist seiner Meinung nach, dass die Ortsvereine sich stärker in die Milieus vor Ort begeben, so wie dies in Hannover bereits praktiziert worden sei.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Wohlfahrtstaatlichkeit nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene wieder etabliert werden müsse. Kritisiert wurde, dass weder Keynes noch Bourdieu in den Debatten innerhalb der SPD noch eine Rolle spielten. Dies müsse sich ändern.

Nach der Mittagspause diskutierten Hilde Mattheis, PL-Sprecher Ernst Dieter Rossmann, der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, Jan Stöß, und Juso-Chef Sascha Vogt darüber, vor welchen Herausforderungen die SPD-Linke in Zukunft steht. Moderiert wurde die Runde von ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel. Hinsichtlich der Beurteilung des Koalitionsvertrages gab es unterschiedliche Meinungen. Allerdings betonten alle Diskutanten, dass die SPD sich, sollte es zu einer großen Koalition kommen, inhaltlich deutlich von den Unionsparteien abgrenzen müsse.

Sascha Vogt sagte für den Fall, dass es zu einem Bündnis mit CDU und CSU komme, dürfe die Partei zudem nicht aus den Ministerien regiert werden. Dann müsse die SPD-Linke außerdem dafür werben, auch Forderungen durchzusetzen, die jetzt nicht im Koalitionsvertrag stünden. Auch Ernst Dieter Rossmann erklärte, das Thema Steuererhöhungen für Reiche werde im Laufe der kommenden Legislaturperiode noch eine Rolle spielen. Ralf Stegner ging noch einmal auf das Wahlergebnis der SPD ein. Neben der neoliberalen Politik der Schröder-Ära machte er dafür auch die Verachtung der Partei für ihre Stammwähler verantwortlich. Hilde Mattheis

lobte den Reformkurs, den die SPD seit 2009 eingeschlagen habe. Und es sei ein sehr mutiger, aber konsequenter Schritt, dass jetzt die Parteibasis die Entscheidung über einen Eintritt in die Große Koalition treffe. Deutliche Bedenken äußerte sie gegenüber einer möglichen großen Koalition. Sie stelle sich die Frage, ob sich mit den kleinen Bausteinen, die sich im Koalitionsvertrag wiederfänden, eine Verbesserung für die Menschen in diesem Land erreichen lasse, oder ob man dafür nicht eine „lange rote Linie“ brauche. Ausdrücklich lobten alle Podiumsgäste das Wahlprogramm als das linkste, das die Partei seit Jahrzehnten hervorgebracht habe. Dies sei vor allem ein Erfolg der Parteilinken.

Im Anschluss stellte sich Manuela Schwesig den Fragen der Zuhörerinnen und Zuhörer. Die stellvertretende Parteivorsitzende gestand, auch sie habe bei einigen Punkten im Koalitionsvertrag zunächst einmal geschluckt, warb aber trotzdem für eine Zustimmung zu dem Vertragswerk. Allerdings zeigte sie auch Verständnis für jene im Publikum, die ankündigten mit „Nein“ stimmen zu wollen.

In seinem Schlusswort erklärte der stellvertretende DL21-Vorsitzende Knut Lambertin, es gehe über den Tag des Mitgliedervotums hinaus darum, gesellschaftliche Mehrheiten für linke Positionen zu erstreiten. „Wir müssen zeigen, dass wir Alternativen zu den bestehenden Angeboten im Politikbetrieb haben“, forderte er. ■

Gratulation

Wir gratulieren unserer Herausgeberin Andrea Nahles zu ihrer Wiederwahl als SPD-Generalsekretärin. Außerdem gratulieren wir unseren Herausgebern Niels Annen, Florian Pronold und Carsten Sieling zu ihrer Wahl in den Parteivorstand.

Denkwerk Demokratie: Ein neues Magisches Viereck II

Das Denkwerk Demokratie hat seinen ersten Werkbericht „Ein neues Magisches Viereck“ in mehreren Workshops weiterentwickelt. Herausgekommen sind ein Eckpunktepapier und ein Gesetzentwurf. Beides wird im vierten Werkbericht des Denkwerks dokumentiert.

„Vorgeschlagen wird ein konkretes Konzept für eine Wirtschaftspolitik, die sich an den Zielen der fiskalischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit orientiert (‘‘neues Magisches Viereck’’); heißt es dazu auf der Seite Denkwerks.

Der Werkbericht enthält außerdem eine Kurzfassung einer Folgestudie, die mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung verwirklicht wurde, in der es unter anderem darum geht, wie das „Neue Magische Viereck“ realisiert werden kann.

► **Denkwerk Demokratie:**
Ein „Neues Magisches Viereck“, Werkbericht Nr.4, November 2013.

Online abrufbar unter: http://www.denkwerk-demokratie.de/wp-content/uploads/2013/11/DD_Werkbericht_4.pdf

Fünf Fragen an... Michael Rüter



⇨ Michael Rüter

Foto: privat

Zur Person: Michael Rüter, geboren am 13.07.1963 in Wanne-Eickel, verheiratet, 2 Kinder. Seit 1983 Mitglied der SPD, IG BCE und AWO. u.a. Geschäftsführer der LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen, IUSY Vize Präsident (1991-1995), Sprecher des deutschen Komitees für internationale Jugendarbeit (1994-1995), Juso-Bundesgeschäftsführer (1997-1998), Abteilungsleiter Organisation beim SPD-Parteivorstand, SPD-Landesgeschäftsführer Niedersachsen. Seit 19.02.2013 Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Niedersachsen beim Bund.

spw: Welche politischen Debatten haben Dich inhaltlich am meisten geprägt?

Absolut prägend waren in meiner Juso-Zeit die Debatten um die Fragestellungen zur „Doppelten Umverteilung“ – also der besseren und gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands zwischen den Klassen (Schichten) und der gerechteren Verteilung von Macht zwischen den Geschlechtern. Zugespitzt formuliert: Wenn es besser gelingt die Macht zwischen den Geschlechtern zu verteilen, wird es auch leichter und besser gelingen den Wohlstand zu verteilen.

» **M.R.:** Aus heutiger Perspektive lässt sich m.E. feststellen, dass die Debatten, die die Jusos „damals“ geführt haben, wesentliche Grundlage für die Regierungswechsel 1998 waren. Die Einführung z.B. der Quote (erst parteiintern, jetzt auch für Aufsichtsräte) und die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns sind „späte Früchte“ der Debatte.

Aus meiner Sicht ist es jetzt dringend geboten weitere Umverteilungsdimensionen und daraus resultierende gesellschaftliche Fehlentwicklungen in den Blick zu nehmen.

Die Möglichkeiten einigermaßen vergleichbare Start- und Lebensbedingungen innerhalb Deutschlands (Nord-Süd / Ost-West) aber vor allem auch im europäischen und internationalen Kontext zu erreichen, haben sich in den letzten Dekaden nicht wirklich verbessert. Das ist eine der „Herkulesaufgaben“ der nächsten Jahre.

spw: Gibt es Inhalte und Erfahrungen aus Deiner Juso-Zeit, die Dir auch heute noch wichtig sind?

» **M.R.:** Eine ganz besonders wichtige Erfahrung aus meiner Juso-Zeit, aber auch aus der Zeit in den Jugendverbänden und -strukturen, war die Notwendigkeit aus Minderheitenpositionen Mehrheiten innerhalb des Verbandes (später auch in der Partei) und in Jugendstrukturen schaffen zu können.

Politik und politische Ziele werden erst dann bedeutsam, wenn die Möglichkeit besteht, die Inhalte und Ziele auch umsetzen zu können. Dazu gehört Überzeugungsarbeit und die Kapazität, Menschen zu sammeln – und das nicht nur weil man der Überzeugung ist, auf dem richtigen Weg zu sein, sondern auch weil man gesellschaftliche Veränderung auch wirklich umsetzen will.

Argumentative Tiefe, Schärfe und Breite gehören dabei genauso dazu, wie die strategische Fähigkeit, sich in die Argumentation derjenigen reinenden zu wollen und zu können, die auf dem Weg mitgenommen werden wollen und sollen.

Der Respekt und die Freude mit dem auf „andere“ zugegangen wird, ist häufig die erste erfolgreiche Etappe auf dem Weg zur Mehrheitsbildung. Aus meiner Sicht gehört

das zum strategischen „Ein mal Eins“ für erfolgreiche Jugendverbands- und Veränderungspolitik.

Daraus lässt sich ableiten, dass der Weg sich als Jusos auch als Jugendverband zu begreifen und eine stärkere Jugendorientierung einzuleiten und umzusetzen von zentraler Bedeutung war. Jusos sind „nicht nur Richtungsverband“ sondern müssen auch Jugendverband sein. Eine Jugendorganisation – das gilt insbesondere auch für die Jusos – muss die Interessen ihrer Zielgruppen kennen, erkennen und in der Lage sein mit „ihrer“ Zielgruppe auf Augenhöhe zu kommunizieren – kurz gesagt: Die Zielgruppe muss auf dem Weg zur Mehrheit mitgenommen und gewonnen werden!

Gerade die Jugendorientierung wird in den nächsten Jahren noch bedeutsamer werden. Der demographische Wandel wird zwangsläufig dazu führen, dass Themen und Fragestellungen von Jugendlichen, weniger durch sie selber, sondern durch die gesellschaftliche Mehrheit für die „Jugend stellvertretenden“ formuliert und damit dominiert werden. Es besteht die Gefahr, dass die Debatten über Jugendliche weniger selbstbestimmt, sondern eher „fremdbestimmt“ entwickelt und formuliert werden.

spw: Du warst für die Jusos lange Jahre auch international aktiv – als IUSY-Vize und im DNK. Welche internationalen Themen sind für dich aktuell am wichtigsten?

» **M.R.:** Wie und je, stehen die Verteilungsfragen nach wie vor ganz oben auf der Agenda. In ihrer Dramatik hat die Frage von Energieverwendung und -erzeugung, wie aber auch der effektivere Ressourcenverbrauch – oder kurz gesagt: der „Nichtverbrauch“ – deutlich zugenommen.

Kurz- bis mittelfristig muss es der Staatengemeinschaft gelingen, verlässliche de-

mokratische Strukturen aufzubauen, die jenseits Europas – genauer der EU (da befinden wir uns im Vergleich zu anderen Regionen der Welt, noch auf dem besten Weg) – sehr schnell in der Lage sind, die größten zivilisatorischen Krisen demokratisch legitimiert zu beherrschen.

Nationale Lösungen sind auf dem Weg in eine friedliche und gerechte Zukunft nicht mehr (wahrscheinlich waren sie es nie) ausreichend. Diese Erkenntnis ist in den letzten Jahrzehnten ein „must do“ – da haben sich die Gewichte glücklicherweise in die richtige Richtung verschoben.

Auch hier haben Jusos und Jugendstrukturen eine ganz zentrale Rolle und Aufgaben – Jugendliche und ihre Strukturen denken und entwickeln die Welt von morgen! "Wenn nicht ihr, wer dann!"

spw: An welchen Stellen muss die Diskussion über den weiteren Weg der SPD nach der Bundestagswahl vor allem ansetzen?

» **M.R.:** Das ist keine Frage, die man in 140 Zeichen beantworten kann. Neben einigen organisatorischen Fragestellungen muss das Verständnis und der Zugang zur "Breite der Gesellschaft" ausgebaut werden. Mehrheiten gewinnt man – auch um Minderheiteninteressen vertreten zu können – wenn wir Antworten und Perspektiven für die Mehrheit der Gesellschaft entwickeln und damit Menschen bewegen können. Das sind m.E. die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen und die es für die Sozialdemokratie zu lösen gilt.

spw: Der Bundesparteitag hat perspektivisch den Weg für andere Mehrheiten geöffnet. Die spw möchte im kommenden Jahr die „Crossover“-Diskussionen mit Grünen und Linkspartei intensivieren. Ist eine solche Debatte sinnvoll?

» **M.R.:** Die Frage, ob und mit wem diskutiert wird, ist m.E. nicht die zentrale Frage. Crossover als Selbstzweck war für die SPD nie der antreibende Faktor!

Aus der Perspektive von parlamentarischen Mehrheiten kann es sinnvoll sein, mit „im Prinzip“ konkurrierenden Parteien den Dialog zu suchen. Ein solches Projekt muss allerdings auch regionale Besonderheiten abbilden und aufnehmen.

Zentraler sind für mich die Fragestellungen von gesellschaftlichen Mehrheiten: die können nur über Themen und kulturelle Zugänge (damit ist auch der kommunikative Zugang gemeint – sowohl des Verstehens und des Verstanden werden) gewonnen werden.

Kurz gefragt: Gibt es bei den ganz zentralen Fragestellungen (Verteilung und Beteiligung) Schnittmengen für ein „Crossover-Projekt“? Sicherlich ja! Es stellt sich aber m.E. ganz besonders die Frage, wie wir daraus aus auch gesellschaftliche Mehrheiten entwickeln. Das ist, um in der Logik zu bleiben, dann eine Frage, die mehrdimensional bedacht und beantwortet werden muss. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Lucas Zeise
Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen
Neue Kleine Bibliothek 174
142 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-483-8,
Papyrossa Verlag

Ceren Türkmen
Migration und Regulierung
Einstiege Band 18
171 S., € 14,90, ISBN: 978-3-89691-684-6,
Westfälisches Dampfboot



Prämienpaket 2

Frank Deppe
Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute – Eine Einführung
Neue Kleine Bibliothek 184
148 Seiten, € 11,90, ISBN 978-3-89438-497-5,
Papyrossa Verlag

Susanne Feustel / Jennifer Stange / Tom Strohschneider (Hrsg.)
Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen
160 Seiten, € 12,80, ISBN 978-3-89965-539-1,
VSA Verlag



Prämienpaket 3

Beat Ringer
Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90, ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot

Ulrich Brand / Bettina Lösch / Benjamin Opratko / Stefan Thimmel (Hrsg.)
ABC der Alternativen 2.0.
Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft
In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz.
dietaleszeitung
352 Seiten, € 15,00, ISBN 978-3-89965-500-1,
VSA Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.